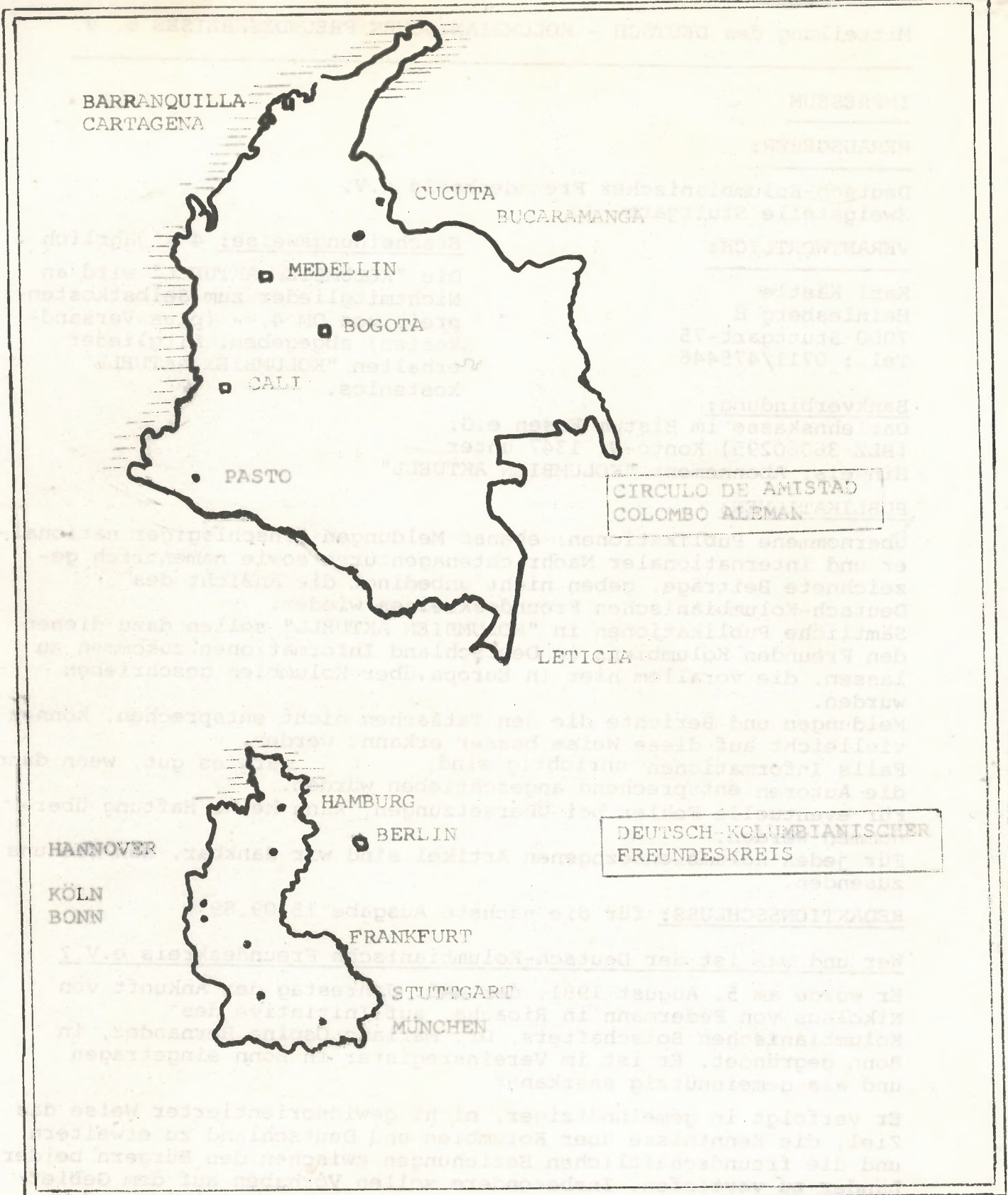


KOLUMBIEN AKTUELL



KOLUMBIEN AKTUELL

" KOLUMBIEN AKTUELL "

Mitteilung des DEUTSCH - KOLUMBIANISCHEN FREUNDESKREISES e. V.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Deutsch-Kolumbianischer Freundeskreis e.V.
Zweigstelle Stuttgart

VERANTWORTLICH:

Karl Kästle
Heinlesberg 8
7000 Stuttgart-75
Tel.: 0711/475446

Erscheinungsweise: 4 x jährlich

Die "KOLUMBIEN AKTUELL" wird an Nichtmitglieder zum Selbstkostenpreis von DM 4,-- (plus Versandkosten) abgegeben. Mitglieder erhalten "KOLUMBIEN AKTUELL" kostenlos.

Bankverbindung:

Darlehnskasse im Bistum Essen e.G.
(BLZ 36060295) Konto-Nr 1347 unter
Hinweis: Abonnement "KOLUMBIEN AKTUELL"

PUBLIKATIONEN:

Übernommene Publikationen, ebenso Meldungen einschlägiger nationaler und internationaler Nachrichtenagenturen sowie namentlich gezeichnete Beiträge, geben nicht unbedingt die Ansicht des Deutsch-Kolumbianischen Freundeskreises wieder.

Sämtliche Publikationen in "KOLUMBIEN AKTUELL" sollen dazu dienen, den Freunden Kolumbiens in Deutschland Informationen zukommen zu lassen, die vorallem hier in Europa über Kolumbien geschrieben wurden.

Meldungen und Berichte die den Tatsachen nicht entsprechen, können vielleicht auf diese Weise besser erkannt werden.

Falls Informationen unrichtig sind, wäre es gut, wenn dann die Autoren entsprechend angeschrieben würden.

Für eventuelle Fehler bei Übersetzungen, kann keine Haftung übernommen werden.

Für jeden kolumbienbezogenen Artikel sind wir dankbar, den Sie uns zusenden.

REDAKTIONSSCHLUSS: für die nächste Ausgabe 15.09.89

Wer und was ist der Deutsch-Kolumbianische Freundeskreis e.V.?

Er wurde am 5. August 1981, dem 443. Jahrestag der Ankunft von Nikolaus von Federmann in Rioacha, auf Initiative des Kolumbianischen Botschafters, Dr. Mariano Ospina Hernandez, in Bonn gegründet. Er ist im Vereinsregister in Bonn eingetragen und als gemeinnützig anerkannt.

Er verfolgt in gemeinnütziger, nicht gewinnorientierter Weise das Ziel, die Kenntnisse über Kolumbien und Deutschland zu erweitern und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bürgern beider Länder zu vertiefen. Insbesondere sollen Vorhaben auf dem Gebiet der Kultur, Wissenschaft, Studentenaustausch, Sozialwissen u.ä. gefördert werden. Angestrebt wird auch eine objektive Berichterstattung der tatsächlichen Verhältnisse in beiden Ländern durch die Medien.

Die Mitgliedschaft steht allen Bürgern und Institutionen offen, die sich mit den Zielen des Vereins identifizieren. Sie ist weder an Nationalitäten, Parteien oder an Konfessionen gebunden.

Und die Kleinen laufenlassen . . .

Von Stefan Geiger

Als es zwei Millionen Drogenabhängige gab, beschloß die Regierung die schärfsten Sanktionen gegen den Rauschgifthandel. Doch die Zahl der Abhängigen wuchs weiter. Daraufhin wurde das Steuer herumgeworfen, das Rauschmittel legalisiert und mit staatlichen Steuern belegt. Die Folgen waren dramatisch: Die Zahl der Süchtigen kletterte binnen weniger Jahre auf das Zehnfache. Dies ist die Geschichte des Opiums in China in den Jahren zwischen 1839 und 1879. Nichts half es, daß die Todesstrafe 1850 sogar schon für das Opiumrauchen eingeführt wurde. Das Land wurde der Geißel erst Herr, als der politische Wille dafür bei den beteiligten Ländern vorhanden war: England zog sich aufgrund internationaler Kritik langsam aus dem so lukrativen Geschäft zurück, China vereinbarte 1906 mit Indien, dem Hauptanbaugbiet, einen Zehnjahresvertrag, durch den die Bauern allmählich zur Produktion anderer Pflanzen veranlaßt wurden. Ein über Jahrzehnte hinweg unlösbar erscheinendes Problem war schließlich kein Thema mehr.

In der vergleichsweise kleinen Bundesrepublik gibt es gegenwärtig nach vorsichtigen Schätzungen 100 000 Drogensüchtige. Die Zahl der Erstkonsumenten harter Drogen steigt dramatisch, die Zahl der Drogentoten ebenfalls. Zwei Drittel der jugendlichen Untersuchungsgefangenen sind wegen Drogendelikten in Haft. Jeder dritte Einbrecher beispielsweise in Hamburg ist süchtig. Nur eine Minderheit der Süchtigen findet überhaupt den Weg zu einer Entzugstherapie, die – nach den optimistischen Schätzungen ihrer eigenen Vertreter – noch nicht einmal in der Hälfte der Fälle Erfolg hat. Um Alternativen im Kampf gegen Drogen, beispielsweise die Ersatzdroge Methadon, ist ein Glaubenskrieg entbrannt. Härte gegen die Dealer, Hilfe für die Süchtigen lautet die jüngste Sprachregelung der Politiker. Dieser Spruch ist der kleinste gemeinsame Nenner über alle Parteigrenzen hinweg.

Gemessen an der bundesdeutschen Realität freilich stimmt das eine so wenig wie das andere: Zwar sind Polizei und Justiz im Drogenbereich emsig, haben sogar schon einmal ernsthaft geprüft, inwieweit sich die Mutter eines Drogenabhängigen strafbar gemacht hat, die ihrem Sohn ein Briefchen mit Heroin abgenommen und damit im „eigenen Besitz“ gehabt hat. Doch erwischt werden zumeist die Kleinen: Bei den Drogendelikten gab es Freiheitsstrafen unter zwei Jahren in 90 Prozent aller Fälle, Freiheitsstrafen über fünf Jahre gerade noch in 1,2 Prozent aller Fälle. Im Klartext heißt dies: Im Gefängnis

sitzen zumeist jene, die selbst abhängig sind. 1985 wurde lediglich in 0,15 Prozent aller Fälle von einer Strafe bei Rauschgift-süchtigen abgesehen – obwohl das Gesetz diese Möglichkeit ausdrücklich vorsieht. Die große Keule beispielsweise der „leichtfertigen Todesverursachung“ durch Drogen schwang die Justiz im selben Jahr in gerade 0,04 Prozent aller Fälle. Auf der anderen Seite fehlen in der Republik bis heute Therapieplätze, allein in Hessen beispielsweise 400. Solche Zahlen lassen den Schluß zu, daß es allzu lange am Willen gefehlt hat, das Übel an der Wurzel zu packen.

Hier hat sich in den vergangenen Wochen überraschend einiges geändert. Die Diskussion über Drogen ist kein Minderheitenprogramm mehr. Mögen die Vorschläge von Politikern – bis hin zur kontrollierten Abgabe von harten Rauschmitteln durch den Staat – auch noch unzureichend durchdacht sein, sie werden jetzt gerade auch in konservativen Kreisen ernsthaft diskutiert. Kolumbien ist mit seinem Überlebenskampf gegen die Drogenmafia plötzlich nicht mehr unendlich weit entfernt. Und man mag von den Bemühungen des amerikanischen Präsidenten halten, was man will – sie wirken bis in die deutsche Innenpolitik hinein. Diese Chance gilt es zu nutzen. Die Entkriminalisierung der Kleinen, mehr Hilfe für die Armseligen ist dabei das eine. Niemand kann hier behaupten, einen Königsweg zu kennen. Der Entzug ist zweifellos die beste Möglichkeit. Wer das Leid der Betroffenen und ihrer Angehörigen wie auch die mäßigen Erfolgsbilanzen der klassischen Therapie kennt, kann Methadon nicht verdammen. Es mag sogar Einzelfälle geben – und sie werden seit vielen Jahren praktiziert –, wo die Abgabe von harten Drogen durch den Arzt der letzte Ausweg sein mag. Die Drogenkartelle lassen sich dadurch freilich nicht in die Knie zwingen. Dazu bedarf es der politischen Einigkeit nicht nur in der Bundesrepublik, die schon schwer genug herzustellen ist, sondern europäischer und internationaler Zusammenarbeit. Der Drogenmafia geht es allein um ihre exorbitanten Gewinne. Die geplante „Vermögensstrafe“, die sich nicht mehr allein am vergleichsweise bescheidenen Nettoeinkommen orientiert, ist ein erster, noch unzureichender Schritt. Die wirklich Großen im internationalen Drogengeschäft sind nicht unbekannt, sie lassen sich mit den herkömmlichen Mitteln nur nicht erwischen. Die Kleinen laufenzulassen und die Großen zu fassen – die Chancen dafür sind nicht allzu groß; aber sie waren noch nie so gut wie heute. Wenn wir es wirklich wollen.

Manchmal gibt es ein Erdbeben im Kopf

Ein Medikament wurde zur lebensgefährlichen Modedroge: Kokain / Von Friedrich Lorenz

Nach dem Verzehr frischer Kokablätter, schrieb 1859 der italienische Neurologe Dr. Paolo Mantegazza, er ziehe es vor, zehn Jahre mit Kokain zu leben, als hunderttausend Jahre ohne dieses Rauschmittel. Bald entwickelte sich

Kokain zu einer Schickeria-Droge. Deutschland war in den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts der größte Drogen- und Kokainhersteller Europas. Heute kommt das Rauschgift aus Südamerika nach Europa.

In der Medizin war Kokain als Betäubungsmittel (Anästhetikum) von Bedeutung, da es vorübergehend die Weiterleitung von Impulsen in Sinnesnerven hemmt. „Daß es bis heute noch nicht von synthetischen Lokalanästhetika vollständig ersetzt werden konnte, liegt an seiner Fähigkeit, bei örtlicher Anwendung die Blutgefäße zu verengen; unter allen Lokalanästhetika besitzt nur Kokain diese Nebenwirkung“, schreibt Diplompsychologe Jörg U. Schlender in der Zeitschrift „drogen-report“.

Kokain erzeugt, so Schlender, einen Zustand des „Sich-gut-fühlens“. Deshalb gilt Kokain als „soziale Droge“. Es stimuliert angeblich die Sexualität und steigert die Arbeits- und Konzentrationsfähigkeit. Dies gilt laut Schlender für den „moderaten Gebrauch“. Höchstgrenze im Monat sind ein bis vier Gramm.

Höhere Dosen über einen längeren Zeitraum führen zu Nebenwirkungen, die die Wirkung allerdings umkehren. Statt Euphorie treten dann Apathie und Depression, Orientierungslosigkeit und Halluzinationen auf. „Diese Wirkung verschwindet im allgemeinen nach Absetzen der Droge, wobei keine körperlichen und nur leichte psychische Entzugserscheinungen hervorgerufen werden“, weiß Schlender.

Sicher ist, daß Kokain tödliche Vergiftungen hervorrufen kann, gegen die es, anders als bei Opiaten, kein Gegenmittel gibt. Die tödliche Dosis wird mit 1,2 Gramm beim

Menschen angenommen. Eine Überdosis Kokain bewirkt allerdings nicht sofort Bewußtlosigkeit. Als typisch wird das Gefühl eines Erdbebens im Kopf geschildert, begleitet von Atembeschwerden.

Am häufigsten wird Kokain heute auf Partys genommen – es hat sich nun auch in der Bundesrepublik zu einer Modedroge entwickelt. Manche nehmen den Stoff regelmäßig in geringen Mengen ein, um Streß leichter ertragen zu können. Viele Künstler aus dem Film- und Musikgeschäft nehmen Kokain, um „auf die Minute fit zu sein“. Andere versuchen, mit Kokain die Leere zu vertreiben oder unangenehme Empfindungen zu betäuben. Da dies auf die Dauer nicht gelingt, werden bald immer größere Dosen genommen. Zu den schlimmen Folgen zählen bei langjährigem Kokainkonsum Schlaflosigkeit, Verfolgungswahn und Psychosen, ähnlich denen der Schizophrenie.

Am häufigsten wird Kokain geschnupft. Routinierte Konsumenten setzen in Wasser aufgelöstes Kokain als Nasenspray oder Augentropfen ein. Seltener wird Kokain geraucht, häufiger jedoch injiziert. Die Wirkung tritt dabei sehr schnell ein, verliert sich aber nach zehn bis 15 Minuten wieder, oft gefolgt von Angst und Unlustgefühlen. Überdosierungen können hier bei sehr viel geringeren Dosen auftreten, als wenn geschnupft wird. Oft werden übrigens zur Steigerung der psychischen Aktivität Medikamente (Amphetamine) oder

Lokalanästhetika beigemischt. Das potenziert noch die toxische Wirkung.

Das Injizieren oder das Rauchen des „Free Base“ genannten reinen Kokains führt jedoch sehr bald zu Verhaltensmustern, die für die Persönlichkeit zu ähnlich schädlichen Folgen führen können wie Heroinabhängigkeit. In den USA, wo das „Free Basing“ zur Mode avancierte, häufen sich die Fälle, in denen beruflich erfolgreiche und psychisch scheinbar stabile Menschen innerhalb kürzester Zeit ihre Familie und ihre Finanzen ruinierten.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf den Drogenkonsum hat laut Schlender die Diskrepanz zwischen der Erwartungshaltung und der tatsächlichen Wirkung. Viele, die Kokain zum ersten Mal nehmen, stellen fest, daß ihre Erwartungen nicht erfüllt werden. Die Folge ist, daß sie anfangs nur noch selten zu der Droge greifen, da sie „für nichts nicht so viel Geld ausgeben“ wollen. Dieser freiwillige Verzicht am Anfang verleiht das trügerische Gefühl, die Droge unter Kontrolle zu haben. Schlender warnt jedoch vor falscher Sicherheit: „Wenn in diesem Zustand plötzlich eine Situation eintritt, in der über längere Zeit große Mengen Kokain zur Verfügung stehen, ist es oft nur noch ein Schritt weit hin zum klassischen Kokainisten, der täglich ein Gramm und mehr verbraucht, der Erfahrungen mit Paranoia und Pseudohalluzinationen macht, der in Depressionen und Zustände von Verwirrtheit gerät.“

Kolumbiens Drogenmafia geht jetzt mit Terror gegen die Presse des Landes vor

Kriegserklärung an die Journalisten

Zeitungsherausgeber stellen sich hinter die Regierung – Ermittler machen Fortschritte

S.F.N.

Von unseren Mitarbeitern Javier Baena und John M. McConck

4.9.1989

BOGOTA – Journalisten in Kolumbien, die sich in aller Öffentlichkeit dafür einsetzen, daß den großen Kokainhändlern im Land das Handwerk gelegt wird, müssen für ihren Mut bezahlen: zumindest mit der Furcht um ihr Leben. Bei einem Bombenanschlag ist am Samstag die Redaktion der zweitgrößten kolumbianischen Zeitung, „El Espectador“, zerstört worden. Im Wochenendaus des Verlagschefs Luis Cano ging ebenfalls ein Sprengsatz hoch.

Mehrere Journalisten kamen bereits in der Vergangenheit ums Leben. Am 17. Dezember 1986 wurde Canos Bruder Guillerme, der Herausgeber von „El Espectador“, in Bogotá auf der Straße erschossen. Die kolumbianischen Behörden sind nahezu sicher, daß der mächtigste Boß des nach der Stadt Medellín benannten Drogenhändlerkartells, Pablo Escobar, der Drahtzieher des Mordanschlags war.

Escobar ist untergetaucht. Er steht an der Spitze jener Liste der zwölf „Extraditables“, gegen die in den USA ein Haftbefehl vorliegt. Cano hatte im „Espectador“ mit deutlichen Worten gefordert, die Dro-

genmafia in Kolumbien rücksichtslos zu bekämpfen. Im September 1986 wurde Raul Echavarría von der in Cali erscheinenden Zeitung „Occidente“ das Opfer von Attentätern. Auch er hatte sich die Drogenbosse zu Gegnern gemacht. Cali gilt wie Medellín als Hochburg der Kokainmafia.

Mehrere kolumbianische Journalisten, die sich einmal exponiert hatten, gingen ins Exil. Daniel Samper, einer der bekanntesten Kommentatoren der größten kolumbianischen Zeitung, „El Tiempo“, lebt heute in Madrid. Der Fernsehjournalist Mauricio Gomez ist in die USA gegangen. Auf beide waren Mordanschläge versucht worden. Die großen Bosse des Drogenhandels haben neben der Regierung auch Journalisten den Krieg angesagt. Trotz aller Gefahr haben die Herausgeber von 25 kolumbianischen Zeitungen die Regierung wissen lassen, daß sie im Kampf gegen das Drogenkartell hinter ihr stehen.

Unterdessen gewinnt das Reich der Drogenbosse von Medellín nach den jüngsten Razzien und Beschlagnahmungen durch die Regierung langsam an finanziellen

Konturen. Nach letzten Schätzungen der zuständigen Ermittler in Bogotá dürfte sich das Gesamtvermögen der Medellín-Mafia auf gut eine Milliarde US-Dollar (knapp zwei Milliarden Mark) belaufen. Aufschluß über den finanziellen Umfang und die Arbeitsweise des Kartells gaben vor allem die Unterlagen, die Sicherheitskräfte auf dem Anwesen des geflüchteten Rodríguez Gacha, genannt „der Mexikaner“, in der Kleinstadt Pacho (rund 30 Kilometer nördlich von Bogotá) beschlagnahmt hatten. Gacha (42) gilt als einer der drei ganz „dicken Fische“ an der Spitze des berüchtigten Drogenkartells. Die Gacha-Papiere führten die Ermittler zu einem Bürohaus in Bogotá, wo sich umfangreiche Computer-Datenbänder mit detaillierten Angaben über das Finanzimperium der Mafia fanden. Dazu zählen außer riesigen Ländereien, Schiffe, Hotels, Flugzeuge, Baufirmen sowie ein Profi-Fußball-Club von Medellín mit dem beziehungsreichen Namen „Los Millionarios“. Bis zum Wochenende hatten die Ermittler rund 60 Firmen ausgemacht, die vom Kartell betrieben wurden.

Drogenkrieg

Von Wolfgang Kunath

War das nun der entscheidende Schlag gegen Kolumbiens Kokain-Könige? Über 12 000 Verdächtige wurden nach dem Mord an Senator Galan festgenommen, die Polizei hat Tausende von Autos kontrolliert, Hunderte von Anwesen durchsucht, Dutzende von Kurierflugzeugen beschlagnahmt. Die Zahlen nehmen sich imposant aus – aber was wird das alles helfen? 1984, als Killer der Drogen-Mafia den kolumbianischen Justizminister Lara Bonilla ermordeten, legte die Polizei eine ähnliche Quirlligkeit an den Tag, ohne die starke Stellung der Rauschgift-Milliardäre auch nur im geringsten antasten zu können. Im Gegenteil, heute ist ihre Macht größer als je zuvor. Die Umstände des Mordes an Galan bezeugen die arrogante Selbstherrlichkeit, mit der die Mafia als Staat im Staate der kolumbianischen Gesellschaft gegenübertritt: Die Bluttat fand mitten in einer Massenkundgebung des Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 1990 statt, und nicht nur den 12 000 entsetzten Galan-Anhängern, sondern ganz Kolumbien sollte die Botschaft nahegebracht werden, daß ein wirklich entschlossenes Vorgehen des Staates als Kriegserklärung aufgefaßt würde. Tatsächlich hatte sich Galan, der gute Chancen hatte, im nächsten Jahr Präsident zu werden, für die einzige Methode im Kampf gegen die Mafia starkgemacht, die die Kokain-Bosse wirklich fürchten: die Auslieferung verhafteter Drogen-Bosse an die USA. Die kolumbianische Justiz flößt den Rauschgifthändlern längst keinen Respekt mehr ein – wie denn auch, wenn ein Richter, der einen Haftbefehl für die „Narcos“ ausstellt, damit rechnen muß, sein eigenes Todesurteil zu unterzeichnen.

In den vergangenen Jahren haben Politiker immer wieder in die Diskussion geworfen, der Staat solle mit der Drogen-Mafia verhandeln, die im übrigen schon einmal im Tausch gegen eine Amnestie angeboten hatte, zwölf Milliarden Dollar Auslandsschuld zu begleichen. Auch wenn solche Vorschläge juristisch auf Beugung des Rechts, politisch auf Kapitulation des Staates hinauslaufen würden – sie zeigen überdeutlich, welch ungeheuerer Macht sich jenseits der staatlichen Gewalt angehäuft hat. Heute wird der Umsatz des kolumbianischen Drogengeschäfts auf zwanzig Milliarden Dollar geschätzt, und wenn Kokain nicht nur in den USA, sondern auch in Europa zur Massendroge wird, dann wird dieser Umsatz noch mal stark zunehmen; die Drogen-Kartelle bauen jedenfalls den europäischen Markt gerade aus. Die ungeheuren Werte, die da jenseits der Legalität umgeschlagen werden, erfordern geradezu naturwüchsig ganze Privatarmeen wild herumballernder Pistoleros. Wie anders sollten Marktanteile erobert, Betrügereien untereinander gerächt und vor allem Angriffe der Staatsgewalt abgewehrt werden? Damit nicht genug. Mehrere Guerilla-Armeen unterschiedlicher militärischer Stärke und ideologischer Ausrichtung stehen im Land, vom kolumbianischen Heer mancherorts mühsam, andernorts überhaupt nicht in Schach gehalten. Friedensverhandlungen pflegen nicht zuletzt an der halstarrigen Reformunwilligkeit der herrschenden Eliten zu scheitern. Die krasse Armut auf dem Land und in den städtischen Slums verleiht den Rebellen immer neue Legitimität. Sie zu bekämpfen geben die 140 rechtsradikalen Todesschwadronen bloß vor; in Wirklichkeit haben sie Bauernführer, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten, Künstler, Priester oder linksgerichtete Politiker ins Visier genommen, und sie haben tausendfach abgedrückt.

Stuttgarter Zeitung 24.08.89

So ergibt sich schließlich das bedrückende Bild eines neuen Modells lateinamerikanischer Gewaltherrschaft. Es sind nicht mehr die finsternen Generäle, die die sozialrevolutionäre Guerilla zum Anlaß nehmen, sich an die Macht zu putschen und die zivile Gesellschaft als Geisel nehmen. In Kolumbien funktionieren sogar die demokratischen Institutionen leidlich; unter dieser Oberfläche jedoch herrscht ein grausamer Krieg. Um die Menschenrechte ist es wohl nirgendwo in ganz Lateinamerika so schlimm bestellt wie in Kolumbien – aber es ist nicht in erster Linie der Staat, der sie verletzt. Und dieses Modell könnte sich leicht in anderen Ländern des Kontinents durchsetzen. Die Kokain-Mafia expandiert gegenwärtig nach Peru und Bolivien.

Ein starker Staat könnte den Drogenbaronen ans Leder gehen, wenn auch um den Preis, die Justiz der USA als wirksame Drohung ins Spiel zu bringen. Aber wäre das Problem damit gelöst? Solange mit dem Kokainhandel Milliarden zu verdienen sind, werden sich neue Dealer finden, und solange verarmte Bauern mit dem Anbau von Koka jenes Auskommen erzielen, das ihnen der Anbau traditioneller Produkte nicht gewährt, werden an den unwegsamen Andenhängen weiter Koka-Büsche gepflanzt werden; wer wollte es den Menschen auch verdenken? So läuft wiederum alles auf eine tiefgreifende Sozialreform hinaus, die vor allem die Besitz- und Einkommensverhältnisse auf dem Land verändern müßte. Den reaktionären Eliten gelten solche Forderungen jedoch als kommunistisches Teufelszeug. Statt sich darauf einzulassen, finanzieren sie lieber Todesschwadronen.

Planlos an der Drogenfront

VON HERIBERT PRANTL

Der US-Präsident proklamiert ein gewaltiges Anti-Drogen-Programm. US-Truppen stehen marschbereit. Wenn Kolumbiens Präsident es will, fliegen sie schon morgen an eine Front, die in Landkarten schwer einzuzeichnen ist. Sie verläuft quer durch die Behörden der südamerikanischen Länder, durch Rathäuser, Regierungen und Kasernen. Freilich: Gegen Korruption helfen weder amerikanische Flugzeuge noch amerikanische Truppen. Und trotzdem: Bush nimmt ernsthaft eine Herausforderung an, die den Namen Drogenkrieg nicht zu Unrecht trägt. Die Macht der Drogenmafia nämlich ist ohne Beispiel in der Kriminalgeschichte. Sie dirigiert Privatarmeen, sie hat Politiker, Generäle und Diplomaten an der Hand. Sie wuchert mit der Sucht und verdient Milliarden am Elend, das sie selber angerichtet hat.

Südamerika ist weit weg, möchte man meinen. Es stimmt nicht. Hermann Lutz, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, rechnet mit einem „Drogenkrieg auf deutschem Boden“. Die Bundesrepublik ist ein Supermarkt für Drogenhändler. Die beschlagnahmten Mengen sind Indiz für den Boom der Branche. Was macht die Bundesrepublik dagegen? Wie antwortet der Gesetzgeber? „Wir werden zusätzliche Maßnahmen ergreifen“, erklärte der Innenminister. Und der Justizminister versicherte, es geschehe „alles in unserer Macht Stehende“. Die Politiker erwecken den Anschein, als würden die Drogenverbrecher in der Bundesrepublik ins offene Messer laufen, als sei man gesetzgeberisch und polizeitaktisch gut gerüstet.

Das Gegenteil ist der Fall. An dem Entwurf eines Gesetzes gegen die Geldwäsche wird noch immer mühselig herumlaboriert, und die Reform der strafrechtlichen Vorschriften über „Verfall und Einziehung“, welche die „Abschöpfung unrechtmäßig erlangter Vermögensvorteile“ umfassend regeln soll, ist längst zum Jahrhundertwerk erklärt und damit auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der soeben stolz präsentierte Gesetzentwurf über die Vermögensstrafe schließlich schafft nur eine neue Variante der Geldstrafe. Die Justiz wird die Vorschrift nur dann anwenden können, wenn ihr ein Drogenhändler in die Hände läuft, der einen Koffer mit Geld bei sich trägt. Mitnichten ist sie ein Mittel, „der Struktur des internationalen Rauschgifthandels einen wirksamen Schlag zu versetzen“. Die Politiker wissen es besser. Sie wiegen uns in einer gefährlichen Illusion.

Schon einmal hat der Gesetzgeber den großen Schlag versprochen. Das war 1981, als man ins Betäubungsmittelgesetz eine Kronzeugenregelung schrieb – Straffreiheit oder Strafmilderung für den Drogentäter, der auspackt. Rechtsstaatliche Bedenken wurden beiseite geschoben, um, wie es hieß, das „Aufbrechen von Banden

und kriminellen Vereinigungen zu ermöglichen“. Nichts dergleichen geschah. Die Kronzeugenregelung taugt nur als Köder für die kleinen Fische des verbrecherischen Geschäfts. Den anderen ist das vage Versprechen, besser wegzukommen, viel zu riskant. Aussagebereite Täter haben Todesangst. „Verräter“ leben gefährlich. Ein Schutzgesetz, das ihnen beispielsweise zu einer neuen Identität verhelfen könnte, fehlt. Die Halbherzigkeit bei der Anwendung der Kronzeugenregelung gibt ihren Kritikern recht: Die Erfolge bleiben aus – die rechtsstaatlichen Bedenken bleiben.

Die Erfolglosigkeit teilt die Kronzeugenregelung mit den anderen Reformen der vergangenen zwanzig Jahre. 1971 und 1981 wurden sämtliche Höchststrafen angehoben, neue Straftatbestände eingeführt, besonders schwere Fälle wurden als „Verbrechen“ apostrophiert. Trotzdem steigt die Zahl der Verurteilungen weiter, gleichzeitig sinkt der Anteil der besonders schweren Fälle und Verbrechen. Der Abschreckungserfolg der schärferen Gesetze ist ausgeblieben. Trotzdem werden soeben wieder neue Verschärfungen angekündigt.

Was ist zu tun? Wo sind die Beispiele für erfolgreiche Gesetzgebung und Politik? Wer die Verhältnisse der europäischen Länder vergleicht, der kann ein Buch schreiben mit dem Titel „Die hundert vergeblichen Arten, Rauschgiftkriminalität zu bekämpfen“. Der eine Staat unterscheidet nach harten und weichen Drogen, der andere lehnt solche Differenzierung strikt ab. Hier setzt man vor allem auf Therapie, dort vor allem auf Strafe. Liberalität grenzt an strenge Repression. Einmal ist der Eigenverbrauch generell straffrei, ein andermal hechelt die Polizei jedem Gramm Haschisch nach. Die Sanktionspraxis kennt riesige Spannen: der Handel mit 20 Gramm Heroin wird in Dänemark mit 90 Tagen, in Norwegen mit eineinhalb Jahren Gefängnis bestraft.

Die harte Linie, so scheint es, ist so erfolglos wie die liberale. Ein Vorbild für ein einheitliches Bekämpfungskonzept, für einen Musterentwurf eines westeuropäischen Betäubungsmittelstrafrechts, drängt sich nicht auf. Es ist wohl so, daß die unterschiedlichen Konzepte sich gegenseitig aufheben. Europäische Kleinstaaterei vor allem steht der Eindämmung der Drogenkriminalität im Wege.

Die Kampagne des Präsidenten Bush sollte die europäischen Länder veranlassen, endlich die Herkulesaufgabe anzupacken: die Harmonisierung des europäischen Betäubungsmittelrechts. Ein einheitlicher Absatzmarkt muß zu einer einheitlichen Abwehrstrategie finden. Ansonsten kann das amerikanische Anti-Drogen-Programm schlimme Folgen für Europa haben: Dann nämlich, wenn die Drogenmafia ausweicht und sich mit noch mehr Kraft auf diesen Markt wirft.

La Violencia und kein Ende*

Vor einem nationalen Dialog in Kolumbien?

Unkonventionelle Suche nach dem Gespräch mit der Guerilla

In ihrem Bemühen, die ineinander verschlungenen Teufelskreise der Gewalt in Kolumbien zu brechen, hat die Regierung in diesen Tagen zumindest an einer Front markante Fortschritte gemacht: Mit dem M-19, einer der wichtigsten der acht Guerillaorganisationen des Landes, ist ein Abkommen zustande gekommen, mit den übrigen bahnt sich gegenwärtig ein nationaler Dialog an; die grosse Ausnahme bildet der Ejército de Liberación Nacional (ELN), welcher aktiv den bewaffneten Kampf in den Erdölregionen fortsetzt.

ccr. Bogotá, im Juli

Nach jüngsten Meldungen haben sich sowohl die prosovjetschen *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (Farc) als auch der maoistische *Ejército Popular de Liberación* (EPL) in den Friedensprozess zwischen der Regierung und der Guerilla eingeschaltet, der bisher auf das *Movimiento 19 de Abril* (M-19) beschränkt geblieben war. Dies bedeutet einen nicht unerheblichen Erfolg für Präsident Barco, welcher nach der an zwei spektakulären Aktionen des M-19 gescheiterten Friedenspolitik seines Vorgängers Betancur einen neuen Anlauf zu Gesprächen mit den verschiedenen Guerillagruppen genommen hatte. Doch das eigentliche Verdienst für die Ausweitung des nationalen Dialogs kommt nicht der Regierung, sondern der privaten «Kommission der Notabeln» zu, die sich in einer recht bunten Mischung aus den beiden früheren Präsidenten *López Michelsen* und *Pastrana Borreo*, dem Herausgeber der grössten Tageszeitung des Landes («El Tiempo»), *Santos*, dem Chef der Industriellenvereinigung (Andi), *Echeverri Correa*, und dem Kardinal von Bogotá, *Revollo Bravo*, zusammensetzt.

Der Kurzwellensender im Kleiderschrank

Der elegante, der oppositionellen Konservativen Partei angehörende Senator *Leyva Durán* gibt dem Dienstmädchen Anweisung, unter keinen Umständen Besucher einzulassen. Dann öffnet er das Schrankzimmer des vornehmen Apartments, das die Hauptstadt überblickt, und zieht zwischen Mänteln und Anzügen einen lei-



stungsfähigen Kurzwellensender hervor. Zu einem präzis vereinbarten Zeitpunkt schaltet er das Gerät an und dreht an den Knöpfen, bis er eine bestimmte Frequenz eingestellt hat. Der schwarze Kasten rauscht und knistert. Doch plötzlich hebt sich eine schwache Stimme von den Hintergrundgeräuschen ab und wiederholt etwas wie «Doctor Rodrigo, Doctor Rodrigo». «España, España», brüllt jetzt der Senator alias «Dr. Rodrigo» ins Mikrofon und schiebt uns zugleich eine lange Liste mit den Codes für Sendezeiten, Frequenzen, Absender und Adressaten zu. «España» bedeutet im Moment EPL, doch das wird laufend geändert. *Bernardo*, der Guerrillachef am anderen Ende der Leitung, im EPL-Hauptquartier irgendwo in den Bergen der Provinz *Córdoba* rund 500 Kilometer nordwestlich von hier, wird jetzt sehr gesprächig und ist kaum zu bremsen. Wir verstehen nur Wortfetzen wie «los compañeros», doch *Durán* interpretiert, dass der EPL die Urheberschaft für einen in den Medien nicht verzeichneten Angriff vom Vortag auf kolumbische Marineinfanteristen, bei dem sieben Soldaten getötet wurden, in aller Form zurückweise. Es seien rechtsextreme Gruppierungen gewesen, welche sich als Guerillas ausgegeben hätten.

* Vgl. NZZ Nr. 191

In der Tat scheinen derartige Maskeraden immer wieder vorzukommen, und der Umstand, dass der EPL derart Wert darauf legt, sich von dem Angriff zu distanzieren, deutet darauf hin, dass die Guerilleros Friedensbereitschaft signalisieren wollen – dass sie also am Dialog mit der Regierung gegenwärtig grosses Interesse haben. Der Senator sucht bereits eine andere Frequenz – und die jetzt im Lautsprecher schnarrende Stimme gehört *Jacobo Arenas*, einem der Anführer der Farc, deren zentrale Kommandostelle sich rund 150 Kilometer südwestlich von Bogotá in den Bergen der Provinz *Meta* befindet. Die Farc, die mit ihren schätzungsweise 7000, in rund 40 «Frentes» dezentralisiert über das Land verteilten Bewaffneten fast die Hälfte aller Guerillas Kolumbiens umfassen (und als grösste Guerillaorganisation des Kontinents gilt), bezeichnet Leyva als «drei Viertel des kolumbischen Guerillaproblems» – wenn sich also die Farc, mit denen unter anderem sich die Regierung in einem eher theoretischen und prekären *Waffenstillstand* befindet, zum Dialog bereit erklärten, sei für die Befriedung Kolumbiens viel gewonnen.

Versteckspiel mit Pfeif- und anderen Untertönen

Aus dem Funkgerät kommt jetzt ein deutlich vernehmbares Pfeifen. «Der Geheimdienst», der damit seine Präsenz signalisieren wolle, kommentiert der Senator. – Was sich hier tut, ist ein skurriles Versteckspiel: Die «geheimen» Kontakte Leyvas und seiner Freunde sind der Regierung natürlich bekannt; doch will sie nicht offen in den Dialog einsteigen, solange dieser nicht ein Minimum an *Erfolgchancen* bietet – verständlich, hält man sich das unglückliche Ende des Friedensprozesses vor Augen, den die Regierung Betancur lanciert hatte. Wenn man sich fragt, was die Notabeln-Kommission und insbesondere Leyva motiviert, diese aufwendigen und alles andere als risikolosen Vermittlungsbemühungen auf sich zu nehmen, so bildet die zweifellos *aufrichtige Überzeugung*, dass man aktiv etwas gegen die viel-

fältige Gewalt in diesem Land unternehmen müsse, nur einen Teil der Antwort: auf den anderen, *weniger uneigennütigen*, stiess man kürzlich in Form eines ganzseitigen Inserates in den wichtigsten Tageszeitungen, auf welchem der Senator in seiner ganzen Länge prangte – neben der fettgedruckten Parole: «No más conflictos – Leyva Presidente 90/94.»

M-19 – die «domestizierte» Guerilla

Die «Bewegung des 19. April» geht zurück auf die Präsidentschaftswahlen vom April 1970, als Anhänger der Nationalen Volksallianz (Anapo) des Diktators *Rojas Pinilla* aus Protest gegen angeblichen Wahlbetrug in den Untergrund gingen. Die Guerillabewegung M-19 war, im Gegensatz zu den Farc, von welchen sie anfänglich einigen Zulauf erhielt, vor allem in den *Städten* aktiv. Sie propagierte eine nicht sehr kohärente Ideologie, die sich wohl am ehesten als populistisch-nationalistisch charakterisieren lässt. Besonders in Studentenkreisen verfügte der M-19 über einige Sympathien. Doch das Image der Bewegung verschlechterte sich rapide nach dem *Angriff auf den Justizpalast* in Bogotá im November 1985 und insbesondere nach der *Entführung* des damaligen konservativen Präsidentschaftskandidaten *Gómez Hurtado* im Juli 1988, gegen welche es zu massiven Protestkundgebungen der Bevölkerung gekommen war.

für den M-19 bis auf weiteres vorbei. Mit ein paar hundert Getreuen, deren Schlagkraft bestenfalls für Nadelstiche ausreichen würde, hat sich der Kommandant der Bewegung, *Carlos Pizarro Leongómez*, auf zwei Enklaven beim Bergdorf *Santo Domingo* nordöstlich von *Popayán* (Cauca) zurückgezogen – umzingelt von Einheiten der Armee, jedoch mehr *beschützt* (vor rechtsextremen Gegnern des Friedensprozesses) als bewacht. Das Hauptquartier der Guerilla erinnert eher an einen *Zoo* als an ein Heerlager oder Gefängnis: nicht weniger als 17 000 Besucher – Politiker, Journalisten und nicht zuletzt fromme Missionare – sind seit Beginn des Friedensprozesses vor sechs Monaten über die holprige Bergstrasse gepilgert, um die Handvoll gezähmter Kämpfer zu besichtigen, zu befragen und zu bekehren.

Mitte Juli wurde das «Demobilisierungsabkommen» zwischen dem M-19 und der Regierung unterzeichnet – und das wichtigste daran war wohl die an die anderen Guerillaorganisationen gerichtete *Signalwirkung*. Eine Woche zuvor hatte Präsident Barco erstmals ein *Amnestiegesetz* für alle Kolumbier angekündigt, welche «subversiven Organisationen» angehörten. Einzige Bedingung für Amnestie und Wiedereinsetzung in bürgerlichen Rechte sei, dass sich die Kampfverbände auflösen und die *Waffen abgeben*. Mit einem kürzlich erlassenen, allerdings deutlich gegen die rechtsgerichteten Selbstverteidigungsorganisationen gerichteten Gesetz will der Staat die Abgabe von Waffen an Zivilisten in den Griff bekommen und das Gewaltmonopol in die Hände des Staates zurückführen. Doch für die anderen Guerillaorganisationen liegt genau hier das Problem: schon in den 50er Jahren, in der Epoche der «*Violencia*» war die Guerilla zur Niederlegung der Waffen überredet worden – mit verheerenden Folgen.

Ein Schritt zur Demokratisierung?

Die Forderungen des M-19, auf welche die Regierung inzwischen offenbar weitgehend ein-

gegangen ist, muten weder vermessen noch sonderlich revolutionär an: Im Mittelpunkt steht ein *Referendum*, in welchem dem Volk die Möglichkeit gegeben wird, über *politische Reformen* abzustimmen, welche auf eine (längst fällige) Demokratisierung Kolumbiens abzielen. Dazu gehören insbesondere die obligatorische Teilnahme an Wahlen, Garantien, dass das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt, Auflösung der bisherigen Wahlkreise, Parteienfinanzierung durch den Staat (um die Drogenmafia als Geldquelle zu neutralisieren). Diese Massnahmen sollen vor allem die traditionellen *oligarchischen Strukturen* aufweichen, also das Machtmonopol von Liberalen und Konservativen brechen und dritten, kleineren Parteien (wie beispielsweise dem Linksbündnis *Unión Popular*) reelle Chancen geben. Eine weitere, allerdings nicht sehr chancenreiche Forderung betrifft die Aufstellung eines *Sondertribunals* zur Ahndung von Menschenrechtsverstössen im «schmutzigen Krieg» gegen die «Subversion».

Doch die Versöhnung mit dem M-19 wäre um ein Haar gescheitert – und zwar letztlich an der *Gewaltentrennung*. Während sich nämlich die Verhandlungen zwischen der Regierung und dieser Guerillagruppe einem erfolgreichen Abschluss näherten, stellte die Staatsanwaltschaft in letzter Minute einen *Haftbefehl* gegen Pizarro und andere Führer des M-19 aus. Inzwischen wurde jedoch ein Kompromiss gefunden – Demobilisierung bis Ende Jahr, sonst werden die Guerillachefs verhaftet. Wie sich jedoch diese Verwandlung von Guerilleros in brave Bürger konkret vollziehen soll, ist eine offene Frage.

Porträt der Woche

Monica de Greiff



Zielscheibe der Drogenmafia

Im Scheinwerferlicht steht eine 32-jährige junge Frau mit blauen Augen im schlichten, jedoch modischen Kostüm. Sanft antwortet sie auf Fragen, sie verspricht sich immer wieder vor lauter Nervosität. Monica de Greiff, die Justizministerin von Kolumbien: eine Mutter von zwei Kindern, die sich selbst während einer Pressekonferenz zu erklären bemüht, wie sie ihrem dreijährigen Sohn Miguel José begreiflich macht, daß die Familie in Todesgefahr schwebt. Dieser Frau öffnen sich die Herzen, ein Glücksfall für die kolumbianische Regierung. Monica de Greiff scheint mit ihrem sanften Wesen die ideale Person, um in den Ländern des Kokainkonsums zu veranschaulichen, wie brutal die Lieferantkartelle des weißen Pulvers in ihrem Heimatland einen Staat im Staat aufgebaut haben. Sie wirkt nicht als abgebrühter Politprofi. Die junge Frau läßt vergessen, daß sie in einem politischen System mitspielt, das sich nicht unwillig durch Bestechung unterwandern ließ.

Dabei gehört die seit fünf Jahren mit einem argentinischen Werbemann verheiratete Monica de Greiff zu der politischen Klasse und gesellschaftlichen Oberschicht, die seit Jahrzehnten in Kolumbien das Sagen hat. Ihr Vater sitzt im Staatsrat, einem Gremium, das neben dem Obersten Gerichtshof bestimmte Gesetze und Erlasse überprüft. Die Anwältin, eine kolumbianische Version des „Yuppie“, übernahm ihr Amt erst am 16. Juli.

Es ist ein Schleudersitz: Präsident Virgilio Barco ernannte während seiner

dreieinhalbjährigen Amtszeit acht Justizminister. Für Monica de Greiff schien der Posten ein weiterer Gipfel in ihrer schnellen Karriere. Die Expertin für Verwaltung war vorher in einer Finanzierungsgesellschaft tätig, wirkte dann als Produktionsdirektorin in der Filmgesellschaft „Casa Blanca“ und schaffte schließlich den Sprung zur Verwaltungschefin des Energieministeriums.

Jetzt gebietet sie über 7000 Mitarbeiter und einen Justizapparat von rund 20 000 Beamten. „Eine Aufgabe“, so der oft zu hörende Kommentar in Bogotá, „die zu groß für sie geschneidert ist.“ Monica de Greiff übernahm das Amt, obwohl 1984 bereits der Justizminister Lara Bonilla von der Drogenmafia umgebracht worden war. Aber offensichtlich sah sie die drohende Gefahr selbst dann noch nicht, als sie im Schutz von zwei Motorradpolizisten und zwei Begleitwagen durch die Straßen der Hauptstadt Bogotá brauste.

Wie naiv Monica de Greiff ihren Posten antrat, zeigt eine Aussage aus der letzten Woche: „Ich habe nicht erwartet, daß die Frage der Auslieferung von Drogenbossen noch einmal akut werden würde.“ Kaum war der Senator Luis Carlos Galán ermordet worden, kaum hatte Präsident Barco den Notstand ausgerufen und sich eine Kriegserklärung des Kokainkartells eingehandelt, trafen schon die ersten Morddrohungen ein. Monica de Greiff entpuppte sich als Schönwetter-Politikerin. „Ich eigne mich als Ministerin im Frieden, aber nicht für den Krieg.“

Entnervt reichte sie ihren Rücktritt ein. Aber Kolumbiens Staatsoberhaupt winkte ab: Getreu dem Motto „Mitgefangen – mitgehangen“ sollte sie auch in schwierigen Zeiten bleiben – obwohl Monica de Greiff im Kabinett nur eine Außenseiterrolle spielt. Sie war nicht einmal von der Vorbereitung neuer Auslieferungsgesetze informiert worden. Die Drogenmafia stellte sie trotzdem in das Zentrum ihrer Rachegeplüste. Dem Kampf gegen die Drogenmafia hätte ein Amtsverzicht von Monica de Greiff kaum Abbruch getan. Die zentralen Figuren sind die Chefs der Bundes- und Nationalpolizei.

Monica de Greiff gehört inzwischen zu den kolumbianischen Politikern, die auf Beruhigung setzen. „Jedes Mafia-Mitglied“, so erklärte kürzlich, „besitzt das Recht auf die gerichtliche Überprüfung einer solchen Entscheidung.“ Die „Extraditables“, die Auslieferbaren, kümmerten solche Töne wenig. „Du bist mit deinem Sohn die Nächste“, drohte ein Anrufer Stunden vor der Reise der Justizministerin in die USA am letzten Donnerstag.

Willi Germund

Monica gibt auf

Wie in einem furchtbaren Alptraum wird sich die 32jährige Monica de Greiff in den vergangenen Wochen oft vorgekommen sein, wenn sie im riesigen, düsteren Chefzimmer jenes historischen Kolonialpalastes, der das kolumbianische Justizministerium beherbergt, über die gerade wieder eingegangenen Todesdrohungen gegen sich und ihren dreijährigen Sohn nachdachte. Rund zwei Monate hat sie amtiert – nun gibt sie auf. Wer wollte es ihr verdenken? Schließlich hat die Drogenmafia dem Staat in Kolumbien offen den Krieg erklärt, seitdem sich Präsident Barco zu halbwegs energischem Vorgehen gegen die Kokain-Könige entschloß. Und der amtierende Justizminister ist stets eine der gefährdetsten Figuren der Regierung; Barco muß sich nun, nach Monica de Greiffs Abgang, bereits zum neunten Mal in seiner dreijährigen Amtszeit einen Justizminister suchen. Sie eigne sich als Ministerin für den Frieden, nicht für den Krieg, hat die junge Karrierebeamtin gesagt, als sich die Lage nach dem Mord an Senator Galán zuspitzte. Friede – in Kolumbien bedeutet das immer noch rund 20 000 Morde im Jahr, die – wie 1988 – nur 300 Verhaftungen und 75 Verurteilungen nach sich ziehen. Den gelähmten Justizapparat zu neuem Leben zu erwecken, den Rechtsstaat wieder in sein Recht zu setzen – daran können auch erfahrenere Minister scheitern.

kth

Attentäter identifiziert

Kolumbien will vier Kokainbosse an USA ausliefern

DW. Bonn/Bogota

Bundeskanzler Helmut Kohl hat dem kolumbianischen Volk im Kampf gegen Rauschgifthandel und Terrorismus die Solidarität der Bundesregierung zugesagt. In einem gestern in Bonn veröffentlichten Telegramm an Präsident Virgilio Barco Vargas äußerte sich Kohl zugleich „zutiefst erschüttert“ über die terroristischen Mordanschläge gegen Richter, Beamte und Politiker.

Bereits in den kommenden Tagen wollen die kolumbianischen Behörden vier bei einer Großfahndung festgenommene mutmaßliche Kokainbosse an die USA ausliefern. Darunter befindet sich auch der mutmaßliche Finanzchef des berüchtigten Kokain-Kartells von Medellín. In Bogota haben mehrere Zeugen inzwischen vier der fünf am Vortag inhaftierten mutmaßlichen Attentäter des ermordeten Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galan identifiziert. Die

Richter und Justizangestellten haben ihren Proteststreik eingestellt.

In Israel hat eine nur eine Minute dauernde Fernsehaufnahme aus Kolumbien einen Skandal ausgelöst. Die Israelis erkannten einen der Ausbilder der Kommando-Soldaten der Privatarmeen des südamerikanischen Drogenkartells an der Stimme. Es handelt sich dabei um Mike Harari, einen ehemaligen Oberstleutnant der israelischen Armee. Insgesamt, so haben Ermittlungen ergeben, sind etwa 70 frühere Offiziere Israels als Söldner in den Diensten Kolumbiens, Paraguays, Perus und Brasiliens tätig. Auch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind durch eine große israelischen Waffenlieferung an Kolumbien belastet. Die Israelis werden nach der Sicherstellung der Ware in Florida verdächtigt, an dem Drogenschmuggel von Kolumbien in die USA mitzuwirken.

Seite 3: Die Orchideenstadt

4 Ärzte & Zeitung

Mittwoch, 13. September 1989 / Nr. 172

Auf Zytostatika sprechen rasch wachsende kleinzellige Lungenkarzinome besser an als langsam wachsende, ergab eine Studie in Marburg. Dies sei ein brauchbares Kriterium, um im Einzelfall für oder gegen eine Chemotherapie zu entscheiden.

800 000 Arzneimittelabhängige gibt es derzeit in der Bundesrepublik, hat Professor Karl-Arthur Kovar vom Pharmazeutischen Institut der Universität Tübingen erklärt. Dazu kämen noch rund 1,8 Millionen Alkoholabhängige und etwa 70 000 Fixer.

Kolumbiens Polizei nimmt fünf mutmaßliche Galan-Mörder fest

USA schicken Bogotá Liste mit meistgesuchten Drogenbossen / Interpol eingeschaltet

DW. Bogotá/Washington

Im Kampf gegen die Drogenkartelle in Kolumbien gibt es erste konkrete Erfolge. Die kolumbianische Polizei hat fünf Männer festgenommen, die des Mordes an dem liberalen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galan verdächtigt werden. In der Wohnung der fünf Kolumbianer in Bogotá wurden eine Maschinenpistole, ein Revolver und reichlich Munition sichergestellt. Zu dem Mordanschlag, der während einer Kundgebung von Tausenden von Zuschauern verübt worden war, hatte sich das Medellín-Kartell bekannt. Es soll für 80 Prozent des Kokainschmuggels in die USA verantwortlich sein.

Die kolumbianische Zeitung „El Siglo“ berichtete von einer Spur, die auf einen Araber hindeute. Am Tatort habe der Mann ein Exemplar der ägyptischen Zeitung „Al Ahram“ zurückgelassen. Es gebe Hinweise, wonach britische, israelische und südafrikanische Söldner für das Rauschgiftkartell Mordkommandos ausbildeten.

Unterdessen sandte das amerikanische Justizministerium den Behörden in Bogotá eine Liste mit den

zwölf in den USA meistgesuchten kolumbianischen Drogenhändlern. US-Justizminister Dick Thornburgh erklärte, dies sei erst die erste Phase der Bemühungen, kolumbianische Drogenbosse in den USA vor Gericht zu stellen. „Die Aussichten auf ein Strafverfahren in den Vereinigten Staaten sind es, welche diese Rauschgiftbarone am meisten fürchten.“ In die Fahndung nach den Drogenkriminellen wurde auch Interpol eingeschaltet. Ferner wurden in den Grenzregionen Kolumbiens und seiner Nachbarländer die Militärpatrouillen verschärft, um eine Flucht der Schmuggler ins Ausland zu erschweren.

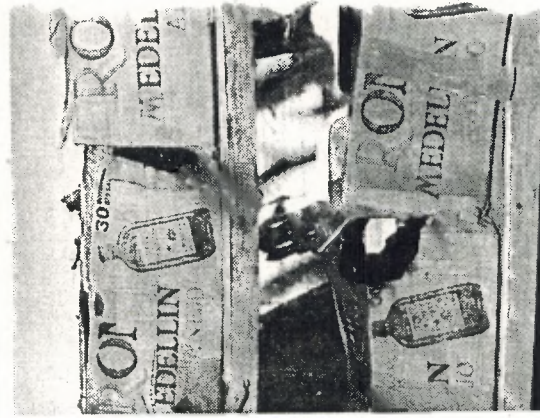
Der am Montag festgenommene mutmaßliche Finanzchef des Medellín-Kartells, Eduardo Martinez Romero, taucht auf der US-Liste nicht auf. Die Auslieferung in die USA wird aber schon geprüft. Der mutmaßliche Geldwäscher wurde mit der „Operation Polarkappe“ entlarvt, die Finanzmanipulationen der Drogenmafia bis in die Schweiz und die Bundesrepublik aufspürte. Nach Erkenntnissen der US-Rauschgiftfahndung in Atlanta ist der 35jährige Kolumbianer das Finanzgenie, das hinter der größten

Geldwaschaktion steckt, die jemals in den USA untersucht wurde. So sollen seit 1987 etwa 2,4 Milliarden Mark umgesetzt worden sein.

Auch der Bruder des kubanischen Staatschefs, Verteidigungsminister Raul Castro, soll in den Kokainhandel zwischen Lateinamerika und den USA verwickelt sein. Vor US-Staatsanwälten sagte ein kubanischer Rauschgiftschmuggler aus, er habe 1987 selbst beobachtet, daß Castro auf dem Militärflughafen Varadero (Kuba) bei der Übergabe von 240 Kilogramm Kokain zugegen war.

Die kolumbianische Polizei setzte ihre Kampagne gegen die Rauschgiftkartelle fort. Fast 500 Wohnungen wurden durchsucht und annähernd 11 000 Personen festgenommen. In Bogotá und den Drogenzentren Medellín und Cali wurden Hunderte Autos, Flugzeuge, Hubschrauber und ganze Landstriche beschlagnahmt.

Etwa 4600 kolumbianische Richter bekräftigten ihre Entschlossenheit zum Rücktritt, wenn nicht verstärkte Maßnahmen für ihre Sicherheit getroffen würden. Bisher wurden in Kolumbien mehr als 220 Richter, Polizei- und Justizbeamte ermordet.



Getarnte Kokainlabors ...

Kolumbiens Drogenbosse haben dem Land Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung gebracht

Blüte auf dem Schnee

Nur eine internationale

Allianz könnte die Macht der Kokainmafia brechen

Von Willi Germund, Ricarda Knabe und Ulrich Schiller



Nacht in seinem offenstehenden Auto liegenließ, ohne daß sie gestohlen wurden?

Fast unvorstellbar, daß hier, wo Recht und Ordnung herrschen, das stabile Hinterland des „Kartells“, wie die kolumbianische Drogenmafia genannt wird, liegen soll. Hier, so hatte der Chef des Geheimdienstes General Maza Marquez berichtet, sollen in ihren Killer-Schulen die Todeskommandos ausgebildet werden, die für zahlreiche Morde vor allem an Politikern der linken Oppositionsparteien und für die Massaker der vergangenen Jahre verantwortlich sind. Doch nirgendwo seien sich freundlich wie eh und je. In keinem der Häuser fanden hier Razzien statt wie in Medellín,

Willkommen in Puerto Boyacá, der Hauptstadt des Antikommunismus in Kolumbien, verkündet gleich am Ortseingang eine große Schriftrafel in sauberen Lettern das Selbstverständnis der 30 000-Einwohner-Gemeinde am Rio Magdalena. Puerto Boyacá ist eines dieser öden, staubigen Städtchen mit ihren rohen Stein- und Betonbauten, wie sie in den fünfziger Jahren in Kolumbien aus dem Boden schossen. Hier, in dem breiten Flußtal zwischen den beiden Anden-Kordillern, fünf Autostunden von Bogotá, ist nichts zu spüren von dem Krieg, den Staatspräsident Virgilio Barco der kolumbianischen Drogenmafia erklärte. Aus den Cafés, in die sich die Viehzüchter aus der Umgebung, die in der Stadt ihre Besorgungen machen, vor der drückenden Hitze auf ein Bier zurückziehen, tönen noch immer die traditionellen Tangos und Boleros der dreißiger Jahre. Fast überall hängt über der Theke eine Warnung vor dem Drogenkonsum.

In den Glasvitrinen vor den kleinen Läden wird vom Walkman bis zur Körperlotion alles angebotenen, was die Konsumgesellschaft in einem lateinamerikanischen Land ausmacht und für den durchschnittlichen kolumbianischen Campesino unerschwinglich bleibt. An diesem Ort aber muß sich Geld dafür verdienen lassen.

Puerto Boyacá ist eine saubere Stadt. Darauf sind ihre Einwohner stolz. Diebe und Vergewaltiger, sagen sie, fände man hier nicht. Und wenn dann herrsche das Gesetz der eisernen Hand. „Wo gibt es das noch in Kolumbien“, fragt ein Farbprospekt der Gemeinde, daß ein Viehhändler drei Millionen Pesos (umgerechnet 150 000 Mark) über



Aufnahmen: GAMMA

... und tödliche Gewalt: Kann sich Kolumbien aus dem Griff der Rauschgiftkartelle befreien?

mit denen die Regierung vor den Fernsehkameras der Welt ihr entschlossenes Vorgehen gegen die Kokainkönige demonstrierte.

Und doch bekommt in diesen Tagen die betonte Normalität etwas Beklemmendes. Gebannt werden an den Fernsehapparaten, die überall in den Bars und Restaurants den ganzen Tag über laufen, die aktuellen Nachrichtensendungen über die Kazziten in ganz Kolumbien verfolgt. Ein Dutzend beschlagener Haziendas, Hunderte von Autos und Waffen, über zwanzig Yachten und mehr als hundert Flugzeuge und Hubschrauber — all dies wirkt hier wie Meldungen aus einer anderen Welt. Dabei liegen die Ländereien des Drogenbosses Pablo Escobar, dessen Hazienda Napoles samt Zoo, Stierkampfarena und Privatflugplatz in der vergangenen Woche von Soldaten besetzt wurde, keine Autostunde entfernt. Und hinter der züchterverbandes Acdegam der Provinzstadt, so behauptet der schaltzentralen der Kokainmafia verbergen.

Ein neobeleuchtetes Schild macht das Acdegam-Büro in dem schlichten einstöckigen Neubau an der asphaltierten Hauptstraße schon von weitem erkennbar. Drinnen herrscht auch heute reger Betrieb. Die Sekretärin bittet uns zu warten. Wir nehmen auf der gummiüberzogenen Holzbank Platz. Sogleich beginnt der Viehzüchter neben uns, vom „Modell Puerto Boyacá“ zu schwärmen. Dreimal mußte er wegen der Guerilla seine *fincas* aufgeben. Das erste Mal 1969 hier in Puerto Boyacá. Kolumbiens größte Guerilla-Organisation, die kommunistische Parc, verlangte

Abgaben und drohte schließlich mit seiner Entführung. Er verkaufte den Besitz, versuchte wondrous sein Glück, aber kam wieder mit den Guerilleros in Konflikt. „Nun bin ich wieder nach Puerto Boyacá zurückgekommen, um eine *fincas* zu kaufen und in Ruhe zu arbeiten, denn hier haben sie es geschafft, die Kommunisten engulzig zu vertreiben.“

Auch die Mitarbeiter Acdegams wissen bereit von der Schrecken Herrschaft der kommunistischen Guerilla zu berichten. „Viele Viehzüchter mußten sich bei der Bank verschulden, nur um die Abgaben an den Guerillakommandanten pünktlich zahlen zu können“, erzählt José Buelvas, Viehzüchter und Mitbegründer Acdegams. „Die Offiziere des örtlichen Batallions“, berichtet José Buelvas weiter, „besorgten den Viehzüchtern, ihren Verwaltern und Arbeitern Waffen und Wafenscheine.“ So entstanden in der Gemeinde Puerto Boyacá Anfang der achtziger Jahre die ersten Gruppen zur Selbstverteidigung des Großgrundbesitzes gegen die Guerilla.

Die Kontrolle über die Landgemeinden sicherte die paramilitärische Organisation durch ständige nächtliche Patrouillen. Irgendwann, Mitte 1985, so erzählt man, fiel einer solchen Streife ein Jeep mit einer Ladung Kokain in die Hände. Man wurde mit dem Besitzer des Stoffs schnell über eine großzügige Unterstützungsgruppe zur Selbstverteidigung eing. Das war der Beginn einer Allianz zwischen Viehzüchtern, Paramilitärs und Kokainproduzenten, die den Wohlstand in Puerto Boyacá bis heute sichert.

Wie in vielen ländlichen Gebieten Kolumbiens hatte die Drogenmafia seit Beginn der achtziger

Jahre auch in dieser Gemeinde die Gewinne aus dem Kokaingeschäft in Grundbesitz investiert. Die Kokainkönige Pablo Escobar und Rodriguez Gacha nennen hier, in der Region des Mittelriens Magdalena, nach Informationen des kolumbianischen Geheimdienstes riesige Viehhaziendas ihr eigen. 1984 begann das Kartell von Medellín, auch in dieser Region Koka anzubauen und in geheimen Laboratorien Drogen zu produzieren.

Puerto Boyacá zeigt beispielhaft, daß die totale Herrschaft der Drogenmafia über das Leben in der Provinz nicht einfach auf Gewalt beruht. Die armen Campesinos scheuen sich nicht darum, welle Verheerungen der Kokainexport unter den Drogenabhängigen in den Vereinigten Staaten und Europa anrichten. Für sie zählt, daß mit Hilfe der Drogenbosse endlich bescheidener Wohlstand und politische Stabilität auf dem Land eingekehrt sind. Für Europäer ist es schwer vorstellbar, daß Verbrecherkartelle ein ganzes Staatswesen mit gefeierten demokratischen Institutionen beherrschen können — in Puerto Boyacá ist es selbstverständlich und sichtbar. Der totale Krieg gegen die Drogenbosse wird vermutlich hier in der Provinz entschieden und nicht in der fernen Hauptstadt Bogotá, und hier auf dem Land ist auch zu sehen, daß Staatspräsident Barco nur geringe Chancen hat.

Die *extraditables* (wörtlich: die zur Auslieferung bestimmten), der obskure Klub von etwa fünfzig Größen der Drogenmafia, hatten dem Staatsoberhaupt zwei Tage vorher ebenfalls den Krieg erklärt. Für jeden kolumbianer, der an die

Blüte auf dem Schnee

Fortsetzung von Seite 9

Vereinigten Staaten ausgeliefert wird, so drohen die Führer des Drogenstaats im Staat Kolumbien, müssen zehn Richter sterben. Das sind Töne, die das Schlimmste fürchten lassen und manchen Kolumbianer an einen Freitag im August des Jahres 1948 erinnern. Damals wurde der beliebte Politiker Jorge Eliécer Gaitán ermordet. Es folgte die *Violencia*, die Gewalt, ein Bürgerkrieg, der von zwei konkurrierenden Parteien provoziert wurde. Gewalt ist seitdem ein Teil des kolumbianischen Alltags. Achtzehntausend Menschen fielen ihr im vergangenen Jahr zum Opfer; in Medellín starben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 2338 Menschen einen gewaltsamen Tod, siebzig Prozent von ihnen waren zwischen vierzehn und neunzehn Jahren alt.

Die Drogenmafia mußte erst einen Politiker wie Carlos Luis Galán ermorden, bevor die Regierung handelte, kritisiert ein Soziologe in Medellín, der aus Furcht anonym bleiben will, das Verhalten der Regierung. Der liberale Senator, der am 10. August auf der Wahlkampfbühne von *sizarras*, von angehetzten Killern, umgebracht wurde, war ein Zögling des gegenwärtigen Präsidenten. Das impulsive Staatsoberrichter ließ darauf Pläne einer Anti-Drogen-Offensive hervorheben, die in den Aktenstrahlen der Regierung verstauben.

Dieser Mord, so mutmaßt der Journalist Hernando Collar in Bogotá, hat die stillschweigende Allianz zwischen der politischen Klasse und der Drogenmafia zerbrosen. Denn Kolumbiens Oberschicht profitierte während der vergangenen Jahre vom Boom, den die нарко-Dollars ins Land brachten, noch mehr als die Caméminos auf dem Land. Die Zentralbank besitzt sogar eine sogenannte *ventana sinistra* - ein dunkles Fenster, an dem Dollars in kolumbianische Pesos gewechselt werden können, ohne daß jemand nach der Herkunft fragt - die Summe, die dort über den Tresen geht, beläuft sich im Jahr auf eine Milliarde Dollars.

Die Angst vor den „Magiern“

Die ersten Ergebnisse der Fährndung, die als große Erfolge verkauft wurden, erweckten denn auch oft den Eindruck, daß sich die Behörden selbst. Mut zuspochen - bei vielen Kolumbianern rief diese Propaganda leichtes Amusement hervor. Armee und Polizei nahmen nicht weniger als 11 000 Leute fest, von denen inzwischen 7 000 wieder auf freien Fuß gesetzt werden mußten, bei schlagartigen Hausdurchsuchungen, die in Geldwaschanlagen in Bogotá hochgehen und stürmten im Norden des Landes ganze Apotheken und durchstöberten ganze Fußballvereine. Hier wußte jeder seit Jahren, daß die den Drogenbossen gehörten, mokierte sich die 23jährige Angestellte Veronica Sabellos. Der gutaugestartete Zoo, den der Drogenboss Pablo Escobar zu seiner Erbauung auf seiner Hacienda Nápoles unterhielt, die mit Drogendollars finanzierte, geradezu obszöne Pracht auf den Landstufen der Kolumbiens, über welche die Weltöffentlichkeit plötzliche staunte - jedem Kolumbianer war dies bekannt. Und der Chef der oppositionellen Sozial-Christlichen Partei Misael Pastrana höhnte: „Erst beginnt Barco die Offensive gegen die narco, und dann versteckt er sich vor der Öffentlichkeit Geldes, in der Hand.“



Stützen der Volkswirtschaft und heimliche Herrscher: Drogenboss Pablo Escobar, Rodriguez Gacha und Jorge Luis Ochoa



keit, aus Angst um seine Sicherheit. Magros, Magier, nennen die Kolumbianer im Volksmund die Drogenbosse und ihren Anhang. Mit magischen Kräften konnten sich Pablo Escobar, Gilberto Rodriguez Orejuela, Gonzalo Rodriguez Gacha und Jorge Luis Ochoa anscheinend auch diesmal dem Zugriff entziehen. Magie, die ihre Kraft aus Geld bezieht. Ein Drittel aller liberalen Politiker, so schätzen Drogenexperten in Kolumbien, sind von der Mafia gekauft. Polizisten bestechen ihre Vorgesetzten, um nach Medellín versetzt zu werden - wegen der fetten Schmiergelder. Kein Wunder, daß Medellín's vormaliger Polizeichef höchstpersönlich bei Drogenzar Jorge Luis Ochoa anrief, um ihn vor der drohenden Verhaftung zu warnen. Sein Nachfolger, Oberst Quintanero, starb einen Tag früher als Senator Galán bei einem Mordanschlag in Medellín.

Über 220 Richter und Mitarbeiter des Justizapparats wurden seit 1981 in Kolumbien ermordet. Tausendsechshundert Richter, so die Angaben der Richtergewerkschaft, erhielten Morddrohungen, seitdem Präsident Barco seine Notstandsmaßnahmen gegen die narcos verkündete. Selbst die 32jährige Justizministerin Monica de Greiff, die erst vor fünf Wochen ihr Amt antrat, verlor die Nerven. Die 32jährige Mutter von einem Sohn erhielt mehrere Morddrohungen, die letzte lautete wörtlich: „Du und dein Sohn werden die nächsten sein.“ Aber ihr Rücktrittsgesuch wurde von Präsident Barco abgelehnt. Er mußte während seiner Amtszeit schon fünf andere Justizminister ersetzen und dürfte kaum Aussicht haben, angesichts der Drohungen der Drogenmafia einen weiteren Kandidaten auszutreiben.

Die Justizministerin reiste in die USA und verhandelt in Washington über Sicherheitsmaßnahmen, mit deren Hilfe kolumbianische Richter geschützt werden können. Aber die Drogenmafia besitzt nicht nur einen klugen Arm. Ein nordamerikanischer Drogenbekämpfer in Kolumbiens Hauptstadt Bogotá: „Das Drogenkarrell hat bisher seine Drohungen immer verwirklicht und Geld bei der Rache gezeitigt.“ Wie ernst die Mafia es meint, zeigte eine in ihren Diensten stehende pa-



schlagnahmen seinen Besitz in der Nähe der Hauptstadt Bogotá und knackten vergangenen Dienstag auch eine Finanzzentrale des Drogenführers in der Hauptstadt. Aber bei den anderen Kartellbossen wurde Kolumbiens Polizei bisher kaum fündig. Ein Soziologe in Medellín: „Die haben so viel, ein paar beschützten Häuser und Autos machen dort noch nichts aus.“

Ohne fremde Hilfe kann Kolumbiens Regierung den Drogenkrieg nicht gewinnen. Gefragt vor allem Unterstützung aus den Vereinigten Staaten. Die wirkliche Bewährungsprobe von Präsident Barco steht in dieser Woche bevor. Am Montag übergaben die USA fristgerecht die notwendigen Papiere, mit deren Hilfe einer Schatzmeister des Drogenkartells, Martinez Romero, ausgeliefert werden soll. Dann nur, wenn die Drogenbosse der amerikanischen Justiz überantwortet werden, drohen ihnen hohe Strafen. Nicht ohne Grund hatten sie frohlockt, als im Dezember 1987 der Oberste Gerichtshof den Auslieferungsvertrag mit den Vereinigten Staaten wegen einer formalen Nichtigkeit aufgehoben hatte. Doch Präsident Virgilio Barco hat das Auslieferungsabkommen mit den USA wieder in Kraft gesetzt. Will Kolumbien tatsächlich die Kartellprobe mit der Mafia wagen, wird Romero an diesem Samstag ausgeliefert.

Wer einmal der US-Justiz überstellt wurde, der kann nicht auf Nachsicht oder Entkommen hoffen - auch nicht, wie Justizbeamte in Washington versichern, auf erfolgreiche Bestechung. Daß die Lage nicht mehr kontrollieren können, daß sie abgeschnitten sind von allen Hilfsströmen, das ist für die Narco-Gangster nach Meinung amerikanischer Experten das Schlimmste, die aus patriotischer Sorge, einer Maßnahme übergangs, die aus patriotischen Motiven nicht einmal bei Kartellgegnern in Kolumbien unumstritten ist.

Eduardo Martinez Romero wird beschuldigt, 1,2 Milliarden Dollar aus Drogenverkäufen in den USA ins Ausland geschleust zu haben, auf erfindungsreichen Wegen über Scheinfirmen der Edelmetallbranche und der Juwelenindustrie. „Geldwaschen“ ist für das Kartell inzwischen genauso wichtig geworden wie der Absatz der reinen Ware im Ausland. Und längst bedienen sich die Gangster aller Segnungen der modernen Elektronik, um gewaltige Profitsummen aus dem illegalen Drogenhandel unbemerkt verschwinden zu lassen. Von den 310 Tonnen Kokain, die jährlich in Kolumbien produziert werden, gehen 270 Tonnen in die Vereinigten Staaten, der Rest von 40 Tonnen nach Europa. Der Wert der Ware steigt auf dem Weg vom Kokainbauern zum Händler unermesslich: Für 2,5 Kilogramm Kokapaste, die aus 500 Kilogramm Kokablättern gewonnen werden, beträgt der Preis 500 Dollar. Der Endverkaufspreis für das Kilo Kokainpulver aber kommt auf 200 000 Dollar.

Jährlich ziehen die kolumbianischen Drogenbosse aus ihren Exporten in die USA und nach Europa vier Milliarden Dollar Gewinne - sie sind damit ein ökonomischer Faktor, der aus der kolumbianischen Volkswirtschaft schwer wegzudenken ist. Sie erwirtschaften nicht weniger als neunzig Prozent der kolumbianischen Exporterlöse oder über ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Achtzehn Prozent der Bevölkerung leben vom Rauschgifthandel. Die Koka-Dollars stützen Kolumbiens Währung - eine der härtesten in Lateinamerika. Mit vier Jahrgewinnen könnten die Kokainlords die gesamten Auslandsschulden Kolumbiens tilgen - und in der Tat haben sie dies der Regierung auch schon diskret angeboten.

Soweit bisher erkennbar, schlägt Präsident George Bush im Krieg gegen die Drogen eine andere Strategie ein als sein Vorgänger Ronald Reagan. Unter Reagan lag der Hauptakzent darauf, Schmuggler und Schmuggelware an den Landesgrenzen abzufangen. Das hat zu teilweise spektakulären Erfolgen geführt, aber diese Erfolge waren wie die siegreichen Gefechte, die einen verlorenen Krieg nicht verschleiern können. Die Regierung Bush will nun angesichts der insgesamt traurigen Bilanz einen starken Hebel bei den Hauptverursachern von Kokain ansetzen, einen zweiten innerhalb der USA in Form verschärfter Strafverfolgung für Drogendealer und -konsumenten: Niemand kann schließlich der bitteren Wahrheit ausweichen, daß die Drogenbarone in Südamerika längs ihrer tödliche Macht eingebüßt hätten, wenn nicht so viele Amerikaner so unbezähmbar gierig auf den berausenden Stoff wären.

Erst allmählich setzt sich die Einsicht durch, daß Lieferländer und Empfängerstaaten den weltweiten Drogenhandel nur gemeinsam bekämpfen können. Was sich in Kolumbien abspielt, hat unmittelbar mit den Vereinigten Staaten zu tun, außen- und sicherheitspolitisch genauso wie in gesellschaftlich, moralischer und juristischer Hinsicht. Auch ohne bisher einen vollen Sieg über den Staat und seine Einrichtungen errungen zu haben, hat das Medellín-Kartell die gesellschaftliche Substanz in den USA schon in verheerender Weise angegriffen. Achtzig Prozent des illegalen Kokainkonsums stammen nach amtlichen Schätzungen aus Kolumbien, und das Medellín-Kartell hält fast alle wichtigen Fäden von der Erzeugung über Transport und Vermarktung bis hin zum *money laundering*, der Säuberung des schmutzigen Geldes, in der Hand.

Kein Wunder, daß Bush Kolumbien militärische Soforthilfe in Höhe von 65 Millionen Dollar zugesagt hat — und das ganze Land steht hinter ihm. Der Kongreß würde vielleicht noch mehr bewilligen, will aber wissen, woher die Regierung in ihrer plötzlichen Entschlossenheit die Mittel zur Rettung der Souveränität und der legalen Staatlichkeit in Kolumbien nehmen will, ohne Steuern erheben zu müssen. Ein großer Teil der Öffentlichkeit hätte nicht einmal etwas einzuwenden, wenn das Pentagon nicht nur Gerät und Ausrüstung, sondern auch Einsatzverbände nach Kolumbien schicken würde, obwohl das Weiße Haus bei der Ankündigung der Militärlieferung immer wieder betont hat: Nur Berater und Ausbilder begleiten das Gerät, keine Kampfverbände.

Weltweit rollt die Drogenwelle, und die Vereinigten Staaten sind am schlimmsten heimgesucht. Zwar konnte das Nationale Institut zur Bekämpfung von Drogenmißbrauch kürzlich die erfreuliche Bilanz veröffentlichen, wonach die Zahl der Rauschgift konsumierenden Amerikaner von 1985 bis 1988 um ein Drittel zurückgegangen sei. Doch was heißt das schon. Selbst William Bennett, der Rauschgiftbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, sieht solche Erfolgsmeldungen als sehr relativ an. „Die Drogenkriminalität ist gestiegen, der Drogenschmuggel hat zugenommen, die Zahl der Rauschgifttoten ist genauso gewachsen wie die der Noteinweisungen in die Krankenhäuser — alles seit 1985, und vieles davon ist mit einem Wort erklärbar: Crack“, so Bennett kürzlich in einer seiner zahlreichen Reden ins Gewissen der Nation. Die von Bushs Drogenfachmann benannten Symptome sind Ausdruck der Tatsache, daß die Zahl der drogenabhängigen Amerikaner — gegenwärtig mit sechs Millionen angegeben — zugenommen und nur die Zahl der gelegentlichen Rauschgiftkonsumenten abgenommen hat und daß mit Crack ein besonders verführerischer Stoff auf den Markt gekommen ist. Crack ist eine Form von Kokain, die durch Erhitzung der Droge mit Backpulver und Wasser gewonnen wird. Crack wird in speziellen Pfeifen geraucht oder auch aus mit Löchern versehenen Getränkedosen inhaliert. Es erzeugt hochgradige, wenn auch kurzlebige Euphorie und macht überdies ungewöhnlich schnell süchtig.

„Krieg gegen die Droge“

Daß die Medien der traurigen Pflicht ihrer Berichterstattung über Art und Umfang der Malaise, die Amerika befallen hat, jetzt wirklich Genüge tun, hat zum Krisenbewußtsein der amerikanischen Öffentlichkeit erheblich beigetragen. Noch im Januar dieses Jahres hielten einer *Washington Post/ABC*-Befragung zufolge nur neunzehn Prozent der Amerikaner Drogen für das dringendste Problem der USA; heute sind es 44 Prozent. Aids, Umweltschutz, Obdachlos, Defizite, Abrüstung — alles zweitrangige Themen, weit, weit hinter Drogenmißbrauch. Bei den Schwarzen liegt die entsprechende Zahl bei über siebzig Prozent. Soll der Staat mehr oder weniger Geld für die Drogenbekämpfung ausgeben? Sechundsiebzig Prozent der Befragten sind für die Erhöhung der staatlichen Mittel im Kampf gegen das Rauschgift — und sei es auf dem Wege höherer Steuern. Für eine Erhöhung der Militärausgaben plädieren nur noch achtzehn Prozent.

Am 5. September will Präsident Bush in einer Fernsehansprache ein umfassendes Programm für den „Krieg gegen die Drogen“ vorlegen. Es muß in seiner außenpolitischen Perspektive genauso präzise sein wie in seiner innenpolitischen, und es wird in beträchtlichem Maße auf internationale Kooperation abheben. Es war der Mord an Kolumbiens Senator Carlos Luis Galán, dem aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten, der den US-Präsidenten schon vor dem 5. September zum Handeln zwang. Die Mordtat der Handlanger des Kartells hatte eine bisher ungeahnte Widerstandsbereitschaft in der Öffentlichkeit und beim Präsidenten von Kolumbien entfacht. Bush mußte diesen Augenblick nutzen, wohl wissend, daß die Gelegenheit schnell vorübergehen könnte und daß die „Kriegserklärung“ des Kartells die Stützung des Präsidenten Virgilio Barco durch die USA zu einem Gebot der eigenen Sicherheit machen würde.

Im Laufe dieser Woche sollen nach Kolumbien abgehen: zwanzig Transporthubschrauber, ein Kampfhubschrauber, mehrere kleinere Flugzeuge, Angriffsschnellboote, automatische Handfeuerwaffen, Granatwerfer, Jeeps und Lastwagen, medizinischer Bedarf, Munition und Ersatzteile; mit Nachrichtengerät sollen die Kommunikationslinien des kolumbianischen Militärs verbessert werden: Die Verstärkung der US-Botschaft in Bogotá mit geschulten Agenten der US-Drogenbehörde DEA soll vermehrte interne Aufklärung über die Aktivitäten des Kartells bringen. Berater und Ausbilder, die das militärische Gerät begleiten, werden zweifellos bewaffnet sein, obwohl das offiziell nicht zugegeben wird. Aber wie sonst sollte sich amerikanisches Militärpersonal notfalls verteidigen können?

Gerade aus dem Pentagon waren in früheren Jahren die warnenden Stimmen gekommen, daß



● Fortsetzung von Seite 10

der Einsatz bewaffneter Berater sehr schnell an die Schwelle einer Situation ähnlich der des Vietnamkrieges heranzuführen werde. Generell hätten sich die Streitkräfte unter den Verteidigungsministern Weinberger und Carlucci gegen eine Verwendung außerhalb der herkömmlichen Rolle ausgesprochen. Einsätze im Drogenkrieg würden von den Aufgaben der Landesverteidigung ablenken, meinte man noch vor kurzem.

Doch der „Krieg gegen die Drogen“ ist Landesverteidigung, vielleicht im Augenblick die wichtigste, dieses Axiom scheint Verteidigungsminister Cheney akzeptiert zu haben, dafür hatte der Kongreß bereits im Herbst vergangenen Jahres die gesetzliche Grundlage geschaffen. In erster Linie sollen mit militärischen Mitteln Informations- und Kommunikationsnetze geschaffen werden, die den zuständigen Behörden der Drogenbekämpfung genaue Erkenntnisse über vermutlichen Schmuggel zur See und zur Luft liefern und ihnen damit die Verfolgung und Ergreifung der Drogenhändler nicht abnehmen, sondern erleichtern sollen.

Schon 1986 hatte amerikanisches Militär in anderer Form in den Drogenkrieg eingegriffen. Heeresubschrauber hatten bolivianische Truppen in Bolivien in die Kokainanbaugebiete zur Zerstörung der Pflanzen und Voräte geflogen. Aber derartige Aktionen hatten sich rasch als zweischneidig erwiesen. Wenn „Gringos“ südamerikanischen Bauern Ernten und Lebensgrundlage zerstören, so ist das politisch kontraproduktiv, wie logisch und bequem das vom Standpunkt der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs in den USA auch sein möge.

Gemischte Gefühle

Die Regierung Bush steht dementsprechend in Kolumbien vor einer doppelten Aufgabe: Es reicht nicht aus, mit militärischen Mitteln den Staat und vor allem dessen weithin gelähmte Justizeinrichtungen gegen den Ansturm des Kartells zu verteidigen. Überdies müssen die kolumbianischen Bauern — nicht zuletzt mit Finanzhilfen — zum Anbau von anderen Produkten als Kokain bewegt werden. Aber kann darauf irgend jemand hoffen, solange das Kartell über so viel Macht verfügt?

Auch die jüngste Hilfsaktion der Vereinigten Staaten wird von Kolumbiens Bevölkerung durchaus mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die Angst vor der Entscheidungsschlacht ist allenthalben spürbar. Die US-Botschaft verweigert jede Auskunft über den Stand des Auslieferungsverfahrens. Kein Richter des Obersten Gerichtshofs von Kolumbien empfängt Besucher. Und jetzt ist selbst Kolumbiens Regierung bemüht, Panik bei der Drogenmafia zu verhindern. „Jeder *extraditable* hat das Recht auf gerichtliche Überprüfung einer Auslieferung“, erklärte vorige Woche Justizministerin de Greiff.

Daß dies aber den Zorn der Drogenbosse dämpfen kann, ist ausgeschlossen. Experten in Kolumbien sind sicher, daß die Regierung vor allem das Kartell von Medellín zu fürchten hat. Die drei Bosse Pablo Escobar, Jorge Luis Ochoa und Gonzalo Rodríguez Gacha hätten sich in der Vergangenheit viel mehr als „sizilianische Mafia“ aufgeführt denn die Konkurrenz aus der Stadt Cali, meint ein kolumbianischer Fachmann. Die Organisation von Gilberto Rodríguez Orejuela, seit über einem Jahr in einen Kartellkrieg mit den Medellínern verwickelt, sei dagegen als „soziale Kraft“ aufgetreten.

Beide Kartelle aber haben nie versäumt, ihr Herz für die kleinen Leute zu zeigen. Pablo Escobar ließ seine Heimatstadt mit Tausenden von Ziersträuchern schmücken, stiftete den Kindern ärmerer Viertel achtzig Fußballplätze und ließ schmucke Sozialwohnungen bauen. Die Mäzene aus Medellín und Cali finanzieren die nationale Fußballliga und sichern sich so Volkes Wohlwollen. Kauf und Verkauf von Fußballstars bieten nebenher eine willkommenen Gelegenheit, Drogendollars zu säubern.

Dialog mit der Mafia

Erfolg aber brachte die Anti-Drogen-Offensive der kolumbianischen Regierung auf einem für die Öffentlichkeit unerwarteten Gebiet. Die USA zeigen sich plötzlich bereit, das Kaffee-Kartell, das den Produzentenländern Festpreise garantierte, wieder auflösen zu lassen. Es war vor einigen Wochen auf Washingtoner Betrieben geplatzt. Die Folge für Kolumbien: ein jährlicher Exportverlust in Höhe von einer Milliarde Dollar. Angesichts dieser Summe erschien die US-Hilfe von 65 Millionen Dollar zur Drogenbekämpfung nahezu lächerlich. Die geringen Kaffeepreise könnten viele kleine Pflanzler in den Kokaanbau treiben — und bestätigen eine These: Kokain ist zur Zeit der einzige lateinamerikanische Rohstoff, für den es auf dem Weltmarkt noch gute Preise gibt.

Da überrascht es überhaupt nicht, daß Juan Gomez, der als Bürgermeister von Medellín die Mafia aus nächster Nähe kennt, seine Zweifel an den Erfolgsaussichten des jüngsten Anti-Drogen-Coups hegt. Er meint, ein Dialog mit der Mafia sei notwendig. Eine Möglichkeit, die in Bogotá angesichts der eskalierenden Gewalt ausgeschlossen wird.

Aber Fabio Ochoa, Chef des Ochoa-Clans, hat diese Hoffnung nicht aufgegeben. Am Montagabend wandte sich der 65jährige Vater von Drogenboß Jorge Luis Ochoa in einem Brief an Präsident Barco und forderte ihn zu Verhandlungen auf. Nachdem die Regierung sich schließlich zu Gesprächen mit der linksgerichteten Guerilla von Kolumbien an einen Tisch gesetzt habe, solle nun kein neuer Krieg gegen „Narco“ beginnen. Er läßt die Bereitschaft durchklingen, den Drogenschmuggel einzustellen, und schreibt wörtlich: „Doktor Barco, lassen Sie einen Dialog zu, damit es Frieden und Vergebung gibt. Lassen Sie uns eine Art Schlußstrich ziehen und eine neue Rechnung beginnen.“ Vorgestellt hatte sich Don Fabio, wie er landesweit bekannt ist, so: „Ich bin Fabio Ochoa Restrepo, Vater von angeblichen *extraditables*. Gott möge die armen Kerle behüten.“ ●

„Hier packen sich Zehnjährige die Pistole in den Hosenbund“

Für das „schnelle Geld“ verdingen sich immer mehr Jugendliche aus den Elendsvierteln als Killer / Von Willi Germund, zur Zeit Medellín

Die Reklamefigur vor der Diskothek „Camas Sueltas“ - „Einzelbetten“ - inmitten einfacher Ranchos an einem Berghang über der kolumbianischen Stadt Medellín verheißt Einklägiges: Die bunten Neonröhren stellen eine nackte Frauengestalt dar. Auch der Ruf des Restaurants „Las Margaritas“ reichte nicht nur wegen der saftigen Steaks über die Stadtgrenze hinaus. Im „Paso Fino“ - im Dressurschritt - ließen die Eigentümer edle Vollblutpferde mit dem Brandzeichen „8“ durch das Lokal paradieren. Rösser und Restaurant gehörten dem Clan von „Don Fabio“ Ochoa, dessen Sohn Jorge Luis einer der vier Größten des Kokaingeschäfts ist. Seit mehr als einer Woche aber ist es mit solch extravaganter Unterhaltung in Medellín vorbei. Über Türen und Fenster geklebte weiße Zettel verkünden die Entscheidung der kolumbianischen Regierung: „Vorübergehend geschlossen“. Die Lokale gehörten wie mehrere Dutzend anderer Etablissements Mitgliedern der Drogenmafia und wurden beschlagnahmt.

Die Drogenhochburg Medellín unter der Anti-Drogen-Offensive: Armee-Einheiten durchstreifen Stadt und Umgebung. Überall stoppt die Polizei Fahrzeuge und durchsucht die Fahrer nach Waffen. Auf dem Parkplatz der Geheimpolizei ist keine Lücke mehr frei. Lastwagen reit sich an Lastwagen, Motorrad steht neben Motorrad. Zu Dutzenden glitzern Geländewagen der Luxusklasse mit verdunkelten Scheiben in der Sonne - beschlagnahmte „Narcocamperos“, wie die „Hill-Hopper“ im Volksmund heißen. „Die Narcos befinden sich auf der Flucht“, triumphiert ein Journalist in der Stadt, die dem Medellín-Kartell den Namen gab.

Wenige Stunden später zerreißen kurz nach ein Uhr nachts sieben Bombenexplosionen vor Bankniederlassungen die nächtliche Stille. Zwei weitere Dynamitladungen können noch rechtzeitig entschärft werden. Am Tag darauf legt die Mafia nach. Am helllichten Tag explodieren drei weitere Sprengsätze vor Banken. Diesmal kommt ein Mensch ums Leben. Weit davon entfernt, aufzugeben, schlägt die Mafia zurück. „Wir werden die Betriebe und Villen der Oligarchie in Brand setzen“, hatten die „Extraditables“, die „Auslieferbaren“, bei ihrer Erklärung des „totalen und absoluten Kriegs“ getönt. Jetzt machen sie ernst. „Es

wird wohl Zeit, hier wegzuziehen“, klagt eine 23jährige Frau an der Vergnügungsstraße „Carrera 70“ im Mittelstandsviertel „Laureles“, die die Schäden des Bombenanschlags auf die „Banco Cafetero“ betrachtet. Die Detonation zerstörte auch alle Fenster ihres gegenüberliegenden Hauses. „Medellin wird unbewohnbar“, klagt ein anderer Passant. Aber die Anschläge der „Narcos“ sind für ihn nur der letzte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Denn Medellín ist nicht nur eine Hochburg der Drogenmafia, sondern auch der Gewaltkriminalität.

Mehr als 2000 Menschen starben im ersten Halbjahr in der Hauptstadt der Provinz Antioquia. An jedem Wochenende zählt die Polizei 20 bis 30 Todesopfer von Gewalttaten. Etwa 38 000 Menschen in der drei Millionen Einwohner zählenden Stadt gehören zur Oberschicht, 70 Prozent leben in totaler Armut oder gehören zur unteren Mittelklasse. Dies ist der Nährboden, aus dem der kriminelle Nachwuchs kommt, und dort wird auch die Drogenmafia der

Stadt immer wieder fündig wird. An den Berghängen von Medellín im Viertel Po-blado steht ein Gebäude mit Luxusapartements neben dem anderen, die Villen der Drogenbosse kennt jeder. In den Schaufenstern stapeln sich Luxuswaren, die jeder europäischen Metropole Ehre machen würden. Und wo die „Magicos“, die Magier aus dem Schmuggelgeschäft, mit Geld um sich werfen, wollen auch die Jugendlichen aus den Elendsvierteln Anteil am Luxus haben. „Wenn ich sterbe, will ich wenigstens gut gelebt haben“, erklärt der 19jährige Ernesto. Er lebt im „Barrio Pablo Escobar“, einer Siedlung mit 200 Häusern, die der Drogenkönig an Leute aus den Elendsvierteln verschenkte. „Das Leben kann schön sein, und wenn du Geld hast, hast du Frauen“, schwärmt der junge Mann von Abenteuer in seiner Clique. Ernesto verdient sich das nötige Geld als „Sicario“, als Killer, der auf Auftragsbasis arbeitet. „Geld, ein Schießzeug für einen Vertrag: „Geld, ein Schießzeug und möglichst ein Motorrad, dann bleibt nur noch eins zu tun.“ Eine solche



Die Mafia schlägt zurück: In Medellín gibt es seit Tagen Bombenanschläge. Foto: AFP

Karriere des „schnellen Geldes gegen Mord“ dient vielen Jugendlichen als Vorbild - mit dem Ergebnis, daß ein Großteil der Mordopfer Medellín zwischen 14 und 18 Jahre alt ist. „Hier packen sich zehnjährige Schüler die Pistole in den Hosenbund, wenn sie zum Unterricht gehen“, erklärt ein Soziologe in Medellín.

In Envisgado, am Rande von Medellín, lebt ein Mann, der bewiesen hat, daß eine kriminelle Laufbahn großen Wohlstand einbringen kann. Pablo Escobar, der zweite Drogenzar von Medellín, begann hier seine Karriere als Autodieb, er brachte es bis zum stellvertretenden Parlamentsabgeordneten, und noch heute gilt Escobar in vielen Armenvierteln als „Robin Hood“. Er ließ Fußballplätze bauen und gab auch das Geld für Flutlichtanlagen. Der Versuchung des schnellen Geldes erlag zunächst auch die Oberschicht von Medellín. Sie sprang mit Krediten ein, als die Drogenmafia noch nicht die nötigen Mittel besaß, um Kokaingeschäfte vorzufinanzieren. Heute will die Elite der „Paisas“, wie sich die Bewohner der Provinz Antioquia selbst nennen, nichts mehr von den Neureichen wissen. Sie ziehen aus dem Nobelviertel Poblado nach Laureles. Der Club Campestre - Eintrittsgebühr für neue Mitglieder 20 000 bis 30 000 Mark - weigert sich, Mafia-Figuren aufzunehmen. Die Gebäude gehörten zu den ersten, die in der letzten Woche angezündet wurden.

Die gesellschaftliche Ablehnung trotz ihres Reichtums wurmt die „Narcos“ immens. Ihr Geld wird, wenn auch mit zugekniffenen Augen, gern in Empfang genommen, aber als Menschen werden sie vernachlässigt. Nicht einmal die Geschäftstüchtigkeit wird anerkannt. Ein europäischer Geschäftsmann in Medellín: „Die Narcos sind schlechte Unternehmer, ihre Geschäfte sind nicht rentabel.“ Aber die Notwendigkeit, Millionen von Dollars zu „waschen“, ändert die Gesetze der Marktwirtschaft. Und davon profitieren auch die, die sonst nichts mit den „Narcos“ zu schaffen haben wollen. Eine wirtschaftliche Verflechtung, die schon im Kleinen beginnt. Um ein Uhr morgens explodierten am Wochenende in Medellín die Bomben und zerstörten unter anderem zahlreiche Fenster-scheiben. Um acht Uhr morgens klingelten die Handwerker schon an den Türen und boten ihre Dienste an.

Häufigste Todesursache männlicher Kolumbianer zwischen 14 und 44 ist Mord

Nur knapp zehn Prozent der Toten fallen dem Drogen-Krieg zum Opfer - Todesschwadronen, linke Guerilleros, Kokain-Mafia und die „Kultur der Gewalt“ / Von Wolfgang Kunath

Soziale Not ist nicht die einzige Ursache der Welle der Gewalt - Selbst die Werbeblöcke, die die schrillen Abendnachrichten des kolumbianischen Fernsehens immer wieder unterbrechen, bezeugen das erschreckend hohe Maß an Gewalt, das den südamerikanischen Staat heute kennzeichnet: Zwischen Kosmetika- und Tütsuppen-Spots, empfehlen sich Leibwächter-Agenturen, Wächgesellschaften und Spezialunternehmen für elektronische Sicherungssysteme oder Autopanzierungen. Touristen - sofern sie sich noch ins landschaftlich, atemberaubend schöne Kolumbien wagen - werden mit Warnungen und Vorsichtsmadrigeln überhäuft, und wer per Überland-Bus reist, kommt leicht in den zweifelhaften Genuss einer Erfahrung, die er in Europa nur aus US-Fernsehserien kennt: So also ist das, wenn man mit gefährlichen Beinen und erhobenen Händen an einem Omnibus lehnt und auf Waffen oder Rauschgift abgetastet wird, während die Soldaten ihre Maschinenpistolen im Anschlag haben!

Die jüngste Eskalation im kolumbianischen Drogenkrieg nach der Ermordung von Senator Galán hat die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die bestürzend große Macht der Kokain-Könige gelenkt, die dem Staat nun den Krieg erklärt haben. Doch die Narcos, wie groß ihre Killer-Kapazitäten auch immer sein mögen, zeichnen nur für einen relativ kleinen Teil der Gewalttätigkeiten verantwortlich. In den sieben Jahren von 1982 bis 1988 wurden offiziellen Angaben zufolge 92.151 Menschen in Kolumbien ermordet, aber 83 Prozent Verbrechen - also mehr als 90 Prozent - standen in keinem erkennbaren Zusammenhang zum Drogengeschäft.

Gewalttätigkeit prägt die kolumbianische Gesellschaft so stark, daß man längst von einer „Kultur der Gewalt“ spricht. Die häufigste Todesursache männlicher Kolumbianer zwischen 14 und 44 ist Mord. 1988 wurden in Washington, das als die gewalttätigste Stadt der USA gilt, 369 Menschen umgebracht, in der Drogen-Metropole Medellín sind es zur Zeit 17 bis 20 täglich. Die Lokalblätter pflegen die Ermordeten des Vortags zusammen mit den Verkehrsunfallopfern zu verzeichnen - Ausdruck für die Normalität des Irrsinnigen.

Der Trend zum Töten verstärkt sich. 1988 im letzten Siebel des betrachteten Zeitraums, wurden rund 20.000 Menschen umgebracht, also mehr als ein Fünftel je-mer 92.151 Ermordeten. Die Zahl der Mas-

saker - Morde an mindestens vier Menschen gleichzeitig - hat sich 1988 gegenüber dem Vorjahr vervierfacht: von 21 auf 88. Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Versuchen, diesen kollektiven Bluttrausch zu erklären. Der konservativsten These zufolge sind die Kolumbianer der Gewalt deshalb so zugetan, weil ihr Land von Norden her besiedelt worden sei, von Völkerstämmen, also, bei denen Menschenopfer an die Tagesordnung waren. Diese anthropologische Erklärung wird schon dadurch widerlegt, daß etwa die Mexikaner, die ja viel stärker unter diesen ethnischen Einflüssen stehen müßten - in erheblich friedlicheren Verhältnissen leben als Kolumbien.

Kolumbien verfügt über eine lange Tradition blutiger Gewalttätigkeit. Allein im 19. Jahrhundert wurden neun Bürgerkriege gezählt, die Kämpfe zur Erlangung

der Unabhängigkeit nicht gerechnet. Die Opfer der „Violencia“ in den vierziger und fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts werden mal mit 180.000, mal mit 300.000 angegeben. Wie es damals zugeht, schildert Eduardo Galeano in seinem Klassiker „Die offenen Adern Lateinamerikas“. „Es wurden neue Todesarten erfunden: Beim Krattenschnitt“ schien die Zunge direkt aus dem Genick herauszuwachsen. ... Die Männer wurden zerrissen oder lebendig verbrannt, abgetötet oder langsam in Stücke geteilt. ... die Flüsse färbten sich rot.“ Aber der Hinweis auf diese Tradition der Gewalt erklärt nichts. Er weitet die Fragestellung von der Gegenwart auf die Vergangenheit aus, was, ansatz Probleme zu lösen, nur neue schafft: Gibt es womöglich eine speziell kolumbianische Unfähigkeit, Konflikte friedlich beizulegen? Solche Theorien

arbeiten freilich notgedrungen mit so schwammigen Begriffen wie „Nationalcharakter“ oder „Mentalität“ - Worte, mit denen sich das Vorurteil als wissenschaftlich ausgibt. Außerdem wird dabei die Mehrzahl der Kolumbianer vernachlässigt, die nichts sehnlicher wünschen als Frieden. Plausibler ist die These, daß das verkrustete politische System, das statt alternativer, gesellschaftsentswürfender, immer nur Prindlenverteilung hervorbringt, kaum Fähigkeiten entwickelt hat, gesellschaftliche Konflikte zu lösen; bewaffneter Kampf wäre eine Antwort auf diese Verhältnisse. Tatsächlich stehen fünf Guerilla-Gruppen im Lande, die sozialrevolutionäre Veränderungen anstreben. Auf der anderen Seite versuchen 140 Todesschwadronen, die bestehenden Verhältnisse mit Waffengewalt zu bewahren: Doch auch dieses Modell er-

hell nur einen relativ kleinen Ausschnitt. Eine Regierungskommission hat nämlich 1987 herausgefunden, daß wiederum nur zehn Prozent aller Gewalttaten politischen Hintergrund haben.

Die These, die sozialen Verhältnisse brächten Gewalt geradezu naturwüchsig mit sich - sei es als kalkuliert eingesetztes Mittel zur Veränderung/der Ohnmacht -, wird von der Forderung der „Violencia“ widerlegt. Zwar weisen die „Violentólogos“ - so heißen in Kolumbien die mit dem Gewaltproblem befaßten Sozialwissenschaftler - darauf hin, daß jeder fünfte Kolumbianer unter unzureichenden Wohnbedingungen leidet, daß 22 Prozent ohne öffentliche Strom- und Wasserversorgung sind, daß fast jeder vierte als unterhalb der Elendsgrenze lebend angesehen wird. Sicher fördern solche Verhältnisse - zusammen mit hoher Arbeitslosigkeit - die Kriminalität, zumal die mit dem Drogenhandel verbundene, die kompetenteste soziale Aufstiegsverspricht. Auf der anderen Seite sind in anderen Ländern Südamerikas die sozialen Verhältnisse noch übler, ohne daß sie solche Gewaltzesse, entfesselnd würden. Und schließlich sind es offenbar nicht die Armen, die am krummsten sind: 75 Prozent aller Morde werden in Medellín mit Waffen begangen, die sich die Armen nicht kaufen können.

Hinzu kommt, daß die Hemmschwellen sinken. Mord wird in Kolumbien praktisch nicht bestraft. Die rund 20.000 Fälle des vergangenen Jahres zogen nur 300 Verhaftungen und 75 Verurteilungen nach sich, und eine Regierungskommission hat ermittelt, daß 99 Prozent aller Verbrechen in Kolumbien ungesühnt bleiben.

Die Theorie kann mehr oder weniger gut die Existenz von Gewalt in Kolumbien, nicht aber deren häufige - und sich mehrende - Auswüchse geradezu psychopathischen Charakters erklären. So hat die Guerilla-Gruppe Ricardo Franco vor vier Jahren 150 von ihren höchstens 500 Leuten unter dem Vorwurf, Spitzel zu sein, aufs grausamste gefoltert und ermordet - Männer, Frauen und Kinder. In der zivilen Gesellschaft ist der Irrsinn nicht kleiner: In Medellín fahren selbsternannte Saubermänner - darunter angeblich auch Söhne aus besseren Familien - nachts durch die Straßen und erschließen Bettler, Prostituiertes, Lumpensammler oder kleine Junkies. „Operación Limpieza“ heißt diese Variante des Mordens: Aktion Sauberkeit.



Alltag in Kolumbien: Nur einer der zahlreichen Toten. Dieser Mann wurde von Soldaten erschossen.

Foto: AP

IM GESPRÄCH Fabio Ochoa

Ein „Vater des Jahres“

Von Günter Friedländer

Würde jemand jetzt einen Wettbewerb für den Titel „Vater des Jahres“ ausschreiben, so wäre Fabio Ochoa Restrepo (65) aus Medellín ein aussichtsreicher Kandidat. Er steht im zweifelhaften Glanz seiner drei Söhne - Fabio, Jorge Luis und Juan - die eine Führungsrolle in der Gruppe des Rauschgifthandels spielen, die vage mit dem Namen „Kartell von Medellín“ bezeichnet wird. Vater Fabio wurde mehrmals verhaftet, ohne je verurteilt worden zu sein, er steht auch nicht auf der Liste der an die USA Auszuliefernden, der „Extraditables“. Aber niemand bezweifelt, daß er Sprecher und Vertrauter, sozusagen der Patron seiner Söhne ist.

Fabio Ochoa senior hat am Tag nach der Erklärung des „absoluten, totalen Krieges“ der Rauschgifthändler an Kolumbiens Präsidenten Virgilio Barco einen in einem ganz anderen Ton gehaltenen Brief geschickt. „In der ganzen Welt hat noch nie jemand einen Krieg gewonnen“, schreibt er philosophisch. „Kriege hinterlassen nur Waisen, Witwen und vergrämmte Mütter.“ Schluß damit, so lautet sein Vorschlag: „Kein Rauschgifthandel mehr, kein Krieg, keine Töten, keine Bomben, keine Brände. Verwandeln wir Kolumbien in ein vor. Rauschgifthandel freies Land. Mehr brauchen wir nicht, um glücklich zu sein.“

Kopien wurden an Politiker und die Massenmedien verteilt. Wenn man sich mit der Guerrilla an einen Tisch setzen konnte, die so viele Verbrechen begangen hat - warum nicht mit den Rauschgifthändlern?

Fabio Ochoa wiederholt, was in einem Brief stand, den der Ex-Präsident Alfonso Lopez Michelsen vor fünf Jahren, aus Panama kommend, dem damaligen Präsidenten Belisario Betancur überbrachte. Das Prestige des Briefträgers und die Friedensliebe des Empfängers ließen eine gute Aufnahme erwarten, um so mehr, als



Plötzliche Friedensliebe, brieflich: Ochoa senior FOTO: SYNDICATION INT.

Aber ein Aufschrei der öffentlichen Meinung machte es unmöglich, auf diese Vorschläge einzugehen.

Sonnt Fabio Ochoa sich nur im Erfolg der Söhne, oder ist er ein Baumeister des Kartells? Die pragmatischen Nordamerikaner pflegen zu sagen, daß man mit den Erfolgreichen nicht diskutiert: Sie müssen irgend etwas richtig gemacht haben. Daß die Ochoas Erfolg hatten, bestätigen ihre Milliardern. Die Presse der vom Rauschgifthandel betroffenen Länder hat sich immer darin gefallen, den Rauschgifthandel als eine Großindustrie mit einem erfolgreichen Verteilernetz darzustellen, in der das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt.

Prominente Amerikaner haben auch keinen Hehl daraus gemacht, daß sie Kokain zu sich nehmen, Hollywoods Rolle bei seiner Verbreitung wird oft diskutiert. Kein Wunder, daß Don Fabios Vorschlag beim Volk und in seiner Führung mehr Zustimmung findet, als man zuzugeben wagt. Wie weit den Leuten zu trauen ist, die ja ihren Rauschgifthandel längst einsei-

SABADO 16.9.89

ABC

INTERNACIONAL

Detenidos cinco sospechosos con mapas de la zona de la finca de Bush

Crece el temor USA a un atentado de los «cárteles»

Washington/Bogotá. Afp, Ap, Dpa, Efe

El temor a un atentado contra alguna personalidad de la Administración norteamericana aumentó después de que las autoridades canadienses detuvieran a cinco personas con pasaportes venezolanos, a quienes decomisaron un amplio arsenal. La cadena norteamericana de televisión Univision informó que esto incrementa el temor de que un funcionario norteamericano pueda ser blanco de un atentado de los «cárteles» colombianos.

Las autoridades canadienses, según los informes disponibles en Washington, decomisaron un amplio arsenal a cinco personas que portaban pasaportes venezolanos, presuntamente falsos, además de equipo para acampar, vituallas para un año y mapas de Estados Unidos y Canadá, incluido uno de la zona de la casa de campo del presidente norteamericano, George Bush, en el estado de Maine.

La cadena norteamericana NBC informó, sin embargo, que fueron cuatro los detenidos y que la Policía sigue la pista a ocho sospechosos relacionados con este caso. Entre las armas decomisadas por la Policía canadiense, se hallaron pistolas de diverso calibre, rifles de asalto soviéticos y subametralladoras israelíes, además de abundante munición.

La noticia de la detención de los sospechosos de estar posiblemente relacionados con los «cárteles» colombianos se divulgó veinticuatro horas después de que tres testigos advirtieran a un subcomité del Senado de la posibilidad de un atentado contra congresistas o contra el propio Bush.

Mientras tanto, el ministro colombiano de Defensa, General Oscar Botero, negó la presencia en Colombia de asesores militares de Estados Unidos, y afirmó que «en la actualidad sólo hay en el país diecisiete técnicos». En un comunicado entregado a la Prensa, Botero afirmó que sólo ha llegado a Colombia ayuda militar en equipos; que en las últimas tres semanas se ha realizado ocho entregas de estos, y que «en cada una de las cuales participaron aproximadamente dieciséis personas».

Agregó que en la actualidad, de todas las tripulaciones y técnicos que han venido, «permanecen en el país diecisiete técnicos norteamericanos, que están ayudando a alistar los equipos o se encuentran cumpliendo con los procedimientos administrativos de entrega».

Por otro lado, el embajador de Estados Unidos en Colombia, Thomas McNamara, aseguró que en este país no hay tropas norteamericanas y que el Gobierno colombiano no ha pedido asesoría militar. Simultáneamente, en Washington, el portavoz del Departamento de Estado, Pete Williams, afirmó que en Colombia hay dos grupos de asesores militares, así como tres en Perú y dos en Bolivia.

Williams dijo que el objetivo de la presencia de soldados estadounidenses en Perú, Bolivia y Colombia es adiestrar a las fuerzas de esos tres países en el uso de material bélico y la lucha antinarcoóticos, y que permanecerán «entre tres semanas y seis meses».

Mientras tanto, la IV Brigada del Ejército colombiano, con sede en Medellín, informó del desmantelamiento en esta ciudad de una unidad urbana del marxista-leninista Ejército de Liberación Nacional (ELN) y que fueron detenidos 28 de sus integrantes, presuntos autores de varios atentados terroristas.

Un portavoz de la IV Brigada informó que entre los 28 detenidos, seis de ellos mujeres, figuran un abogado, un ingeniero y un profesor de enseñanza. Agregó que varios de ellos trabajaban en el denominado Instituto Popular de Capacitación (IPC).

Die mörderische Botschaft des Kartells

Kolumbiens Drogen-Mafia reagiert schnell auf George Bushs Kampfansage in Washington

Von Friedrich Kassebeer

Santiago, 6. September - Die kolumbianischen Drogenbosse reagieren sofort, wie sie es angeordnet hatten: Kaum war Präsident Bushs Ankündigung des bisher größten Feldzugs zur Rauschgiftbekämpfung nach Südamerika gedrungen, setzte eine Serie von Terroranschlägen ein. In Medellín, dem Zentrum des Kokainschmuggels, gingen drei Dynamitladungen hoch, die zwei Bankfilialen und das elegante Restaurant „Bella Epoca“ in Trümmer legten und fünf Menschen, darunter ein kleines Mädchen, verletzten. Allein 20 Bombenanschläge waren in Medellín in den letzten drei Wochen verübt worden. Vor einem Supermarkt in Bogotá wurde die 30jährige Ehefrau Angela des Obersten Carlos Guerrero in ihrem Auto erschossen. Als stellvertretender Leiter der Logistik-Abteilung der Streikkräfte gehörte Guerrero zu jener Führungselite, welche die Drogenbosse nach dem Beginn der Großrazien mit Feuer und Mord bedroht hatte.

Aus der kolumbianischen Mafia-Hochburg Medellín wurde bekannt, daß dort ein bezahlter Mörder schon für zehn Dollar anzuhuern ist. Die Zwei-Millionen-Stadt im Bergland von Antioquia nimmt „normalerweise“ mit zehn Morden täglich eine Spitzenstellung in Kolumbien ein, wobei Attentate von rechten und linken Extremisten, Morde der Drogen-Mafia und anderen Bluttaten zusammengezählt sind. Weil Medellín erst einige hundert der zusätzlich angeforderten 4000 Polizisten erhalten hat, beschuldigte Bürgermeister Juan Gomez Martinez die Regierung in Bogotá, die Stadt ungeschützt zu lassen. So herrscht Selbstjustiz: Am letzten Wochenende wurden zwei mutmaßliche Komplizen des Koka-Königs Rodriguez Gacha erschossen aufgefunden. An den Leichen hing ein Zettel: „Muerte a los narcos“ (Tod den Drogenhändlern). Wahrscheinlich bildet sich da eine Gegenbewegung zu den

mit der Mafia verbundenen ultrarechten Todesschwadronen, die unter der Devise „Tod den Kidnappern“ vor allem Hunderte von Linksradikalen umgebracht haben, denen Entführungen von Unternehmern und Großgrundbesitzern angezinst wurden. Zweifel bestehen jedenfalls noch immer, ob Präsident Virgilio Barco trotz der ersten landesweiten Verhaftungsaktionen gegen die Drogen-Mafia und der Beschlagnahme von Gütern, Flugzeugen und Yachten der Koka-Könige den ausgerufenen „unerbittlichen Krieg“ gewinnen wird. Das 30-Millionen-Volk hat solche Kriegserklärungen schon von mehreren Präsidenten vernommen, ohne daß je einer der Mächtigen des „Kartells von Medellín“ oder der Konkurrenz, des „Kartells von Cali“, vor Gericht gestellt, geschweige denn verurteilt worden wäre. Nach der Ermordung des liberalen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán mannte die liberale Zeitung *El Espectador*, daß die „so oft wieder weichgewordene Regierung“ die nun eingeleiteten umfassenden Verfolgungsmaßnahmen auch vollenden müsse, daß nicht erneut „Nachlässigkeit, öffentliche und private Korruption“ sich durchsetzen dürften.

Zwei Wochen später explodierte neben dem Gebäude der Zeitung ein mit mindestens 150 Kilo Dynamit beladener Lastwagen, ein Toter und 107 Verletzte waren zu beklagen, darunter 21 Mitarbeiter des Verlags. Chefredakteur Fernando Cano erinnerte in einem Kommentar der Notausgabe am nächsten Tag die Regierung an ihre Versprechen, „damit diese Trümmer (des Zeitungsgebäudes) nicht die der Demokratie in Kolumbien werden“. Im Dezember 1986 war Fernando Cano Vater, damals selbst Chefredakteur der Zeitung, von der Mafia vor diesem Gebäude erschossen worden, weil er zur Bekämpfung der Drogenbosse aufgerufen hatte.

In Medellín haben wegen der Betro-

hung durch die Mafia erneut drei Richter ihre Ämter verlassen. Im südlichen Cali, der drittgrößten Stadt des Landes, werden Richterinnen, die weiterarbeiten wollen, von der Polizei im Pistolenstießen und anderen Selbstverteidigungspraktiken unterwiesen. Aus den USA kommen als Spende für die Richter Panzerwesten und wohl auch gepanzerte Fahrzeuge. Aus dem „Kartell von Cali“, das den Drogen-schmuggel nach New York beherrscht, war die Warnung gekommen, daß für jeden an die USA ausgelieferten Drogenboß zehn kolumbianische Richter umgebracht würden. Noch in dieser Woche wird die Entscheidung der Regierung über die von Washington beantragte Auslieferung des in der Großrazia verhafteten angeblichen „Schatzmeisters“ des Medellín-Kartells, Eduardo Martinez Romero, erwartet.

Der bisher als großer Zauderer bekannte liberale Präsident Barco, der nach der Ermordung seines Parteifreunds Galán erstmals demonstrativ hart durchgegriffen hat, wird nun auf die Probe gestellt. Liefert er wirklich, wie er es versprochen hat, verhaftete Drogenbosse ohne langwieriges Gerichtsverfahren an die USA aus? Der Oberste Gerichtshof war ihm schon zweimal in den Arm gefallen. Jetzt glaubt Barco, durch den für 60 Tage verhängten Belagerungsstand genügend Vollmachten zur Auslieferung ohne Gerichtsentscheidung zu haben. Was aber, wenn danach der Gerichtshof erneut die Dekrete aufhebt?

Die USA bringen Barco in Zugzwang. Sie erwarten gewiß die Auslieferung als Gegenleistung für ihre massive Hilfe im Kampf gegen die Mafia. Zwei Transportflugzeuge vom Typ Hercules, acht Jagd- und Aufklärungsflugzeuge des Typs A-37 und fünf UH/HO-Transporthubschrauber wurden dem kolumbianischen Militär in diesen Tagen übergeben. 200 US-Soldaten werden als „Berater“ wirken, weil sie als



EXPLOSIONEN als Begleitmusik zu Präsident Bushs Rede: Am Dienstagabend verübte die Drogen-Mafia in Medellín eine Serie von Sprengstoffanschlägen, bei denen fünf Menschen verletzt wurden.

US-Kampfgruppen in Bogotá nicht willkommen wären. In Bolivien hatte der Ein-

satz von amerikanischen Spezialeinheiten gegen Koka-Plantagen und Laborkatzen im Dschungel vor drei Jahren zu einer schweren Regierungskrise geführt. Vielleicht wird der Defäktismus, der vor den jüngsten Notstandsmaßnahmen Barcos gegenüber der Drogen-Mafia herrschte, durch die kräftige Unterstützung aus Washington - Material für rund 85 Millionen Dollar - nun abgebaut. Auch die von Präsident Bush im eigenen Land angekündigten Maßnahmen gegen Rauschgiftschmuggel und Drogenkonsum könnten Kolumbien Luft verschaffen.

Trotzdem regiert bei vielen Verantwortlichen noch die Furcht. Die vom Nationalen Sicherheitsrat für ein Dutzend Städte verhängte nächtliche Ausgangssperre von

22. bis 6 Uhr wurde zuerst in Medellín eingeführt, aber Bürgermeister Juan Gomez Martinez plädierte dort gleichzeitig für einen „Dialog“ mit den Drogenbossen. Er ist wegen dieser Gesprächsbereitschaft schon seit langem bekannt. *El Espectador* erinnerte ihn empört daran, daß er seine Forderung sogar noch nach der Ermordung Galáns und den Morden an dem Polizeidirektor in Medellín, Valdemar Franklin Quintero, und an der Richterin Maria Helena Diaz wiederholt habe.

Botschaften aus dem Kartell drängen aber auch auf den „Dialog“ mit der Regierung. Pablo Escobar, einer der Bosse des Kartells, meldete sich telefonisch aus dem Untergrund und beschwor die Regierung: „Wir wollen doch nur eines, uns in die normale Gesellschaft eingliedern.“ Wenn Bogotá den „Dialog“ nicht akzeptiert, „wird es Tote, noch mehr Tote geben, werden Journalisten und Richter Preis bezahlen“.

Präsident Barco hat jeden Gesprächskontakt mit der Mafia kategorisch abgelehnt. Er würde sich in seinem Amtsjahr selbst vor der eigenen liberalen Partei völlig ungläubwürdig machen. Seine teure er etwa mit den Drogenbossen über die Legalisierung des Rauschgifts und die Sicherung ihrer durch Verbrechen beschafften Vermögen verhandeln? Die Regierung bleibt deshalb zunächst bei ihrer Offensive und versucht, das Volk politisch zu stimmen: In vielen Koka-Banans sei „panikartige Auflösung“ der Produktion im Gange, wurde mitgeteilt. Der Irgenstrom nach Kalifornien, so heißt es auch aus den USA, sei nach der kolumbianischen Gegenoffensive fast verstiegt.

Bonn warnt Drogenkartellen im Land

Deutsche Handelsfirmen als Tarnadresse – Kolumbien lieferte Drogen-Finanzchef an USA aus

BONN (hpf/AP) – Kolumbiens Drogenkartelle richten nach Angaben des Bundeskriminalamtes Stützpunkte in der Bundesrepublik und im übrigen Europa ein.

Unter dem Deckmantel von Handelsfirmen und Geschäften bauen sie Depots auf und unterhalten feste „Mitarbeiter“, die sich als normale Geschäftsleute tarnen. Die Drogenkartelle haben ihre Aktivitäten offensichtlich nicht erst in letzter Zeit begonnen. Bereits vor einiger Zeit wurde nämlich eine Tierhandlung entdeckt, die als Lager für Kokain diene. In Zierfisch-Tüten wurde das Kokain ins Land geschmuggelt. Um der kolumbianischen Regierung bei der Bekämpfung der Drogenhändler zu helfen, erwägt die Bundesregierung Hilfen beim Aufbau einer nicht kokain-gebundenen Landwirtschaft. Darüber haben Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt bereits beraten. Auch andere Staaten der europäischen Gemeinschaft sollen dabei eingeschaltet werden.

Unterdessen hat Kolumbien trotz massiver Drohungen der Drogenmafia in der Nacht zum Donnerstag den Finanzchef des berüchtigten Kokain-Kartells von Medellín, Eduardo Martinez Romero, an die USA ausgeliefert. Romero muß sich in den Vereinigten Staaten wegen Transaktionen von Millionensummen aus dem Drogengeschäft vor einem Gericht verantworten. Zugleich setzte die Regierung in Bogotá eine Belohnung von 250 000 Dollar für die Ergreifung zweier anderer Bosse des Medellín-Kartells aus.

Die Auslieferung Romeros dürfte den

„Rauschgiftkrieg“ zwischen der Drogenmafia und der Regierung in Kolumbien weiter verstärken. Die Drogenbosse hatten nach dem Start der landesweiten Anti-Rauschgift-Razzien am 18. August damit gedroht, für jeden an die USA ausgelieferten Kolumbianer zehn hohe Justizbeamte und fünf US-Bürger zu ermorden.

Bis zu 5000 Rauschgifttote im Jahr befürchtet das Bundesinnenministerium, falls Drogen in der Bundesrepublik freigegeben würden. Der Parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger sagte am Donnerstag in Bonn, bei einer Freigabe sei mit einer „explosionsartigen Ausbreitung der Rauschgiftsucht“ zu rechnen. Schon die Diskussion um die Freigabe sei geeignet, die Hemmschwelle bei potentiellen Drogenkonsumenten herabzusetzen.

Das Stichwort

Kokainsucht

Eine Viertelstunde ekstatischen Glücksgefühls endet nach jedem Kokaingenuß mit einem gefürchteten „Absturz“ („Crash“), der sofort den Wunsch auslöst, so schnell wie möglich die nächste Dosis einzunehmen. Dieser Teufelskreis macht Kokain zu einer der Drogen, die das Verhalten der Süchtigen am stärksten beeinflussen und verändern. Kokain kann mit der Nase „geschnüffelt“, intravenös gespritzt oder als sogenanntes Crack mit einer Pfeife geraucht werden. Schon nach Sekunden setzt der Rausch ein. Besonders gefährlich, weil der Körper hierbei keine Abwehrmöglichkeit gegen die Aufnahme des Rauschgifts hat, ist das Rauchen von Crack, einer kristallisierten Form des Kokain. Denn die Aufnahmefähigkeit der Nase oder der Venen ist irgendwann erschöpft, die der Lungen jedoch nicht. „Crack könnte eine der euphorischsten Wirkungen aller Rauschgifte haben“, meint Herbert Kleber, ein Mitarbeiter der amerikanischen Rauschgiftkontrollbehörde. „Es löst intensive Glücksgefühle aus. Aber seine Wirkung läßt sehr schnell nach und bringt den Benutzer wieder in eine unangenehme Stimmung zurück. Und der Körper hat dagegen keine Abwehr.“ Eine medizinische Behandlung der Kokainsucht ist noch nicht entwickelt worden. Kokain und Crack lösen vermutlich direkt in Nervenrezeptoren des Gehirns die Glücksgefühle aus, die bis zum Verbrauch der Dosis in Wellen durch das Nervensystem gehen. Durch den anschließenden „Absturz“ wird das Verlangen nach einer neuen Dosis verstärkt. Die erfolgreiche Behandlung von Kokainsüchtigen hängt zu einem großen Teil von deren Persönlichkeit ab. Als besonders schwierig gilt die Behandlung von Süchtigen in Elendsvierteln. AP

Drogen-Gelder über deutsche Banken geleitet

HAMBURG (dpa) – Beim Rauschgift-Handel der kolumbianischen Drogen-Mafia sind nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ Millionenbeträge über Bankkonten in der Bundesrepublik geflossen.

Unter Berufung auf Informationen aus dem Bundeskriminalamt berichtete das Blatt, einer der Hauptakteure bei dem Geld-Transfer sei der aus dem kolumbianischen Mafia-Zentrum Medellín stammende Diplomat Juan Perez Piedrahita gewesen, der bis 1982 Botschaftsrat in Bonn war. Der Vorsitzende der Innenminister-Konferenz, Baden-Württembergs Innenminister Dietmar Schlee vertrat unterdessen die Ansicht, daß sich die Polizei bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität „auf die konspirativen Vorgehensweisen im Bereich der organisierten Kriminalität“ einstellen müsse. Das reiche vom effektiven Einsatz verdeckter Ermittler über die Gründung von Scheinfirmen bis hin zum Zeugnenschutz. – In Kolumbien selbst hat sich der Drogenkrieg weiter zugespitzt. Bei der Explosion eines mit Sprengstoff beladenen Lastwagens wurden in Bogotá 84 Menschen zum Teil schwer verletzt und das Verlagsgebäude der Zeitung „El Espectador“ schwer beschädigt. Das Blatt ist für seine Kritik an den Rauschgiftbossen im Land bekannt. (Seite 4)

Stuttgarter Nachrichten 4.9.89

US-Soldaten nach Peru?

Präsident Bush fordert Todesstrafe für Drogenhändler

BOGOTA/WASHINGTON (AP/dpa) – Der amerikanische Präsident George Bush hat der „Washington Post“ vom Sonntag zufolge den Einsatz amerikanischer Soldaten in Coca-Anbaugebieten in den peruanischen Anden genehmigt.

In einer Rede in New Orleans forderte Bush die Todesstrafe gegen die Bosse der Rauschgiftmafia. Die kolumbianische Armee gab die Verhaftung von vier Mitgliedern einer Todesschwadron bekannt, die der Frau des mutmaßlichen Drogenkönigs Pablo Escobar als Leibwächter dienten. Außerdem wurde ein Kurierpilot Escobars festgenommen. Der als Finanzexperte der Drogenmafia und Geldwäscher in Medellín verhaftete Luis Fernando Galeano mußte wieder auf freien Fuß gesetzt werden, weil seine Akten verschwunden waren.

Der „Washington Post“ zufolge dürfen US-Soldaten künftig Patrouillen der perua-

nischen Sicherheitskräfte im Huallaguala-Tal begleiten, sollen aber nicht an Kampfeinsätzen teilnehmen. Das Gebiet, in dem es unzählige Coca-Plantagen gibt, wird von Guerillas kontrolliert. Bush plane ferner, mehrere hundert Militärberater nach Peru, Kolumbien und Bolivien zu entsenden, berichtete die Zeitung unter Berufung auf einen ungenannten Gewährsmann weiter. Die neuen Anweisungen seien Teil der vergangenen Donnerstag von Bush bekanntgegebenen Antidrogeninitiative, hätten aber geheimgehalten werden sollen.

Polizei und Armee Kolumbiens haben am Samstag dem berüchtigten Kokainkartell von Medellín einen schweren Schlag versetzt. Im Gebiet von Puerto Boyaca beschlagnahmten sie sechs Landgüter, auf denen Killerkommandos ausgebildet wurden. Insgesamt wurden damit seit Mitte August 15 Landgüter und zahlreiche Häuser der Kokainbosse konfisziert.

„Blei oder Geld“ ist das Motto der brutalen Drogenbarone

Gegen das Medellin-Kartell scheint auch die kolumbianische Regierung machtlos / Von Willi Germund, Managua

Sie nennen sich stolz „Los Extraditables“, die Auslieferbaren – ein exklusiver Klub von etwa 50 Kolumbianern, die ebenso reich wie brutal sind. Die einzige Aufnahmebedingung der Männervereinigung: Mitglieder werden per Haftbefehl in den USA wegen Drogenschmuggel gesucht und müssen bei Festnahme mit Auslieferung durch ihr Heimatland rechnen. Die vier bekanntesten Vertreter des Klubs, der eine breite Blutspur des Terrors hinterläßt: Pablo Escobar, Jorge Ochoa, Gonzalo Rodriguez Gacha und Gilberto Rodriguez Orejuela. 80 Prozent des Kokains, das in die USA geschmuggelt wird, geht durch die Hände ihrer Organisationen, der sogenannten Drogen-Kartelle. Und wie kein Kraut gegen den sich ausbreitenden Schmuggel mit den lange Arm der „Extraditables“ überall hin. Niemand ist vor ihnen sicher, das bewiesen die „Narcos“ in der letzten Woche wieder einmal. Ein Richter des Obersten Gerichtshofs, der Polizeichef der Provinz Antioquia und der Senator der Liberalen Partei, Luis Carlos Galan, fielen innerhalb von drei Tagen den Kugeln von Killerkommandos der Drogenmafia zum Opfer.

Damit keine Zweifel am brutalen Ernst der Ereignisse aufkamen, meldeten sich die „Extraditables“ anschließend brieflich. „La cosa es con sangre“, drohten sie in dem

Schreiben, das in einer Rundfunkstation in der kolumbianischen Stadt Medellin auftauchte – es wird Blut fließen. Der Mord an dem Politiker und wahrscheinlichen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galan sollte den Verhandlungswillen der Regierung fördern. Im Klartext: Entweder arrangieren sich Kolumbiens Behörden mit der zweiten Macht im Staat oder es werden weitere Gewalttaten folgen.

Kolumbiens Präsident Virgilio Barco betrachtete das jedoch als Kriegserklärung und reagierte mit der Verhängung des Ausnahmezustands. Danach dürfen Verdächtige jetzt sieben Tage in Haft gehalten werden. Der Besitz der Drogenchefs darf umgehend beschlagnahmt werden. Der Präsident griff außerdem zur schärfsten Waffe: die sofortige Auslieferung von Mafiamitgliedern an die USA. Aber die Wut der Regierung über die Allmacht der Kokainhändler erstreckte schon in der Vergangenheit allzuoft an der eigenen Ohnmacht. Nur Carlos Lehder, ein deutschstämmiger Außenseiter des Drogenadels, landete tatsächlich in einem US-Gefängnis und sitzt eine lebenslange Haftstrafe ab. Pablo Escobar, Jorge Ochoa, Gonzalo Rodriguez Gacha und Gilberto Rodriguez Orejuela dagegen betreiben ihr Geschäft immer noch im gewohnten Stil.

Pablo Escobar, früher selbst Parlaments-

mitglied, gilt als brutalster Drogenboß und finanziert rechtsextreme Todesschwadronen. In seiner Heimatstadt Medellin ließ er in Elendsvierteln Fußballplätze mit Flutlicht errichten. Ein Stadtviertel trägt gar den Namen des Wohltäters aus den Reihen der Mafia. Er hatte den heutigen Bewohnern die Häuser geschenkt. Jorge Ochoa, der seine Hochburg ebenfalls in Medellin hat, mußte gar einmal ins Gefängnis: weil er im Porsche des Militärschiffes von Honduras zu schnell gefahren war.

Eine der undurchsichtigsten Figuren ist Gonzalo Rodriguez Gacha, Spitzname „El Mexicano“. Er wurde bisher nicht ein einziges Mal verhaftet und scheut im Gegensatz zu Escobar und den Ochoas das Licht der Öffentlichkeit. Alle drei bilden das sogenannte Medellin-Kartell, das sich seit mehr als einem Jahr einen blutigen Konkurrenzkampf mit Gilberto Rodriguez Orejuela aus der Stadt Cali liefert.

In den mit Drogendollars boomenden Städten Cali und Medellin heißen die Capos des Kokainhandels „Los Magicos“, die Magier. Sie können sich alles leisten, und sie erlauben sich auch straflos fast alles. Das kriminelle Erfolgsrezept: „Plomo o plata“ – Blei oder Geld. 220 Richter und Mitarbeiter des Justizapparats fielen seit 1981 den „Sicarios“ zum Opfer, von der Mafia ausgebildeten Killern, die je nach Opfer

zwischen 10 000 und 500 000 Dollar für einen Mord erhalten. Selbst prominente Politiker und schwerbewachte Offiziere der Sicherheitskräfte sind vor der Macht der Drogenbarone nicht sicher.

Die neueste Machtprobe entzündete sich an Erfolgen bei der Drogenbekämpfung. In Mexiko beschlagnahmten die Behörden während der ersten sechs Monate dieses Jahres mehr als 15 Tonnen Kokain. Ein neues Sonderkommando in Kolumbien zerstörte zahlreiche Kokainlabors. Die Bush-Regierung in Washington konzentriert sich zudem stärker als Vorgänger Reagan auf die Drogenbekämpfung.

Trotzdem blüht der Handel mit dem einzigen lateinamerikanischen Rohstoff, der noch gute Preise auf dem Weltmarkt erzielt. Die „Extraditables“ wollen verhindern, daß Kolumbiens Regierung der Absicht der Regierung in Washington zustimmt, nordamerikanische Soldaten zur Bekämpfung des Drogenhandels und -abbaus in den Andenstaat zu schicken. Experten vermuten, daß Kolumbiens Regierung auch diesmal den kürzeren ziehen wird. Ein Mitglied der nordamerikanischen Drogenfahndungsbehörde erklärte am Wochenende gegenüber der Zeitung „Miami Herald“: „Wahrscheinlich werden die Lear-Jets schon aufgetankt und startklar gemacht.“ Mögliche Zuflucht: Panama.

In Venezuela breitet sich Killer-Virus aus

CARACAS (epd) – Mediziner in Venezuela sind alarmiert von der schnellen Ausbreitung eines todbringenden Virus, das wie das Aids-Virus HIV durch Geschlechtsverkehr und Blut übertragen wird. Bereits zehn Prozent der Bevölkerung in der Millionenstadt Maracaibo an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze sind nach Schätzungen von Jesus Weir Nedina, Direktor der Blutbank von Maracaibo, mit dem Virus infiziert, das die wissenschaftliche Bezeichnung HTLV-1 trägt. Unter den Guajira-Indianern sollen es bereits 16 Prozent sein.

Das Virus HTLV-1 bewirkt im menschlichen Körper eine Vermehrung der weißen Blutkörperchen und führt zu oft tödlich verlaufenden Krankheiten wie Leukämie und in den Tropen zu Lähmungen, die dort unter dem Namen „Paraparesia Espastica Tropical“ (PET) bekannt sind.

SN 16.08.89



Anwesen eines Drogenbarons in Cali, Militärrazia: „Die Narcos denken hier anders“

Kolumbien

Wir stellen die Toten

Kolumbiens Bürger fragen sich, warum sie einen „fremden Krieg“ führen sollen.

Elegante Ledersessel umringen einen Tisch aus glänzendem Edelholz, diskrete Vorhänge dämpfen die tropische Sonne, Notizblöcke und spitze Bleistifte liegen bereit – alles sieht aus wie Routine. Auch die Akteure, entscheidungsfreudige Männer, die sich als Vorhut der Gesellschaft empfinden, fühlen sich ganz wie zu Hause – und unter sich.

Und doch ist das Treffen ungewöhnlich. So ungewöhnlich, daß es nicht zu Protokoll gegeben wird: Die feinen Herren debattieren über Mord und Totschlag und darüber, wie sie ihre Stadt davor retten können – Cali darf nicht zu einem zweiten Medellín werden.

Das geschah vor anderthalb Jahren, und die damals beschlossene Politik war erfolgreich: Während Kolumbiens Drogenmetropole Medellín immer schneller in Gewalt und Chaos abdriftete, wurde es in Cali geradezu ruhig, obwohl die Stadt ebenfalls Sitz einer mächtigen Kokainmafia ist. Den seit nunmehr drei

Wochen wütenden Krieg zwischen Regierung und Drogenbossen verfolgen die Bürger Calis bislang bloß im Fernsehen.

Gewiß haben Soldaten das Stadion und die Büros des Fußballklubs América besetzt – er gehört Drogenhändlern. In Ciudad Jardín, einem Viertel mit extravaganten Villen, deren Gärten in weitläufige Weiden für die hier so geschätzten Reitpferde übergehen, wurden 15 Häuser voll „orientalischem Luxus“ (so ein Offizier) von Kampftruppen gestürmt – die Bewohner waren längst weg, nicht einmal Anzeichen überstürzter Flucht waren zu sehen.



Drogenbaron Rodríguez Orejuela
„Das Geld bleibt nicht nur ganz oben“

Doch eine Antwort der Drogenbosse blieb aus. In Medellín und in der Hauptstadt Bogotá lassen rachsüchtige „narcos“ (Drogenhändler) täglich Bomben und Brandkörper hochgehen – etwa gegen die Tageszeitung *El Espectador* oder in eleganten Restaurants. In selbstmörderischem Alleingang stürmte ein Narco-Terrorist gar in den Flughafen von Medellín.

Cali dagegen bleibt die liebliche Provinzhauptstadt der Reiseprospekte. Fast könnte es scheinen, als sei das berühmte „Kartell von Cali“ eine pure Fiktion und der Kokainexport in die USA ein hier unbekannter Geschäftszweig.

„Die Narcos denken hier anders, es ist eine kulturelle Frage.“ Ricardo Mejía* muß es wissen – er ist Vertrauensmann des Kartells und dessen Verbindung zur Außenwelt. „Das Kartell von Medellín ist kriminell“, sagt Mejía, „mit brutaler Gewalt sucht es sich gegen den Staat durchzusetzen und ermordet Richter und Politiker. In Cali wird nur bei internen Auseinandersetzungen getötet.“

Die Bosse von Cali sind Aufsteiger, die mehr wollen als nur Reichtum, Prunk und Macht. Sie wollen integriert sein in die Gesellschaft, Unternehmer wie die Zuckerrohrpflanzer oder die Kaffee-Exporteure. Und sie sind auf

* Name von der Redaktion geändert.

dem besten Weg, dieses Ziel zu erreichen.

Einen Startvorteil gegenüber Pablo Escobar oder Gonzalo Rodríguez Gacha, den mörderischen Bossen des Medellín-Kartells, hatten die Narcos von Cali nicht. Auch Gilberto Rodríguez Orejuela, „der Schachspieler“, und sein Bruder Miguel oder José Santacruz Londoño, „der Student“, gehörten zunächst alle zum kleinkriminellen Milieu. Der Schmuggel kleiner Mengen undestillierter Kokainpaste aus Peru und Bolivien stand am Anfang ihrer Karriere.

Santacruz brach ein Ingenieurstudium an der Universität von Cali ab, als das große Geld zu fließen anfang. Miguel Rodríguez dagegen investierte in seine Bildung und wurde Anwalt. Anfang der

Gesellschaft der Gegend verbunden sind, haben Teil am Drogengeschäft.“

„Das Geschäft blieb weit weg von der Stadt“, weiß ein ehemaliger Drogenpilot. Die Labors des Cali-Kartells liegen alle im Urwald, in den Provinzen Cauca oder Putumayo. Nach Cali kam höchstens der Erlös aus dem Drogenhandel. Doch das Geld bleibt nicht nur bei denen ganz oben. „Der Drogenhandel hat die Gesellschaft wirtschaftlich demokratischer gemacht“, meint Alvaro Camacho, Soziologe an der Universidad del Valle in Cali. Auch kleine Drogenhändler, die sich am Rande des Kartells bewegen, investieren in der Stadt, werden Autohändler oder Restaurantbesitzer.

So hat die Gesellschaft von Cali längst ihren Frieden mit dem Kartell gemacht.

Wir stellen die Toten, wo dies doch gar nicht unser Krieg ist.“

Die Behauptung der DEA (US-Behörde für Drogenbekämpfung), daß die Drogenexport-Länder unweigerlich auch vom Konsum befallen werden, weist der Offizier zurück: „Das möchte die DEA wohl gern, aber die DEA lügt. Der Konsum ist ihr Problem, nicht unser.“ In den USA und in Europa müsse der Kampf ansetzen, nicht in Kolumbien: „Die paar Hubschrauber und Flugzeuge, die sie uns nun schicken, können hier doch nichts ausrichten.“

Gerüchte – und auch wenn sie ohne jeglichen Wahrheitsgehalt sind – dokumentieren einen Sinneswandel im Volk, das den Horror über die Narco-Morde verdrängt: Etwa, die DEA soll den liberalen Politiker Luis Carlos Galán ermordet haben, um Kolumbien in diesen Krieg zu zwingen. Und kühn wird in die Vergangenheit gedichtet: Als sich die Narco-Führer 1984 in Panama mit einem Friedensangebot an den Ex-Präsidenten López Michelsen wandten, soll es tatsächlich zu einem Abkommen gekommen sein. Die Auslieferung des Kartellchefs Carlos Lehder sei der Preis für den Frieden der anderen gewesen.

Jetzt sei die Zeit für eine neue Ratenzahlung gekommen – vielleicht der blutrünstige Rodríguez Gacha. Damit würden sich viele Kolumbianer schon zufrieden geben. Bereits am vorigen Mittwoch wurde ein Geldwäscher des Medellín-Kartells an die USA ausgeliefert.

„Wir stehen mit dem Rücken zur Wand“, klagt Enrique Forrero von der Handels-

kammer in Cali. Er formuliert den Verdacht, den so viele Kolumbianer hegen: „Vielleicht geht es den Amerikanern gar nicht so sehr um das moralische Problem des Drogenkonsums. Es schmerzt sie vielmehr, daß ihnen das Geschäft entgeht. Warum war Marihuana nur von Übel, solange es außerhalb der USA angebaut wurde?“

Sogar die moralische Entrüstung über die Narcos schwindet. „Die heute so vornehme Oligarchie ist reich geworden, weil sie den Indianern im letzten Jahrhundert das Land gestohlen hat“, meint ein linker Politiker. „Auch die Kaffeebarone schmuggeln, um Exportsteuern zu entgehen“, weiß ein anderer. Sogar die konservative Handelskammer kann sich kaum noch aufregen: „Die großen Reichtümer der Welt haben doch alle einen illegalen Ursprung“, befindet Enrique Forrero.



US-Militärhilfe für Kolumbien: „Hubschrauber nützen nichts“

siebziger Jahre reichte der Drogengewinn schon für das erste Flugzeug.

„Los mágicos“ (die Zauberer) nannte man bald die neuen Nachbarn, die ihre Anwesen neben die Villen der alten Elite setzten. Ihr Reichtum wuchs so rasch, daß er wie hergezaubert schien.

Gewiß, in den feinen „Club Colombia“ nahm man die Neureichen nicht auf – da baute sich Santacruz eben eine genaue Nachbildung, nur für sich und seine Freunde. Die Kinder der Narcos aber vermischen sich reibungslos mit denen der alten Oligarchen an den besten Schulen der Stadt.

Schon 1984 befand der damalige Chef des Drogendezernats der Nationalpolizei, Oberst Jaime Ramírez Gómez, daß das Cali-Kartell schier unantastbar war: „Die Mafia ist hier nicht angegriffen worden. Elemente, die mit Regierung, Parteien, Polizei, Militär und der besten

„Hier haben sich die Narcos auch nie direkt in die Politik eingemischt“, meint ihr Vertrauensmann Mejía, „dafür bekommen alle Abgeordneten Geld zugeschoben, ob sie nun von linken oder rechten Parteien sind.“

Da ist es kaum erstaunlich, daß die Brüder Rodríguez Orejuela und ihre Kartellkumpane zwar „untergetaucht“ sind, aber tatsächlich noch immer in ihrer Stadt wohnen. Mejía: „Nirgends sind sie so sicher wie in Cali.“ Hier würden nur wenige einen Sinn in der Verhaftung und Auslieferung der lokalen Narcos sehen – eine Haltung, die sich trotz des Kriegsgebrülls der Regierung in Bogotá im ganzen Land wieder breitmacht.

„Der Krieg gegen den Drogenhandel ist der Konflikt des Jahres 2000“, sagt ein hoher Militär. „Aber wir stehen allein im Ring, während die Welt uns ringsum nur billigen Applaus spendet.“

RAUSCHGIFT

Kolumbien

Nationaler Kreuzzug

Nach der Ermordung eines Präsidentschaftsanwärters hat Kolumbien seinen Rauschgiftbossen den Krieg erklärt. Doch die schlagen zurück.

Für Kolumbiens Streitkräfte und Polizei ist seit vorletztem Wochenende Krieg: Präsident Virgilio Barco schickte sie in den Kampf gegen die übermächtige Drogenmafia. In Medellín, der Stadt, die dem Verbrechersyndikat den Namen gab, besetzten Soldaten zwei Apartmenthäuser, zwei Nobel-Dis-

heiten Dutzende Haciendas, zogen etwa 650 Waffen ein sowie 1140 Autos und Lastwagen, 22 Yachten, 135 Flugzeuge und 15 Helikopter.

Die spektakuläre Anti-Drogen-Aktion war eine ungewöhnliche Kraffanstrengung, zu der sich die Regierung genötigt sah, nachdem vorletzte Woche drei Morde im Auftrag der Drogenmafia die sonst längst an Gewalttaten gewöhnten Kolumbianer in Schock versetzt hatten. Innerhalb von zwei Tagen starben ein Richter des Berufungsgerichts von Bogotá sowie der Polizeichef der Provinz Antioquia (Hauptstadt Medellín).

Als dann auch noch der aussichtsreichste Anwärter für die Präsidentschaftswahl im nächsten Mai, Luis Carlos Galán, vor 10 000 seiner Anhänger erschossen wurde, war das Maß voll. Der Tod des beliebten Liberalen, Hoff-



Attentatsopfer Galán: Schock wie nach dem Mord an Kennedy

kotheiken sowie eine festungsartig ausgebaute Villa – alles Besitz von Pablo Escobar, dem Chef des berüchtigten Kokainkartells.

Die Ordnungskräfte beschlagnahmten auch Escobars Hacienda Nápoles samt Zoo, Stierkampfarena und Privatflugplatz. In den Besitztümern seines Kompagnons Gonzalo Rodríguez Gacha nahe Bogotá stellten Kampfeinheiten das Bett des Drogenkönigs aus purem Silber sicher. Die Fahnder trafen nirgendwo auf Widerstand, denn die Besitzer waren längst ausgeflogen.

Über 10 000 Personen wurden in der vergangenen Woche festgenommen – wie die Regierung eingestand, alle möglichen Verdächtigen: Kleindealer, Leute ohne Papiere, gemeine Verbrecher und die Hausangestellten der Mafiosi. Überdies beschlagnahmten die Armeekor-

nung vieler, traf die Kolumbianer schwer – so wie einst die Ermordung John F. Kennedys die Amerikaner. Zehntausende riefen bei der Beerdigung Galáns am vorletzten Sonntag nach „Gerechtigkeit“.

Nach dem Anschlag auf Galán verhängte der Präsident den Ausnahmezustand über das Land und verkündete im Fernsehen sein Anti-Drogen-Programm. Güter der Mafiosi können ab sofort beschlagnahmt, Personen, die den öffentlichen Frieden stören, festgenommen werden. Doch am wichtigsten von allem: Barco erklärte, kolumbianische Drogenhändler würden in Zukunft an die USA ausgeliefert, ohne daß dafür noch ein Gerichtsbeschluß nötig sein wird.

Vergangene Woche sandte Washington eine Liste mit den Namen von 100

Drogenkartelle drängen nach Europa

Seit Januar bundesweit 1000 Kilogramm Rauschgift sichergestellt – Bald „Vermögenssteuer“?

Das BKA schätzt die Nettoeinkünfte aus Drogengeschäften in der Bundesrepublik pro Jahr auf eine bis 1,5 Milliarden Mark. „Wir müssen die Rauschgift Händler in den Konkurs treiben. Die Händler müssen mit dem Einzug ihres gesamten Vermögens rechnen“, sagte der Staatssekretär im bayerischen Innenministerium Heinz Rosenbauer. Daher sei es notwendig, den Drogendealern die Geldmittel zu entziehen. Schon bald werde in das Strafgesetzbuch eine „Vermögensstrafe“ eingefügt.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden bundesweit an den Grenzen und den Flughäfen fast 1000 Kilogramm Rauschgift sichergestellt und 4281 Rauschgiftler verhaftet. Diese Zahlen veröffentlichte Bundesfinanzminister Theo Waigel gestern bei der Vorstellung des Zolljah-

resberichts. Dabei hat sich der Frankfurter Flughafen als Schwerpunkt des Rauschgiftschmuggels mit harten Drogen erwiesen. Vor allem haben bei harten Drogen die Fälle des Schmuggels durch Kurierere zugenommen. Heroin, besonders aber Kokain, werden vermehrt in die Bundesrepublik geschmuggelt.

Waigel kündigte an, daß die Kontrollmaßnahmen weiter verstärkt werden sollen. Außerdem sei eine engere Zusammenarbeit mit der Zollverwaltung in den USA vereinbart worden. Enger werden auch die Zoll- und Polizeibehörden mehrerer europäischer Großflughäfen zusammenarbeiten. In die Schwerpunktkontrollen an den Landesgrenzen sind auch die osteuropäischen Staaten einbezogen. (Seite 3 und Kommentar „Drogenflut“ Seite 4)

510 1.9.89

RAUSCHGIFT

gesuchten Drogenhändlern nach Bogotá, ganz an der Spitze zwölf Bosse der Drogen-Kartelle von Medellín und Cali. Die beiden Organisationen decken 80 Prozent des Kokainbedarfs der USA.

An die Vereinigten Staaten ausgeliefert zu werden und lebenslang im Gefängnis zu verschwinden, einzig davor zittern die Capos. 1979 hatte Kolumbien ein Auslieferungsabkommen mit den USA geschlossen. Es wurde erst angewandt, als die Mafia 1984 den Justizminister erschießen ließ.

Seit damals machten die „extraditables“ (Auslieferbaren) Jagd auf Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Journalisten, um die Aufhebung des Abkommens zu erzwingen. Im Juni 1987 hat-

Kolumbien zu entsenden. Doch Barco lehnte ab.

Frank Shults von der US-Drogenfahndungsbehörde DEA sieht bereits einen „großen Durchbruch“ in der Anti-Drogen-Kampagne voraus. Doch die Hoffnung, der Mafia sei ein tödlicher Schlag versetzt worden, ist weit überzogen. Bei den aufsehenerregenden Razzien ging bislang nur ein Medellín-Mann ins Netz, der in den USA gesucht wird: Eduardo Martínez Romero. Er soll an einer Geldwaschaktion in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar beteiligt gewesen sein.

Am Fall des Finanzdealers soll nun die Auslieferungsprozedur auf die Probe gestellt werden. Kolumbianische und US-Behörden haben die Formalitäten eingeleitet. Schon mahnte der kolumbianische Minister Carlos Lemos die US-Bürokratie zur Eile: Die Notstandsgesetze berechtigen die Polizei nur, Verdächtige sieben Tage festzuhalten. Um in Zukunft keine Zeit zu verlieren, bereitet die US-Botschaft in Bogotá schon Festnahmeersuchen für die Top-Dealer vor.

Aber bisher gelang es nur selten, einen der Großen zu



Finanzdealer Martínez Romero



Beschlagnahme der Hacienda Nápoles von Drogenboß Escobar: „Totaler Krieg“

ten sie ihr Ziel erreicht: Das Oberste Gericht erklärte den Vertrag wegen eines Formfehlers für ungültig. Kurz vorher wurde noch, als einziger Großer, Carlos Lehder, ein Boß des Medellín-Kartells, an US-Richter überstellt. Er erhielt eine lebenslange Haftstrafe plus 135 Jahre.

Zur Einschüchterung räumten Leheders Kollegen in Kolumbien weiterhin brutal jeden aus dem Weg, der sich dafür einsetzte, Drogenhändler der US-Justiz zu überlassen. Jetzt mußte Galán sterben, der immer betont hatte: „Der Schlüssel zum Sieg über die Mafia ist die Auslieferung.“

So lobte US-Präsident George Bush das neue Auslieferungsversprechen Barcos als „mutigen Schritt“. Washington zeigte sogar Bereitschaft, Spezialtruppen für den Drogenkampf nach

verhaften, und noch nie, einen von ihnen dauerhaft dingfest zu machen. So verließ Jorge Luis Ochoa Ende 1987 nach nur 25 Tagen Haft das Hochsicherheitsgefängnis „La Picota“ in Bogotá seelenruhig mit seinem Anwalt durch den Hauptaustausgang. Den Richter, der seine Entlassung anordnete, soll er mit einer Million Dollar bestochen haben.

Die Justiz funktioniert nicht mehr in Kolumbien, dafür haben die Drogenkartelle gesorgt. Seit 1981 ließen sie 220 Richter und Justizangestellte ermorden, andere bestachen sie. Viele Richter gaben ihren Beruf auf oder gingen ins Ausland.

Nach den Morden der vorletzten Woche traten die 4379 Richter des Landes in Streik. Jetzt sagte ihnen der Präsident zu, 100 Millionen Dollar zu ihrem

Schutz aufzuwenden. Auch die US-Regierung will dazu beitragen – Teil eines 65-Millionen-Dollar-Hilfspakets. US-Spezialisten sollen Leibwächter für Justizbeamte ausbilden.

Ob das die Macht der Drogenbosse über Kolumbien brechen kann, bleibt zweifelhaft. Längst haben sie Polizisten, Militärs, Regierungsbeamte und Wirtschaftsfachleute gekauft. 4000 Angestellte hat das Medellín-Kartell selbst – darunter Hunderte berufsmäßige Killer. Laut Berichten des kolumbianischen Geheimdienstes werden diese von Experten aus Israel, Südafrika und Großbritannien ausgebildet (siehe Kasten Seite 121).

Wenn die Regierung nichts unternimmt, um die paramilitärischen Mordtruppen der Narcos zu zerschlagen, werden auch diesmal alle Kampfmaßnahmen der Regierung erfolglos verpuffen.

Auch 1984 nach der Ermordung des Justizministers hatte der damalige Präsident Betancur den Narcos „Krieg ohne Waffenstillstand“ angedroht. Und nach jedem Prominentenmord in den vergangenen fünf Jahren schworen die kolumbianischen Staatschefs einen „nationalen Kreuzzug“ gegen die Mafia, veranstalteten ein paar Razzien und ließen die üblichen Verdächtigen verhaften. Dennoch blieb Kolumbien weltgrößter Kokainproduzent.

Wie um Barcos Anti-Drogen-Inszenierung zu verhöhnen, ließ die Rauschgiftmafia am vergangenen Donnerstag in Medellín in den Parteizentralen der Liberalen und Konservativen und in zwei Politikerhäusern Sprengladungen hochgehen. Bei einem Radiosender hinterließen die Extraditables ihre Botschaft: Sie erklärten der Regierung „den totalen und absoluten Krieg“.

Währenddessen befanden sich die Drogenbosse selbst längst in Sicherheit, ihre weltweiten Geschäfte gehen weiter – wie die Rekordbeute von 650 Kilo Kokain beweist, die deutsche Drogenfahnder vorige Woche in München machten. Fahnder aus den USA vermuten, daß die Kolumbianer im brasilianischen Manaus oder in Panama sind. Dort hatten Pablo Escobar und Jorge Luis Ochoa schon 1984 Unterschlupf gefunden. Damals boten sie einen Pakt an: Gegen Straffreiheit würden sie ihr Geschäft aufgeben und alle Gewinne in die Heimat zurückführen. Damit hätte der Staat auf einen Schlag seine Auslandsschulden zahlen können. Doch Betancur lehnte ab.

Nun raten Politiker, wie der Bürgermeister von Medellín, den damals abgebrochenen Dialog mit den Narcos wiederaufzunehmen. Denn offener Krieg gegen sie, das fürchten viele, würde das Ende Kolumbiens bedeuten.

Teurer Kitsch im Ersatz-Neuschwanstein

Das kolumbianische Ersatz-Neuschwanstein des mutmaßlichen Drogenbarons Camilo Zapata Vasquez liegt von opulenten Gärten umgeben in Sichtweite einer Fernstraße bei Chia, keine 50 Kilometer nördlich Bogotas. Es gilt schon lange als Sehenswürdigkeit.

Letzte Woche hatte die Sandsteinburg ungebeten Besuch: Die kolumbianische Armee rückte ein und beschlagnahmte das Gebäude. Und diese wiederum gab jetzt einigen Journalisten die Ehre. Was die zu sehen bekamen, kann als Beispiel für die Lebensart der kolumbianischen Drogenbosse gelten, wobei Zapata Vasquez eher zur zweiten Reihe gezählt wird.

Das Schloß liegt, umgeben von manikürten Gärten, auf einem Grundstück von circa 80 Hektar, umgeben von zehn Außengebäuden, in denen ein Dutzend Rennpferde sowie Ziegen, Enten, Hunde und sogar Flamingos untergebracht sind. Im Inneren strotzen die Räume von Antiquitäten europäischer und orientalischer Provenienz, viel teurem Kitsch und Nippes, Ölbildern, Statuen und Keramikfiguren. Die Betten oder Himmelbetten sind mit Kristall und Bronze umrahmt. In die marmornen Nachttischen sind jede Menge Schalter eingelassen, mit denen vom Bett aus Türen geöffnet und geschlossen oder Videogeräte bedient werden können.

Zu weiteren Annehmlichkeiten gehören ein Hallenbad und Fitneßraum, Tennisplätze, Pferderennbahnen, eine strohgedeckte Kate mit mehreren Fremdenzimmern und eine Kapelle. Diese war dem

Heiligen Franz von Assisi gewidmet, mit Glasmalerei und antiken Heiligenfiguren und Gebetsstühlen für etwa 30 Menschen versehen.



Soldaten bewachen die Sandsteinburg eines kolumbianischen Drogenbosses.

Bild: AP

In der protzigen Diele liegt ein Gästebuch, aus dem die illustre Gesellschaft abzulesen ist, die hier ein- und ausging. So lautet eine Eintragung: „Warum Walzer tanzen, wenn's auch mit Rock und Roll geht?“ Unterschrieben war diese Eintragung mit „M-19-Power“. M-19 ist eine mehrerer linker Rebellen Gruppen. Die Drogenmafia ist jedoch im allgemeinen mehr dafür bekannt, dem rechtsradikalen Spektrum zuzuneigen. Ein weiterer Besucher, der sich als „Mad Max“ (verrückter Max) bezeichnete, schrieb: „Leben durch Zufall, Lieben nach Wahl, Töten als Beruf.“

Viele weibliche Besucher setzten hinter ihren Namen die Telefonnummer. Eingetragen hatten sich auch zwei Polizeioffiziere, zwei Armeeleutnants und ein Hauptmann. Außerdem zwei Bürgermeister, von denen einer schrieb: „Nur wenige Leute wissen die Geschichte dieses Besitzes wirklich zu schätzen.“ Eingetragen hatten sich auch Frauen aus mehreren Botschaften, darunter aus Jugoslawien, Uruguay, Chile, Kanada und Großbritannien sowie eine Gruppe von Sektenangehörigen, die das Haus besichtigte.

Und während die Journalisten noch über alles staunten, gingen etwa zehn Gärtner unverdrossen ihrer Arbeit nach, sprengten den handgepflegten Rasen und die Blumenbeete. Einig waren sich alle darüber, daß sie unterbezahlt seien. Sie erhielten den in Kolumbien gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von umgerechnet etwa 160 Mark im Monat. AP

Mannheimer Morgen 28.08.89

Stuttgarter Zeitung 8.9.89

Kolumbien liefert Schatzmeister des Kartells aus

Präsident Barco: Wir können den Kampf gegen die Drogen nur mit weltweiter Unterstützung gewinnen

Von unserer Mitarbeiterin Rita Neubauer

MANAGUA. Die Bestätigung kam aus Washington. Eduardo Martinez Romero, so lautete die offizielle Nachricht, sei in der Nacht zum Donnerstag in der nordamerikanischen Stadt Atlanta eingetroffen. Dort ist der Schatzmeister des kolumbianischen Drogenkartells von Medellin wegen „Geldwäsche“ in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar angeklagt. In Kolumbien bestätigte die Polizei die Auslieferung erst, als Tatsachen geschaffen waren. Martinez Romero soll mit einer Militärmaschine die Hauptstadt Bogotá verlassen haben.

Romero war vor zwei Wochen verhaftet worden, als die kolumbianische Regierung zu einem Rundumschlag gegen die Mafia ausholte. Martinez Romero ist der bisher bedeutendste Kopf des Kartells, der gefaßt wurde.

Der 31jährige ist auch das erste Mitglied des Kokainkartells, das seit 1987 in die USA ausgeliefert wurde. Damals hatte es die Mafia durch Terror und findige Anwälte geschafft, daß der Oberste Gerichtshof den Auslieferungsvertrag mit den USA für verfassungswidrig erklärte. Eine Auslieferung fürchten die Kokainkönige mehr als den Tod, wie sie in einer „Kriegserklä-

rung“ an die kolumbianische Regierung versicherten. Sie hatten vor zwei Wochen nicht nur den „totalen Krieg“, sondern auch die Ermordung von zehn Richtern für jede Auslieferung angedroht.

Vorsichtig optimistisch reagierte am Mittwoch die kolumbianische Regierung auf den neuen Plan der USA zur Drogenbekämpfung, den US-Präsident Bush am Dienstagabend vorgestellt hatte. Präsident Virgilio Barco und Kommunikationsminister Carlos Lemos erklärten dazu, daß Kolumbien den Krieg gegen die Kokainmafia des Landes nicht allein, sondern nur mit weltweiter Hilfe gewinnen könne. Barco: „Kolumbien wird weiter kämpfen, denn der Kampf gegen die Drogenhändler ist ein Kampf für die Demokratie in allen Teilen der Welt. Wir hoffen, daß auch andere Nationen Verantwortung übernehmen.“

Präsident Bush hatte ein 7,9-Milliarden-Dollar-Paket zur Drogenbekämpfung angekündigt, das rund 260 Millionen Dollar an Hilfe für die Drogenanbau- und -exportländer Kolumbien, Peru und Bolivien beinhaltet. Weitere 65 Millionen Dollar genehmigte Washington Kolumbien in den ver-

gangenen Tagen in Form von Flugzeugen, Hubschraubern und Ausrüstung.

Die Drogenmafia reagierte ebenfalls auf den Bush-Plan – auf ihre Art. Erneut explodierten Bomben in der Drogenhochburg Medellin, darunter eine in einem Lokal, wobei vier Journalisten verletzt wurden. Terror regiert die Stadt, wo in den vergangenen zwei Wochen mehr als 20 Sprengstoffattentate verübt wurden.

Verteidigungsminister Oscar Botero zog eine Zwischenbilanz der Aktion gegen die Mafia: 880 beschlagnahmte Grundstücke, fast ebenso viele Fahrzeuge, Boote und Flugzeuge, über 1100 Waffen mit rund 20 000 Schuß Munition. In diesem Jahr, so der Verteidigungsminister, seien 252 Laborkontrollen zur Kokainherstellung in Kolumbien zerstört worden.

Und die Polizei erklärte, daß seit dem Rundumschlag gegen die Mafia die Produktion nahezu gestoppt sei. Einen Engpaß erwarten Drogenexperten dennoch nicht, denn noch sei ausreichend Kokain „in der Pipeline“. Nur der Preis hat angezogen. In Panama verkauft sich ein halbes Gramm Kokain statt für vier nun für fünf Dollar.

Der Staat im Staate rüstet zur Gegenoffensive

In Südamerika ist der Anbau des „Teufelskrauts der Anden“ nicht unter Kontrolle zu bringen / Von Ulrich Achermann, zur Zeit Cochabamba

Die Drogenringe Kolumbiens, die die Regierung von Virgilio Barco nach einer brutalen Mordserie austrüben will, rüsten zur Gegenoffensive. „Mit Bomben, Brandanschlägen, Todesdrohungen und Attentaten“, so verkündete die Kokain-Bande der „Extraditables“ („die Auslieferbaren“) in einem in der Drogenhochburg Medellín veröffentlichten Communiqué, werde der Gegenschlag geführt. Ins Visier nehmen wollen die nervös gewordenen Mafiosi so viele Bereiche von Staat und Gesellschaft, daß nicht mehr viel Kolumbianer übrigblieben, sollten sie ihre Drohungen wahr machen: die Regierung, die „Oligarchie“, die Journalisten, die Richter samt ihren Familien, Gewerkschaftsführer sowie „alle, die hinter Verhaftungen, Enteignungen und juristischen Maßnahmen gegen uns stehen“.

Kolumbiens Mafiosi pflegen nicht zu spaßen: Innerhalb von 72 Stunden brachten sie letzte Woche einen Richter, einen Polizeichef und den populären Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán um. Schon jetzt hat dieser Blutrausch Hunderte von Toten gefordert. Und die Kokain-Syndikate von Medellín und Cali sind für den Kampf gerüstet: sowohl Pablo Escobars „Kartell von Medellín“ als auch des Jorges Luis Ochoas verfügen über komplette Privatarmeen. Killertruppen aus Söldnern, Abenteurern und Desperados, denen - wie Kolumbiens Geheimdienst das jetzt bestätigte - Instruktoren aus Israel, Großbritannien und Südafrika den „richtigen Schluß“ beibringen. Kokain korrumptiert offenbar weltweit.

Am empfanglichsten für die Dollar-Milionen der Kokain-Mafia ist freilich die Staatsmacht Kolumbiens selber. Polizei, Bürokratie und Militär sind unterwandert, gekauft oder eingeschüchtert. Daher wird sich schnell zeigen, was es mit der Kriegserklärung der Regierung an die Drogenmafia tatsächlich auf sich hat. Immerhin, eine Woche Kampf gegen Escobars und Ochoas Kokain-Imperien schlug sich in beeindruckenden Zahlen nieder: 10 077 Verhaftungen, 141 Mafia-Besitzungen im Wert von 200 Millionen Dollar enteignet, 678 Feuerwaffen sichergestellt. Ferner stehen auf der Aktivseite der Bilanz des Verteidigungsministers Kolumbiens die Beschlagnahme von 20 Hubschraubern und 142 Kleinflugzeugen.

Natürlich fragt sich jedermann, weshalb Kolumbiens Regierung den Worten nicht schon längst solche Taten folgen ließ. In diesem Kapitel gehört auch die Frage, weshalb bei der größten Razzia gegen die Rauschgift-Mafia in der Geschichte Kolumbiens keiner der dicken „Narco-Fische“ ins Netz ging; weder Escobar noch Ochoa, die den US-Kokainmarkt zu 80 Prozent versorgen und auf der Washingtoner Fahndungsliste daher ganz oben stehen. Gewiß verbuchte der aus Militär, Polizei und Geheimdienst zusammengewürfelte Trupp mit der Festnahme des Kassenwartes des Medellín Kartells, Eduardo Martinez, einen Achtungserfolg. Doch keiner der zwölf von den USA steckbrieflich gesuchten Kokainbosse steckt heute hinter Gittern. Glaubt man der „Washington Times“, dann setzten sich Escobar und der in Europa weniger bekannte Kokainhändler José Rodríguez Gacha erst vor wenigen Tagen aus Kolumbien nach Panama ab - Tage nach Anrollen der Regierungsoffensive gegen die Kartelle. Tatsache bleibt, daß die Regierung Virgilio Barcos zwar die gefährlichste Waffe gegen die Drogenkönige reaktiviert, die Bereitschaft Kolumbiens zu deren Auslieferung nach den USA; die Frage bleibt nur, ob nicht Schmieregeld-Milionen und Todesdrohungen erheblichen Sand ins Getriebe der Fahnder bringen.

Agli, wendig und clever sind die Kokain-Mafiosi in allen Koka-Ländern Südamerikas - doch lange nicht so brutal wie jene, die sich in Kolumbien als Staat im Staate aufspielen. Landstöße mit römischen Bädern, goldenen Wasserhähnen, Swimming-pools mit Bar oder verrücktes Toilettenpapier, auf dem einem alle fünf Zentimeter weit das Antlitz des Hausherrn entgegenlacht, gibt es zwar auch in der Koka-Hochburg Boliviens, der Stadt Cochabamba. Pistoleros aber sind verrufen. Um so aufgesetzt werden die Statussymbole einer intellektuell unterentwickelten Schicht von Koka-Neureichen zur Schau gestellt: die Dirnen wurden aus Brasilien importiert, Rinderfilets und schwerer Rotwein, den Schickeria-Lokale aufstischen, sind argentinischer Herkunft, Vollblüter und Jockeys, die auf der Pferdebahn um die Wette hetzen, stammen aus Chile.

Im weltstädtisch aufgemöbelten Cochabamba leisten sich die 20 stadtbekanntesten Koka-Mafiosi deshalb ein weitgehend gewaltloses Leben, weil sie Pistolen höchst

selten brauchen. Die merkantile Logik ihrer Zulieferer - Tausende von Kleinbauern - schützt ihre Interessen und Pfünde weit aus besser als jede Waffe. Der Unterschied rührt daher, daß die Männer der Kolumbianer Escobar und Ochoa ihr Geld im wesentlichen damit machen, Koka-Ernten oder das Zwischenfabrikat Koka-Paste zum schneeweißen Halluzinogen zu veredeln. Der in kolumbianischen Urwald-Geheimlabors raffinierte Kokainrohstoff aber wird zu 95 Prozent aus den eigentlichen Koka-Ländern, den Andenrepubliken Bolivien und Peru, herangeschafft. Dies geschieht immer weniger in der Ursprungsernteherbterblätter, sondern als Pastenherbterblätter: ein Mus aus Blättern, Kerosen, Äther oder Azeton. Die US-Drogenbehörde versichert, Peru produziere jährlich 800 000 Tonnen Koka-Blätter, während es Bolivien auf 200 000 Tonnen bringe.

Was Bolivien beisteuert, wächst vor allem im Chapare, einer subtropischen 24 900 Quadratkilometer großen Gegend nördlich Cochabambas. 35 000 Familienoberhäupter widmen sich da samt Anhang rund 60 000 Hektar Koka-Pflanzungen, auf denen das beste Kraut ganz Südamerikas wächst. Chapare-Koka enthält dreimal mehr Alkaloide als jenes aus anderen Pflanzungen, ist dreimal halluzinogener als jenes aus dem peruanischen Huallaga-Tal. Aber auf Druck der USA will Boliviens Regierung dem Koka-Segen ein Ende bereiten. Nur noch in den Yungastälern bei La Paz darf Jahrtausende alte Tradition des Blätterkaufs auf dem Altiplano. In den nächsten fünf Jahren soll im Chapare keine einzige Koka-Staude mehr existieren. Die Bauern leben dann zum Beispiel vom Anbau tropischer Früchte - so steht es auf dem Papier.

Aber der Ruf „pflanzt Bananen statt Koka“ verhallt in der Urwaldregion weitgehend ungehört. Obschon die Regierung Jekend Landwirt pro aufgegebenem Koka-Hektar mit 2000 Dollar entschädigt, wollen die wenigsten etwas von der Aktion wissen. Allenfalls sind sie dazuzubringen, zehn Prozent ihrer „Cocales“ aufzugeben - meist dank des kuriosen Arguments „stellt rechtzeitig um, in fünf Jahren wird Kokain synthetisch hergestellt“. Sie kassieren ab, gleichzeitig roden sie aber neue Urwaldflächen für den Koka-Anbau. Bis Mitte dieses Jahres neutralisierte Boliviens Drogenbe-

kämpfungsbehörde 2700 Hektar Cocales im Chapare - die Nettoanbaufläche ist dieser noch um 17 Prozent gewachsen. Daß dieser Koka-Feldzug im Sand verläuft, liegt nahe, denn nichts ist rentabler als Koka, das Teufelskraut der Anden. Die Chapare-Bauern, deren Pro-Kopf-Einkommen doppelt so hoch ist wie im übrigen Bolivien, wollen von Bananen nichts wissen, weil sie zehnmal weniger abwerfen. Zudem ist die Route aus dem Chapare nach den Zentralmärkten in einem derart abenteuerlichen Zustand, daß ein gutes Drittel jeder Wa- genladung als Mus am Bestimmungsort ankommt.

Obschon eine 500 Mann starke Spezialeinheit der Polizei im Chapare stationiert ist, holen Flugzeuge nach offiziellen Schätzungen täglich 2,4 Tonnen Koka-Paste aus der subtropischen Region ab - Rohstoff für 24 Kilo Kokain. Dieses Treiben vor den Augen der Polizei ist möglich, weil die Kokain-Mafiosi aus Cochabamba die Truppe kurzerhand kauften. Ihr Chef, ein Major, verdient 80 Dollar im Monat und ist auf Zurendungen dieser Art angewiesen. Seriöse Soziologen, die sich mit dem Koka-Phänomen in Südamerika beschäftigen, gelangen deshalb immer häufiger zu einer Empfehlung, die den Regierungen der Region und jener in Washington vorläufig noch die Haare zu Berge stehen läßt: Kokain legal herstellen lassen. Nur auf diese Weise, so eine Studie der Uni Cochabamba, ließe sich der Produktionsprozeß entkriminalisieren und entmonopolisieren. Nur so sind die Preise zu drücken, was wiederum die Bauern gefügiger machen würde.

Jenseits des Chapare und der Sierra, in Cochabamba, wo die Kokainkönige ihren Reichtum verjubeln, kann die Kehrseite des Koka-Marktes beobachtet werden: Sozialhilfer der katholischen Kirche, die auf Straßen und Plätzen Jugendliche einsammeln und sie im „Albergue San Martin“ entwöhnen. Es sind meist Buben aus Elendsvierteln, die sich als Schuhputzer oder Taschendiebe durchschlagen und ihren Hunger mit „Bazookas“ stillen - in Zigarettenpapier eingewickelte Koka-Paste, die stark mit Chemikalienresten durchsetzt und daher hochgiftig ist. In den letzten drei Jahren wurden 150 Kinder durch Entwöhnungs- und Gruppentherapie geschleust. Der jüngste Teilnehmer war sechs Jahre alt...

Schwindet der Wille zum Kampf gegen die Drogenmafia?

Der Friedensschluß mit der Guerillaorganisation M-19 gilt in Bogotá als Versuchsballon / Von Ulrich Achermann, Santiago

Anschläge und Verbrechen, die die Welt tagelang in Atem hielten, gingen auf ihr Konto: Kolumbiens Guerillatruppe M-19, die zu Beginn dieses Jahrzehnts in Bogotá die Teilnehmer eines Diplomaten-Cocktails entführte und 1985 den Justizpalast stürmte. Damals gab es achtzig Tote. Seit ein paar Tagen, seit Kolumbiens Regierung und der Comandante Carlos Pizarro ein Friedensabkommen unterzeichneten, existiert die M-19 nicht mehr. Die Guerilleros können den Untergrund verlassen und sich ins normale politische Leben eingliedern, ohne strafrechtliche Konsequenzen im Kauf zu nehmen.

Der Friedensschluß ist für sich von mächtiger politischer Bedeutung, da sich die M-19-Guerilla im Laufe der Jahre mehrfach spaltete und zuletzt nur noch über einige hundert Mann unter Waffen verfügte. Ein brisantes Thema wirft das Abkommen trotzdem auf: Wird der kolumbianische Staat auch der Versuchung erliegen, ebenfalls mit der Kokain-Mafia zu verhandeln, statt sie zu bekriegen?

An Angeboten der Drogenkartelle fehlt es nicht. Erst neulich telefonierte der überall gesuchte Kokainkönig Pablo Escobar mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Norberto Morales Ballesteros. Seine Forderungen: Aufgabe der kolumbianischen Auslieferungspraxis, Amnestie für Drogenschmuggler und deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Als Gegenleistung offerierte der Chef des brutalen Medellín Kartells „meinen Beitrag zur Stabilisierung des Landes“. Escobar handelte zweifellos im Namen der gesamten Mafia.

Auch innerhalb der Regierung Virgilio Barco gibt es Zweifel an der Zweckmäßigkeit der vor vier Wochen eingeleiteten Großoffensive gegen die „Narcos“. Allein der Umstand, daß bisher keiner der zwölf



Autobombe in Bogotá: Dieser Anschlag der Mafia kostete zwei Menschenleben. Foto: AP

dicken Fische ins Netz ging, spricht für sich. Letzte Woche trat auf Wunsch des Staatspräsidenten, einem Verfechter der harten Gangart gegenüber der Mafia, die Justizministerin Monica de Greiff zurück. Barco wollte die vom organisierten Verbrechen mit dem Tod bedrohte Juristin loswerden, weil sie die Auslieferung einiger Inhaftierter in die USA verzögerte.

In ersten Presseerklärungen nach ihrer Demission fand die Frau, der kolumbiani-

sche Staat dürfe sich einem Dialog mit der Drogenmafia nicht grundsätzlich verschließen. Barcos Strategie gegen die Drogenkönige scheint ohnehin gefährdet zu sein: Der Bundesgerichtshof will die Kraft des Ausnahmezustandes wiederaufgenommene Auslieferung von Drogenschmugglern an die USA sowie ein Dekret zur Beschlagnahme ihres Besitzes für nicht verfassungskonform deklarieren. Damit wäre der Staat seiner gefürchtetsten Waffe gegen

die „Narcos“ beraubt. In den USA, Hauptmarkt für das weiße Gift aus Südamerika, scheint man unterdessen am Willen, einen Kolumbianer zu zweifeln, den Drogenkönigen das Handwerk zu legen. Präsident Bushs Erklärung, der Rücktritt der Justizministerin bedeute keinesfalls, daß die Mafia den Krieg gewinnt, hörte sich wie ein allenfalls bange Hoffnung an. Und als nach einer Regierungsdelegation in den Kongreß von Bogotá marschierte, um mit den Abgeordneten eine Strategie für den Krieg auszuhecken, daß sich der Oberste Gerichtshof gegen die Auslieferungspraxis wendet, standen Barcos Unterhändler an verschlossenen Türen: Angeführt von Jaime Ortega, einem langjährigen Mitarbeiter des Medellín Kartells, hatten sich die Delegierten durch die Hintertreppe aus dem Staub gemacht.

Vier Fünftel aller 313 Mitglieder des kolumbianischen Senats, so schätzt ein Stimmvertreter, steckten schon Zuwendung und Wahlkampfhilfe der Mafia ein, und im nächsten Jahres sind Neuwahlen möglich. Also wird Präsident Barco an der Mauer von Abgeordneten und Senatoren scheitern, sollte er mittels Verfassungsversuchen, das Auslieferungsabkommen mit den USA doch noch in Einklang mit dem Grundgesetz zu bringen. Das Auslieferungsabkommen mit den USA, 1981 getroffen, 1985 von Mafia-Anwälten wegen formaler Mängel außer Kraft gesetzt, nach dem Mord an Senator Luis Carlos Galán per Dekret aktiviert, bleibt eine zwispaltige Waffe gegen die „Narcos“. Man braucht nicht einmal Verbündeter der Kartelle von Medellín und Cali zu sein, um der Aburteilung von Kolumbianern durch US-Gerichte einen krassen Verstoß gegen die Justizhoheit eines Staates zu sehen: Nur in Kolumbien selbst wird eben in Jahren kein Recht mehr gesprochen.

Die Kolumbianer machen sich selbst verrückt

Leicht sitzen die Menschen Schreckensgeschichten auf, die absolut verbürgt sein sollen / Von Willi Germund, z. Z. Bogotá

Die Mitglieder der Kirchengruppe in dem Vorort von Kolumbiens Hauptstadt Bogotá hatten es eilig: Die Nachricht war so besorgniserregend, daß sofort gehandelt werden mußte. Kurzerhand schnappten sie sich ein Megaphon und fuhren mit einer Warnung durch die Straßen. Die erschreckende Nachricht: „Vorsicht, das Trinkwasser ist vergiftet.“ Aber statt des erhofften Lobs heimten sich die regen Katholiken eine Gefängniszelle ein: Die Polizei sperrte sie wegen Verbreitung falscher Gerüchte ein. Die gutmeinenden Katholiken waren einem jener vielen „Rumores“ aufgesessen, die in diesen Tagen in Kolumbien grassieren. Neben dem Bombenterror der „Narcos“ herrscht der sogenannte „Telefonterror“.

Niemand weiß, ob die Kokainmafia dahintersteckt. Wahrscheinlicher ist, daß sich die Kolumbianer selbst verrückt machen. Der „Telefonterror“ – so fürchten Behörden – könnte folgenreicher sein als der Bombenterror. Die Wirtschaft des Landes ist erlahmt. Abends liegen die Straßen des sonst mit einem fidelen Nachtleben ausgestatteten Bogotá verlassen da. Ein Restaurantbesitzer klagt: „Mittags geht das Geschäft gut, aber abends kann ich eigentlich zumachen.“ Und wer bezweifelt, daß soviel Furcht gerechtfertigt ist, erfährt sofort eine neue Geschichte, die „absolut verbürgt“ sein soll.

Ein Autofahrer findet abends einen angefahrenen Fußgänger auf der Straße und bringt den Schwerverletzten ins Krankenhaus. Einige Tage später meldet sich der überschwangliche Vater. Der Autofahrer habe seinem Sohn das Leben gerettet, er fühle sich zu Dank verpflichtet. Der wohlthätige Retter darf wählen: ein Haus, eine

Segelyacht oder ein Auto. Solche großzügigen Offerten leisten sich in Kolumbien nur die Mitglieder der Mafia. Der hilfsbereite Autofahrer lehnt folgerichtig ab. Der Vater des Verletzten gibt sich schließlich geschlagen und beendet den Telefonanruf mit einem Satz: „Ich will Ihnen dann dieses Geschenk machen: Besuchen Sie im September keine vornehme Diskothek.“

„Verbürgt“ ist an der Geschichte nichts – und in Dutzenden von Varianten kursiert sie überall in Bogotá. Die Kokainbosse hatten Ende August der Regierung nicht nur den „totalen Krieg“ erklärt, sondern auch

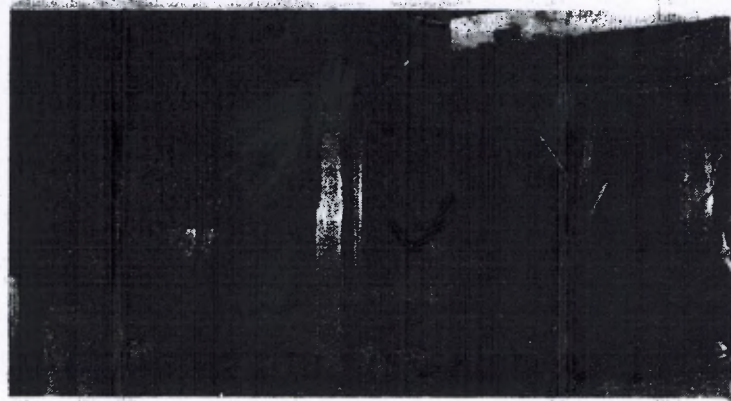
gedroht, die „Villen und Betriebe der Oligarchie“ in Brand zu setzen. Bisher blieb es vor allem bei Bombenanschlägen auf Banken und Büros der politischen Parteien, aber die Ungewißheit über die weitere Entwicklung zehrt am Nervenkostüm der gewaltgewohnten Kolumbianer.

Während die meisten mit kühler Zurückhaltung die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Mafia beobachten, zeigen Wohlhabende viel Erfindungsreichtum, um sich zu schützen. Der Besitzer eines Restaurants im Norden Bogotá's etwa kaufte sich ein Taxi und fährt damit zur Arbeit.

Begründung: „Ein teurer Wagen könnte die Aufmerksamkeit auf mich lenken.“ Tatsächlich sind Luxuskarossen aus dem Straßenbild weitgehend verschwunden. Die einen lassen sie aus Angst zu Hause, andere fürchten, für „Narcos“ gehalten zu werden. Politiker und prominente Beamte sprechen sich mittlerweile häufig gegen die Auslieferung von Mafia-Mitgliedern an die USA und für einen Dialog mit den Kartell-Größen aus. Der Volksmund taufte solche Erklärungen als „Lebensversicherung“.

Wie tief die Sorge vor Racheakten der Kokainmafia sitzt, zeigt das Beispiel der Stadt Cali, neben Medellín die zweite Hochburg der Kokainkartelle. Auch dort beschlagnahmten die Behörden mehrere Flugzeuge von Mafia-Mitgliedern. Aber niemand wagt, sie wegzubringen. Und die Fluglotsen des Flughafens von Cali kutschieren trotz niedrigen Gehalts in teuren, importierten Fahrzeugen aus München und Stuttgart umher – auch sie verdanken dem Kartell ein saftiges Zubrot.

Vielen Kolumbianern ist der Ruf ihres Landes inzwischen so peinlich, daß sie viel Zeit darauf verwenden, ausländischen Besuchern auch von den schönen Seiten des Andenstaats zu erzählen. Eine oft vergebliche Liebesmüh. Selbst der neueste James-Bond-Film „License to kill“ blieb von diesem Unmut nicht verschont. Der Film kam pünktlich zum Start der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Kokainkartellen in die kolumbianischen Kinos. Statt die Agenten osteuropäischer Staaten bekämpft James Bond auf den Bahamas die Drogenmafia – und dabei leistet er sich einen Lapsus. „Da kommen die Kolumbianer“, heißt es an einer Stelle. Die Reaktion des Publikums: zorniges Zischen.



In Kolumbien reichen schon längst Drohungen mit Bombenanschlägen, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen. Foto: AP

Das Urlaubsparadies wird zum Kriegsschauplatz

Kolumbiens skrupellose Drogenmafia schreckt mit Bombenanschlägen immer mehr Touristen aus den USA und Kanada ab / Von Harry Pretz

Bei der Ankunft in Cartagena empfängt den Besucher nicht nur schweißtreibende Tropenluft. Vor dem Flugplatz ist ein Militärlastwagen aufgefahren. Auf der offenen Pritsche steht gelangweilt ein rundes Dutzend Uniformierte. Die Gewehre hängen locker am Tragegurt. Sie schieben Wache im Krieg der kolumbianischen Regierung gegen die Drogenmafia. Die Reiseführerin Claudia versucht die Urlauber zu beruhigen. „Cartagena ist die sicherste Stadt Kolumbiens“, meint sie auf der Fahrt zum Hotel.

Cartagena ist auf jeden Fall eine der schönsten Städte des Landes an der Nordwestecke Südamerikas. Die Hafenstadt in der Karibik wird in einem kolumbianischen Bildband als „das kostbarste Juwel kolonialer Baukunst“ beschrieben. „Wo an anderen Orten Lateinamerikas die Geschichte bereits in Symbolen einer Epoche erstarrt ist, vibriert sie hier noch. Jede Straße der Altstadt ist noch getränkt von Blut, von Freudentränen der Befreiung, hallt nach von karnevalesker Ausgelassenheit und wehmütigen afrikanischen Klage Liedern“, heißt es übertrieben schwärmerisch in einem Reiseführer. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entwickelte sich die auf einer Halbinsel gelegene Stadt zum wichtigsten Handelsplatz für Spanien-Südamerika. Schiffe mit Sklaven aus Afrika für die mörderische Schufferei in den Minen machten am Kai fest. Goldbeladene Galeonen stachen mit Kurs auf Spanien in See. Die Stadt war immer wieder Angriffsziel beutegieriger Piraten. Von dieser bewegten Geschichte erzählen heute die wuchtigen Steinwälle, die Festung San Felipe de Barajas, ein Bollwerk aus Korallengestein, das über der Stadt thront. Der einstige Reichtum spiegelt sich in den herrschaftlichen Häusern mit geschnitzten, blumengeschmückten Balkonen, schmiedeeisernen Gittern und malerischen Innenhöfen im andalusischen Stil. „Drinne in den kühlen, wehrauchgesättigten Schlafzimmern schützen sich die Frauen vor der Sonne wie vor einer schändlichen Ansteckung“, schreibt der kolumbianische Autor Gabriel García Márquez in seinem Roman „Die Liebe in den Zeiten der Cholera“. Er beschreibt Cartagena als eine „Stadt am Rande der Zeit, eine Stadt, der in vier Jahrhunderten nicht mehr eingefallen war, als langsam zwischen welkem Lorbeer und fauligen Gewässern zu altern“.

Dies stimmt heute nicht mehr. Jenseits der Festungswälle, auf einer Landzunge mit palmenbestandenem Sandstrand, steht heute ein modernes Touristenviertel. „Capilla del Mar“, Meereskapelle, nennt sich euphemistisch eine Bettenburg mit 21 Stockwerken. Ein wahrer Bauboom scheint ausgebrochen zu sein, neue Hochhäuser für sonnenhungrige Urlauber schießen aus dem Boden. Wenn es am Hotelstrand zu langweilig wird, der kann sich mit Schnellbooten zu den „Islas del Rosario“ rund 40 Kilometer südwestlich von Cartagena bringen lassen, die in einem Reiseführer als „Geheimtip für einen Badeurlaub auf einer Tropeninsel, die noch nicht überlaufen ist“, beschrieben wird. Wenn das Schnellboot auf einer dieser Inseln anlegt und die Touristen durch das lauwarme Wasser auf die Kokospalmen zuwaten, schwärmen nicht nur blutiger Moskitos aus. „Amigo, Amigo!“ rufen die dunkelhäutigen fliegenden Händler, die bedruckte T-Shirts, Schmuggelzigaretten aus den USA, bunte Korallen-Armbänder oder handgeschnittene Brieföffner feilbieten. Sie sind auf diese spärlichen Einnahmen angewiesen. Was tun auf einer einsamen Insel – die Idylle



Malerische Gassen in Cartagena, aber seit den Anschlägen der Drogenmafia trägt die Idylle.

Foto: Verfa

macht nicht satt. Die Arbeitslosigkeit ist noch höher als anderswo in Kolumbien.

Die kolumbianische Regierung bemüht sich, den Tourismus so gut wie möglich zu fördern. Einiges wurde in der Vergangenheit falsch gemacht, gibt Guillermo Anzola, der Wirtschaftsberater des Präsidenten, freimütig zu. Früher wurden bunte Poster an die kolumbianischen Botschaften im Ausland geschickt. Die Botschaften erwiesen sich allerdings nicht gerade als heißblütige Botschafter des Fremdenverkehrs. Dann wurde eine Tourismus-Fördergesellschaft gegründet, die gezielt ausländische Reiseveranstalter ansprach. Seither kommen nicht nur Kolumbianer und Urlauber aus den Nachbarländern, sondern auch viele devisa bringende Kanadier und US-Bürger. Nicht nur Stadt und Strand sind reizvoll. Auch der Wechselkurs ist günstig. „Alles ist billig hier“, wirbt Guillermo Anzola.

„Doch seit die Regierung der Drogenmafia den Krieg erklärt hat, sieht es schlecht aus für den Tourismus. Nachdem die US-Regierung vor Reisen nach Kolumbien warnte, wurde Cartagena erst einmal bis zum Jahresende aus dem Kreuzfahrtsprogramm der Amerikaner gestrichen. Auch internationale Konferenzen, für die vor einigen Jahren ein wichtiges Kongresszentrum am Hafen errichtet wurde, werden abgesagt, weil wichtige amerikanische Referenten sich nicht nach Cartagena trauen.

Die Kanadier haben zwar noch nicht offiziell abgesagt. Claudia hat jedoch Zweifel, ob sie wiederkommen werden wie sonst im Oktober, wenn im Norden die kalte Jahreszeit anbricht. Sie sieht schwarz für die Zukunft. „Die Leute leben hier vom Tourismus“, sagt die Reiseführerin. Der Fremdenverkehr ist zum dominierenden Wirtschaftsfaktor geworden. Was sollen die Hotelbeschäftigten tun, die Busfahrer, die fliegenden Händler, die Reiseführer, die Taxifahrer? Was soll aus all den Fast-food-Lokalen, Feinschmecker-Restaurants und Diskotheken werden? Was sollen die Straßenmusiker tun, die mit Akkordeon, Bongos und Rumbassel bis nachts um drei mit ihrer elektrisierenden Salsamusik eine beschwingte Urlaubsstimmung zaubern? Was wird aus dem dreizehnjährigen Jorge, der aus Medellín abgehauen ist, weil ihn seine Eltern zu oft verdrossen haben und der jetzt in Cartagena in einer Salsa-Band sein Geld verdient und wagemutig dreißigjährige Touristen zum Tanzen auffordert? Was wird aus all ihnen, wenn die Angst vor Attentaten der Drogenmafia die Touristen abschreckt?

Die Staatsmacht versucht durch massive Präsenz ein Sicherheitsgefühl zu schaffen. Soldaten fahren den Strand ab, bewachen Banken. Diskobesucher werden nach Waffen abgetastet. Während die Ventilatoren schwerfällig die schwüle Luft zerteilen, an den groben Holztischen Anischnaps und

Cola getrunken wird und die Paare engschlungen tanzen, kommen auf einmal schwerbewaffnete Uniformierte in die Kothek, machen ihre Kontrollrunde und das von der flackernden Lichtorgel erleuchtete Halbdunkel und verschwommen wieder – als wäre nichts gewesen.

Die Bewacher können jedoch nicht überall sein. Anfang dieser Woche pass schließlich das Schreckliche. Die Touristen suchen sich ausgerechnet das Haus am Platz aus. Das ganz in weiß gehaltene Hilton-Hotel ragt wie eine wuchtige Treppe in den Tropenhimmel. Die Nacht ist gerade angebrochen, da plodiert im sechsten Geschoss eine Bombe. Zwei Menschen kommen ums Leben, ein weiterer verletzt. Die 1500 Gäste werden dürftig in anderen Hotels untergebracht. Eine zweite Bombe explodiert in einer Bank. Die Polizei hat keine Zweifel: Hinter den Anschlägen steckt das Medellín-tell, das mächtigste Rauschgiftsyndikat der Welt, das um jeden Preis ein Klima der Angst erzeugen und die Regierung zu handlungen mit der Drogenmafia nötigen will. Nach den Anschlägen patrouillieren Marineinfanteristen, Soldaten des Heeres und Polizisten durch die Straßen, errichten Straßensperren, durchsuchen Autos und Fußgänger. Sie können die ersten Anschläge auf die Urlaubsidylle nicht verhindern. Die Angst geht um in Cartagena.



Pflanzler in Not

Die Notleidenden der Zerstrittenheit zwischen den Kaffeeproduzenten sind die Pflanzler, wie hier in Kolumbien.

Stgt. Nachrichten 22.9.89

Erzeugerländer zerstritten

Keine Chance für Kaffeequoten

LONDON (dpa/VWD) - Niemand erwartet, daß es bei der für den 25. September in London angesetzten Jahrestagung des Internationalen Kaffeerates zu einer Wiederherstellung des Exportquotensystems kommen wird. Die Produzentenländer sind so zerstritten, daß dem Anfang Juli zusammengebrochenen System der Marktregulierung wenigstens kurzfristig keine Chance eingeräumt wird. Während des ersten Teils der Tagung werden die Produzenten- und Einfuhrländer eine Bestandsaufnahme darüber machen, wie sich der Markt entwickelt hat, seitdem nur noch Angebot und Nachfrage regieren. Die Preise sind drastisch gefallen, und der „Kaffee-Krieg“ unter den Herstellerländern wird immer schärfer. Brasilien, der größte Kaffee-Produzent der Welt, hat von allen Anbauländern das geringste Interesse an den alten Quoten. Mit einer aggressiven Exportpolitik überschwemmt das Land die Märkte. Exportsteuern wurden halbiert und andere Gebühren abgeschafft. In diesem Jahr wird die Ernte auf 22 bis 23 Mio. Sack (je 60 Kilo) geschätzt. Im nächsten Jahr könnte die Ernte sogar 40 Mio. Sack betragen. Kolumbien, der zweitgrößte Produzent, hat sich bisher vergeblich um eine Neuaufgabe des Quotensystems mit einer höheren Quote als den bisherigen 16 Prozent bemüht. Präsident Virgilio Barco hat sich vor kurzem an US-Präsident George Bush gewandt und um Unterstützung bei dem größten Konsumentenland gebeten. Das Geld sei wichtig im Kampf gegen die Drogenbosse.

Noch schützt die Organisation der „Cafeteros“ die Kleinbauern vor dem Weltmarkt

Niedrige Kaffeepreise führen Kolumbien in die Koka-Versuchung

Ein Drittel der Exporterlöse entfällt auf ungeröstete Bohnen - Eine „südamerikanische Kiwi“ gesucht / Von Harry Pretzlaff

Mitten in der Nacht zerreißt ein Knall die Ruhe. Gleich darauf ein Blitz, noch eine Explosion. Die Fensterscheiben des Hotelzimmers vibrieren. Wieder ist eine Bombe in Bogota hochgegangen. Dieses Mal hat es die Parteizentrale der Sozialkonservativen Partei erwischt. Die Zeitungen ziehen später eine erschreckende Bilanz: Insgesamt neun Parteibüros wurden in dieser Nacht verwüstet. Jeder ahnt, wer dahintersteckt: die Koka mafia. Seit die kolumbianische Regierung den „Narcos“ den „totalen Krieg“ erklärt hat, gibt es kaum eine Nacht ohne Anschläge, obwohl Soldaten vor den Banken postiert sind und durch die Straßen der kolumbianischen Hauptstadt patrouillieren.

Kann die Regierung diesen Krieg gewinnen? Dies hängt auch vom Ausgang der Tagung der Internationalen Kaffe-Organisation (ICO) ab, die am vergangenen Montag in London begonnen hat und die voraussichtlich zwei Wochen dauern wird. Nachbraucherländer im Juli nicht auf ein neues Abkommen über die Aufteilung der Exportquoten für die Produzentenländer eingegangen konnten und der Markt freigegeben wurde, sind die Preise um 50 Prozent gefallen. Bleiben sie auf dem niedrigen Niveau, Präsident Virgilio Barco befürchtet, daß viele Kaffeeplantzen dies nicht überleben würden. „Kaffee ist das Herzblut unserer Wirt-

Unterstützung bei den Londoner Verhandlungen. Als Notmaßnahme sollten die Exportquoten Anfang Oktober wieder eingeführt werden, fordert Barco. Drei Millionen Kolumbianer leben vom Kaffee, rund ein Zehntel der Bevölkerung. Schrumpft deren Einkommen, leidet die gesamte Wirtschaft, wird weniger konsumiert und investiert. Etwa ein Drittel der Exporteinnahmen bringen die ungerösteten Bohnen, größter Abnehmer ist die Bundesrepublik.

Den Einbruch an den internationalen Warenbörsen haben die Bauern noch nicht zu spüren bekommen. Die Federación Nacional de Cafeteros de Colombia (FNCC), die Vereinigung der kolumbianischen Kaffeepflanzler, hat den Preisverfall abgepuffert. Diese mächtige genossenschaftliche Organisation verwaltet den nationalen Kaffeefonds, der aus staatlichen Zuwendungen und aus dem Gewinn gespeist wird, der bei der Vermarktung der Bohnen entsteht. Dieses Finanzpolster gewährleistet, daß die kolumbianischen Pflanzler stabile Preise von der FNCC bekommen, auch wenn der Weltmarktpreis absackt. Um einen kleinen Ausgleich für die Inflation zu gewährleisten, die in diesem Jahr 24 Prozent erreichen soll, steigt der interne Preis zum 1. Januar 1990 trotz der Krise sogar um 10 Prozent. Mit Mitteln aus diesem Fonds werden auch umfangreiche Sozialprogramme finanziert, Schulen und Krankenhäuser gebaut, Trinkwasserbrunnen ge-

Wie aber geht es weiter, wenn die Weltmarktpreise im Keller bleiben? In den letzten Monaten hat Kolumbien seine Lagerbestände auf den Markt geworfen, Umsatz um jeden Preis gemacht, ohne Rücksicht auf Verluste. In ein, zwei Jahren sind die Läger jedoch leer. Das Geld aus dem Fonds reicht vielleicht noch ein gutes Jahr. Später dann schlägt die Krise voll auf die Cafeteros durch, spätestens dann wird auch bei den Sozialprogrammen das Messer angesetzt werden müssen. Spätestens dann wird auch mancher Gutmeinende etwas anderes anbauen: Kokain statt Kaffee. „Mit Kokain läßt sich mehr verdienen“, meint ein Pflanzler im vertraulichen Gespräch, nachdem er sich versichert hat, daß kein „Gringo“ aus den USA zuhört. Viele Familien sind auf Gedeih und Verderb vom Kaffee abhängig. Sie sind davon bedroht, in die Kriminalität abzugleiten.

Anderere haben bereits frühzeitig versucht, dieser Gefahr auszuweichen. Etwa 60 000 von 300 000 Pflanzfamilien haben bisher von einem Programm der FNCC zur Suche nach neuen gewinnbringenden Produkten Gebrauch gemacht, das Anfang der sechziger Jahre gestartet wurde, als die Kaffeepreise schon einmal plötzlich einbrachen. 800 000 neue Jobs wurden geschaffen, davon die Hälfte in den letzten fünf Jahren, berichtet stolz der Leiter des Programms, Hugo Valdes. Er stellt eine prallgefüllte voluminöse Obstschale vor

tomaten. Ein besonders exotisches Exemplar greift er sich heraus, eine gelbe Kakisfrucht mit dem Namen Pitaya. Er hält sie in die Höhe und erinnert siegesicher an das neuseeländische Vorbild: „Das wird die kolumbianische Kiwi sein.“

Weitere Beispiele für die Diversifikation lassen sich eine halbe Autostunde entfernt von Pereira, der „Hauptstadt des Kaffees“, besichtigen. Dort liegt in einer hügeligen Einsamkeit, 1300 Meter über Meereshöhe, das Versuchsgut La Catalina. Geleitet wird es von der jungen deutschstämmigen Barbara Krause. Auf vulkanischem Boden gedeihen in bester Kaffeelage exotische Früchte, Kautschuk und Kardamom, der „König der Gewürze“. Satigrüne Maulbeerbüsche wachsen auf La Catalina als Futter für Seidenraupen. Wenn die sattegrünen Raupen ihren weißen Kokon gesponnen haben, geht die Ware zur Weiterverarbeitung wieder zurück nach Fernost. Noch steckt dieses Projekt in den Kinderschuhen. Die Einkünfte haben sich indes schon „überraschend gut entwickelt“, sie lagen höher als beim Kaffee-Anbau. Für die couragierte junge Leiterin von La Catalina gibt es nur einen erfolgsversprechenden Weg für Kolumbien: Das Schwellenland muß vom Luxuskonsum der saturierten Nationen profitieren. „Wir müssen uns mit Produkten, die auf dem Weltmarkt den höchsten Gewinn erzielen, ein Stück aus dem Wohlstandskuchen heraus schneiden.“ Barbara Krause hat dabei nicht an Kokain

Kolping-Weltgebetstag 1989

Diesmal geht es um Kolumbien

Ein Tag des Gebetes im Monat Oktober verbindet Kolpingmitglieder auf allen Kontinenten

Seit vier Jahren finden sich alle Kolpingbrüder und -schwestern auf der Welt an einem Tag im Jahr zu einem besonderen Gebet zusammen. Das Gebetsanliegen 1989 heißt: Kolumbien. Im gemeinsamen Gebet widmen sich die Mitglieder des weltweiten Kolpingwerks den Sorgen und Hoffnungen dieses lateinamerikanischen Landes.

Kolumbien – Land des Kaffees und der Bananen, so mag das oberflächliche Bild des fernen Beobachters von dem Land zwischen Kordillern und Anden aussehen.

Die kolumbianische Wirklichkeit allerdings ist anders. Drogen und Guerillakampf, diese Chiffren gehören ebenso zum kolumbianischen Alltag wie der zähe Kampf eines vom Volk gewählten Präsidenten, die Demokratie gegen die mächtigen Feinde der Drogenmafia zu verteidigen.

Das Kolpingwerk arbeitet mittlerweile seit vier Jahren in Kolumbien. Derzeit zählt es über 60 Kolpingsfamilien in acht Diözesen des Landes.

Vor allem die ärmsten und schutzlosen Menschen in den großen Städten und auf dem Land sollen mit Hilfe der Kolpinginitiativen zu einem menschenwürdigeren Leben finden, wenn sie ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen.

Die umfangreichen Wirtschaftsprobleme des Landes schlagen sich in hoher Arbeitslosigkeit und astronomisch hohen Lebenshaltungskosten nieder, die durch die Löhne nicht aufgefangen werden. Als Folge

wächst vor allem das Heer der städtischen Armen.

Durch kleine gemeinschaftlich wirtschaftende Unternehmen versucht das kolumbianische Kolpingwerk, solchen Problemen zu begegnen. Die Kleinproduzenten suchen sich »Marktnischen«, in denen sie dauerhaft handwerkliche Produkte für den alltäglichen Bedarf absetzen können. Im sozialen Bereich gibt es zwei große Probleme: den Zerfall der Familien und den »Machismo«. Besonders für Ehepaare bietet das Kolumbianische Kolpingwerk Bildungs- und Gesprächskurse an, damit der Wert »Familie« als tragend erlebt wird sowie die Rechte der Frauen verteidigt und sie wirklich gleichberechtigt behandelt werden.

Im religiösen Bereich können die Verantwortlichen von Kolping Colombia auf eine lebendige Religiosität im Volk zählen, die nur so aktiviert werden muß, daß ein echtes Engagement für die Wandlung von der Unfreiheit zur Freiheit des Menschen entsteht.

Das Gebet für Kolumbien, so wünschen es sich nicht nur die Verantwortlichen des Kolumbianischen Kolpingwerks,



Marktnischen gilt es für die Kolpinginitiativen in Kolumbien zu entdecken, um wirtschaftlich zu überleben.



Auch mit ihrer eigenen Musiktradition loben die Kolumbianer Gott. Ihre kulturelle Eigenart hilft ihnen auf dem Weg in eine hoffnungsvollere Zukunft ihrer Heimat.

sollte gemeinschaftlichen Charakter haben. Der Jesuit Rafael Bohigues schreibt in diesem Zusammenhang: »Jesus führt die Linie der Gemeinschaftlichkeit im Gebet weiter – das Vorbild für alle unsere Gebete ist das Vaterunser, in dem alle Bitten im Plural vorgetragen werden.«

Das christliche Gebet muß immer von einer großen Familie ausgehen, die Gott als einzigen Vater hat, eine Familie, die mir nahesteht und die ich in keinem Moment vergessen darf, deren Freuden, Schmerzen, Erfolge, Mißerfolge und Sorgen einen Teil meiner selbst ausmachen.«

Eine liturgische Anregung zur Gottesdienst-Gestaltung zum Kolping-Weltgebetstag »Kolumbien« ist in der Ausgabe 2/89 der Zeitschrift »Idee und Tat« erschienen.

Die Salz-Kathedrale von Zipaquirá in Kolumbien

Entstehungsgeschichte

Die etwa 35 Kilometer nördlich von Bogotá in einer Salzlagerstätte befindliche Salz-Kathedrale von Zipaquirá ist ein Mahnmahl der Befreiung Kolumbiens von der über drei Jahrhunderte währenden Herrschaft Spaniens durch den südamerikanischen Freiheitskämpfer Bolívar. Bereits in früher Jugend hatte Bolívar nur ein Ziel, die Spanier aus seinem Vaterland Venezuela und weiter aus Kolumbien, Peru, Bolivien und Ecuador zu vertreiben. Aus diesen Kolonien flossen unermeßliche Reichtümer an Gold, Edelsteinen und Naturalien zum spanischen „Mutterland“. Nach wechselvollem Kriegsglück zog Bolívar im August 1813 in Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, ein und erreichte mit 2500 Krieger in den Anden die kolumbianische Grenze. Der Einmarsch nach Kolumbien gestaltete sich wegen sintflutartiger Regenfälle, die Straßen und Täler überfluteten, schwierig. Krankheit und unzureichende Verpflegung taten ein übriges, und es stand um die Moral der Truppe nicht zum besten. Ausgehungert und halb erfroren überschritt das Heer einen Gebirgspaß in 4000 m Höhe und erreichte erschöpft die Talebene von Zipaquirá. Dort erreichte Bolívar die Unglücksbotschaft, daß eine gut ausgerüstete Armee von 5000 Spaniern ihm entgegenmarschiere, um sein Schicksal zu besiegeln.

Auf der Suche nach einem Versteck wies ein Muzo-Indio mit seiner Machete auf einen schmalen, halbverdeckten Bergspalt, in welchen Bolívar hineinkroch. Der Spalt führte zu einem Gang, der sich zu einer gewaltigen Höhle erweiterte. Es war das Innere eines Salzberges, dessen domartige Kuppel im Fackellicht weiß erglänzte. Als bald war Bolívars Heerschar in der Höhle verschwunden und vor den anrückenden Spaniern in Sicherheit. Von seinem Versteck aus schickte Bolívar befreundete Indios in die umliegenden Dörfer und Siedlungen und warb weitere 2000 Mann an, die bereit waren, für ihre Freiheit zu kämpfen. Mit dem so verstärkten Heer vernichtete er die Spanier im Raum Boyaca. Voller Dankbarkeit für seine Rettung veranlaßte Bolívar den Ausbau der Salzhöhle zu einer unterirdischen Kathedrale, damit sich die Indios hier versammeln und Gott für den Sieg über die Unterdrücker danken können. Nach der Vernichtung der spanischen Armeen in allen Kolonien begannen Gruppen von Indios um das Jahr 1820 mit der Vergrößerung und künstlerischen Ausgestaltung der natürlichen Höhle nur mit Hilfe ihrer Macheten. Sie erkundeten die Ausdehnung des rund 450 m hohen und etwa 1,6 km breiten Salzgebirges. Luftschächte wurden vom Gipfel des Bergmassivs nach unten getrieben, um die Luft in der Kathedrale ständig zu erneuern. In mühevoller Kleinarbeit entstanden aus dem grauen Steinsalz Stufen, Nischen und Altäre. Die Kuppel der Kathedrale hatte eine Höhe von 90 m; Länge und Breite der Kathedrale sind dem Bild zu entnehmen. Heute gilt die Kathedrale als eines der sieben Weltwunder der Neuen Welt und wird von den Kolumbianern und allen anderen Südamerikanern als ein ewiges Denkmal ihrer hart erkämpften Unabhängigkeit von der spanischen Herrschaft betrachtet.

Lagerstätte und Bergbau

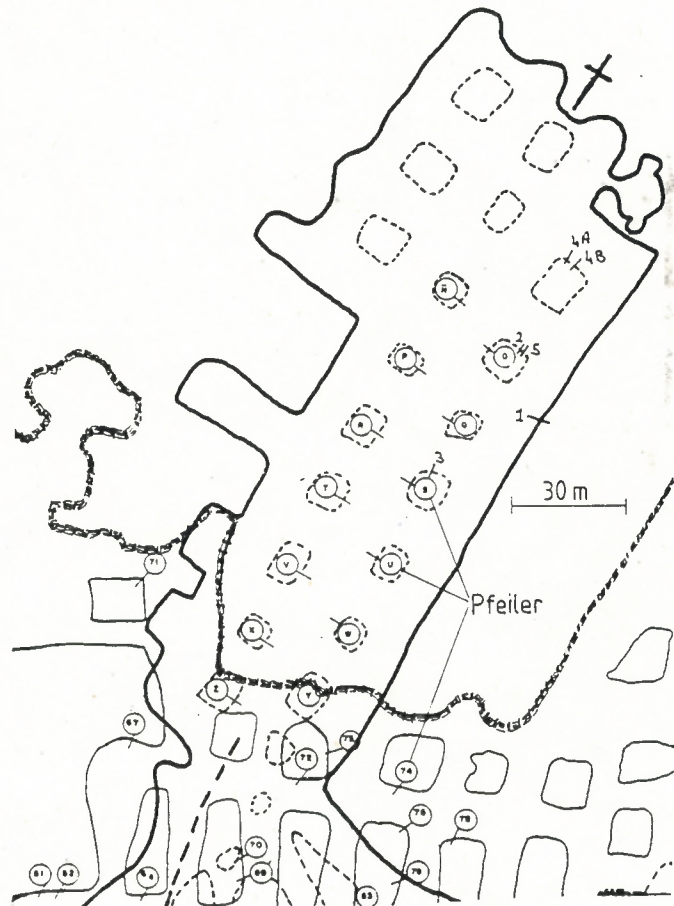
Bei der so entdeckten Salzlagerstätte handelt es sich um ein tektonisch verformtes Lager, das einen Sattelkern bildet, dessen Achse im Streichen einmündet. Das graue Steinsalz wird durch Tonschmitzen gegliedert, die ihm wechselnde Festigkeit aufprägen. Die Grube Zipaquirá wurde zwecks Gewinnung von Steinsalz für die Sodaherstellung durch söhnlige Stollen erschlossen. Das Nivel Guasá, in welchem die Kathedrale liegt, wurde erweitert und die Salzgewinnung in den tiefer liegenden Abbauhorizonten

Nivel Potosi und Nivel Fabricalta fortgesetzt. Die Kammern sind im Mittel 10 m breit und 15 m hoch und die Pfeiler von 10 m x 10 m Abmessung – soweit nicht verunreinigte Salzpartien vorliegen – schachbrettartig angeordnet. Die Überdeckung schwankt zwischen 10 und 120 m. Die Förderung, welche von der kolumbianischen Salzbergbaugesellschaft des staatlichen Instituts zur Förderung der Industrie IFI (Concesión de Salinas del Instituto Fomento Industrial) überwacht wird, beträgt über 30 000 t/Monat bei einer Reserve von ca. 10 Mio. t. Das Rohsalz wird über Tage in Lösetanks in Sole überführt; Rückstände gehen teilweise als Versatz wieder in die Grube zurück.

Gebirgsmechanische Überwachung

Vor etwa fünfzehn Jahren zeigten sich zwischen dem Zugang des Nivels Potosi und der Kathedrale im Alten Mann verstärkte Druckerscheinungen. Die Reißbildung in den Pfeilern veranlaßte die Werksleitung, die Pfeiler mit abgelegten Drahtseilen zu bandagieren. Weiterhin wurde eine zeitlich zunehmende Relativverschiebung von Firste und Sohle registriert. Die festgestellten Druck- und Bewegungserscheinungen sind durch unterschiedlich große Abbauhohlräume im Bereich des Kathedralen-Sicherheitspfeilers bedingt und bedrohten die Standfestigkeit von Kathedrale und Zufahrtsweg.

Ein Expertenrat, dem auch die Abteilung Gebirgsmechanik des Instituts für Bergbau der TU Clausthal angehört, sorgte für die Normalisierung des Druck- und Bewegungsablaufs sowohl in der Kathedrale als auch im benachbarten Grubenbereich. Die als Verursacher erkannten Abbauhohlräume wurden mit sich gut ver-



Kontur der Salz-Kathedrale mit eingetragenen Meßstationen.

festigendem Versatz gefüllt und Konvergenz- und Rißüberwachungstationen eingerichtet. Einige Meßstellen im Nivel Potosi sind im Bild eingetragen. Auf diese Weise konnten gebirgsmechanisch kontrollierte Stützmaßnahmen ermöglicht und der Stabilisierungseffekt meßtechnisch kontrolliert werden. Heute belegen die Meßstellen einen völlig normalen Bewegungsablauf und damit eine zunehmende Stabilisierung des Grubengebäudes, insbesondere in der Kathedrale. Alle Seilsicherungen an den Kathedralenpfeilern sind funktionsfähig und zeigen aufgrund der Pfeilerquerdehnung das erwartete Maß an Seilspannung.

Soweit der Abbaubetrieb den notwendigen Sicherheitsabstand zur Kathedrale einhält, ist die Kathedrale für ein weiteres Jahr gebirgsmechanisch abgesichert. Im jährlichen Turnus inspiziert der Autor dieser Mitteilung das Grubengebäude, kontrolliert die Funktionsfähigkeit der Meßstationen und trifft Sicherheitsmaßnahmen für den nächsten Zeitabschnitt. Bei der Sicherung der

Kammerfirste gegen Steinfall ist in situ zu gewährleisten, daß keine Ablöser entstehen, welche dem Besucher der Kathedrale gefährlich werden können.

In allen Steinsalzbergwerken der Welt ist die Hangendkontrolle und Hangendpflege das einzigste Mittel, um einen Steinfall aus der Firste mit Sicherheit auszuschließen.

Die Hangendkontrolle wird seitens des Betriebes in vorbildlicher Weise durchgeführt und eventuelle Schalenbildung durch Abrauhung beseitigt. Die durchgeführte Spritzbetonbehandlung der Außenhaut von Abbau- und Pfeilerstößen besteht nun schon seit über zehn Jahren und erfüllt bis zum heutigen Tag voll ihre Funktion. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß die Standfestigkeit und Lebensdauer der Kathedrale mit zunehmendem Alter geringer wird. Aus diesem Grund wurde im Südfeld der Grube Zipaquira nach dem neuesten Stand der gebirgsmechanischen Kenntnis eine neue Salz-Kathedrale konzipiert.

AUSZUG AUS DER
KOLUMBIEN-POST, HEFT 7 JAHRGANG 1954-1955

DON MARIO LASERNA

Der von Simón Bolívar geschaffene Orden der "Cruz de Boyacá" ist die höchste Auszeichnung, die in verschiedenen Graden die Republik Kolumbien verleihen kann. Am 13. Mai 1955 wurde dieser Orden mit den Range eines Offiziers einem Manne zuteil, der sich trotz seiner Jugend große Verdienste um die Republik erworben hat, sodass er würdig war, in die Reihe der meist viel älteren Männer aufgenommen zu werden, die sich den Orden bisher verdient haben.



Aussenminister Sourdis und
Mario Laserna

Mario Laserna ist erst 31 Jahre alt. Als Erbe eines großen Vermögens gründete er vor nunmehr 6 Jahren die "Universidad de los Andes", eine Hochschule, die es sich zum Ziele gesetzt hat, die technische Ausbildung der kolumbianischen Jugend auf die Höhe zu bringen, die man in Europa und Nordamerika gewohnt ist. Bisher wurden in der "Universidad de los Andes" nur Architekten, Nationalökonomie und Ingenieure ausgebildet. Damit aber die technische Erziehung nicht zu einseitig werde, formt sich jetzt auch ein Pensum allgemeiner Bildung — wie Geschichte und Literatur — und wird den Mittelpunkt bilden, um den sich dann die technischen Fächer gruppieren. Die Universität ist, als einzige in ganz Südamerika, völlig unabhängig von Kirche und Staat und erhält sich durch Schenkungen von Gesellschaften, Industrie und Einzelpersonen in Kolumbien und im Ausland. Da sie bis

her noch nicht über die Laboratorien verfügt, die für den technischen Studenten in den letzten Jahren seiner Ausbildung notwendig sind, so gehen alle Studenten des Ingenieurfaches nach den Vereinigten Staaten, um dort die letzten zwei Jahre ihrer Spezialisierung abzumachen. Das Programm der Universität ist daher auch insofern einzigartig, als es routinemäßig den Studenten eine Ausbildung in zwei verschiedenen Ländern zuteil werden lässt, was neben den Vorzügen auf technischem Gebiet auch noch den hat, dass sie zwei Sprachen vollkommen beherrschen lernen.

Die "Universidad de los Andes" hat heute etwa 80 Professoren und über 500 Studenten in Bogotá und deren 100 in den Vereinigten Staaten. Ungefähr 60 haben ihr Studium schon beendet und sind in der Industrie des Landes an wichtigen Posten tätig.

Mario Laserna war der Gründer und Präsident dieser Universität. Heute aber bekleidet den Posten des Präsidenten Dr. Alberto Lleras Camargo, der früherer Staatspräsident und langjährige Leiter der "Panamerikanischen Union". Denn Laserna geht auf zwei bis drei Jahre nach Deutschland, um auf der Universität Heidelberg seine Studien zu vervollkommen. In einer Abschiedsfeier, an welcher Hunderte von Personen, unter ihnen Minister, Diplomaten und andere Persönlichkeiten teilnahmen, wurden die Verdienste Lasernas gebührend gewürdigt, während — wie gesagt — der Staat ihm die höchste Auszeichnung zuteil werden liess, die er zu vergeben hat.

Auch der Geschäftsträger der Botschaft der Westdeutschen Bundesrepublik, Prinz zu Solms-Braunfels, gab Mario Laserna einen Abschiedsabend, bei dem zahlreiche kolumbianische und deutsche Persönlichkeiten anwesend waren und bei welcher Gelegenheit die neuen Beziehungen Kolumbien-Deutschland auf kulturellem Gebiete hervorgehoben wurden.

Kolumbien und Venezuela - Flug AV 011 Frankfurt - Bogotá

Die Mühe, die für die Vorbereitung eines Gildeabends immer wieder notwendig ist, hat sich aus der Sicht unseres Referenten zumindest am 16. 3. 89 mal wieder gelohnt. Annähernd 50 Lätitianer und Lätitianerinnen drängten sich in den verkleinerten Saal des Gemeindehauses von St. Georg. Viel Schönes wurde ja versprochen, all das, was Karl Kästle im Laufe seiner 33-tägigen Reise durch Kolumbien und Venezuela mit seiner Kamera eingefangen hat. Doch die besorgte Frage des Referenten war natürlich berechtigt, sieht dies auch einer so, der diese Länder bisher nur durch die Medien kennen gelernt hat? Da werden ja meist die Probleme der Länder auf drastische Weise präsentiert, aber die andere Seite oft unterdrückt.

So konnten wir dann Bilder sehen von einer gelungenen Hilfsaktion, die nach der Vulkankatastrophe von Armero vom Deutsch-Kolumbianischen Freundeskreis eingeleitet wurde. Aus den Spendengeldern von etwa DM 660 000,- konnte eine Schule für die Überlebenden dieser Katastrophe errichtet werden. So sahen wir auch Bilder von dieser herrlichen und fruchtbaren Landschaft um Armero, in der mal eine pulsierende Kleinstadt gestanden hat. Nueva Lerida heißt der neue Ort für die Hinterbliebenen von Armero, in der nun diese Schule steht. Gegenüber stand eine kleine ansprechende Kirche, die durch ADVENIAT finanziert wurde.

Ein weiteres Zeichen der deutschen Aktivität, welche kaum in den deutschen Medien eine entsprechende Würdigung fand, waren die Schulzentren der »Schwestern des armen Kinde Jesu« in Bogotá und Monte Redondo. Letzteres gelegen in einer prachtvollen Berglandschaft, wie auf den Dias zu sehen war. Es handelt sich hier um eine Gründung durch deutsche Schulschwesterinnen, die vor 50 Jahren nach Kolumbien kamen. Besonders schön war es zu hören, daß dieses Schulzentrum vor allem einer Verwandten unserer Familie Ciré zu verdanken war, Schwester Mechtildis Knoop, die vielen Deutschen in Kolumbien noch in guter Erinnerung ist. Weitere beeindruckende Bilder sahen wir von dem 40 jährigem Jubiläum der »Universidad de los Andes« in Bogotá, die auf eine fruchtbare Partnerschaft mit der Universität Mainz zurückblicken kann. So sahen wir viele honorige Persönlichkeiten, wie den Staats-Präsidenten von Kolumbien, Herrn Virgilio Barco oder den Gründer der Universität Herrn Mario Laserna, der schon viele Jahre Botschafter von Kolumbien in Österreich ist, oder den offensichtlich sehr beliebten jungen OB von Bogotá, Herrn Pastrana.

Der Bilderausflug führte uns dann in ein beispielloses Rehabilitationszentrum für ehemalige Straßenkinder -GAMINES- das durch die aufopfernde Aktivität des italienischen Salesianerpaters Javier de Nicoló entstanden ist.

Daß auch die Bevölkerung von Kolumbien bemüht ist, den Menschen zu helfen, die sich eine medizinische Behandlung selbst nicht leisten können, sah man in beeindruckender Weise an den Bildern des REH-Zentrums für behinderte Menschen. Dies alles wurde möglich durch einen aktiven kolumbianischen Fernsehprogrammdirektor namens Carlos Pinzon, der durch eine Sendung, die jährlich ausgestrahlt wird, Geld für dieses Projekt von der kolumbianischen Bevölkerung abverlangt, und dies mit Erfolg. Die Reise ging dann durch eine herrliche Berglandschaft über Bucaramanga, Cucuta in das benachbarte Venezuela. Da konnte man auf den Spuren von Humboldt noch Urwaldgebiete sehen, die nicht einer Brandrodung oder einer industriellen Ausnutzung zum Opfer gefallen sind.

Manchem war es nicht bewußt, daß der Norden von Venezuela und Kolumbien durch die Welser im 15. Jahrhundert besiedelt und erforscht wurde. Ein gewisser Nicolas Federmann aus Ulm zählte zu den 3 Eroberern des kolumbianischen Hochlandes, die fast gleichzeitig in der Nähe vom heutigen Bogotá aufeinandertrafen. Weiter konnten wir auch Bilder sehen, von einem sogenannten Schwarzwalddorf in Venezuela namens Tovar, in dem 1842 ca. 358 Leute aus dem Kaiserstuhlgebiet sich dort ansiedelten. Ein buntes, liebevoll gepflegtes Kirchlein am Hang prägt das herrliche Bild dieser Idylle vor den Toren von Caracas. Ein ungewohnter Anblick - Schwarzwaldhäuser auf südamerikanischem Boden.

Eines der schönsten Naturschauspiele durften wohl die vielen Wasserfälle von Canaima im Bergland von Guayana gewesen sein.

Am Ende seiner Ausführungen wollte Karl Kästle dem aufmerksamen Zuhörer einen kleinen Dank zuteil werden lassen über ein Preiswörterrätsel von 5 Fragen. Da 39 richtige Antworten abgegeben wurden, mußte als Preisfee unser Frä. Petra Seelig den Glücklichen ermitteln. Es war letztlich Frau Dambacher, die bekam einen Reiseführer für Kolumbien als Belohnung ihrer Aufmerksamkeit und bewiesener Ausdauer, ein Buch, das uns Herr Hillebrand, Konsul von Kolumbien, für diesen Zweck überlassen hat.

Zusammenfassend kann man sagen, es war eine Werbung für beide südamerikanischen Länder.

Kä - Wa

Deutsch-Kolumbianischer Freundeskreis e.V.

Veranstaltung:

16.12.89 19.00 Uhr Jahresabschlussstreffen des DKF Stuttgart
Gemeindehaus St. Michael
Kleinhohenheimerstr. 15
7 Stuttgart - Sillenbuch



„Fiesta Andina“ kündigt einen Abend lang von den Sonnenseiten Kolumbiens

Sie schwenken Hüte, Blumen und Strohkörbe, lassen die weiten Röcke fliegen, ziehen mit roten Tüchern Girlanden durch die Luft. Botschafter des „anderen“ Kolumbiens sind diese Tänzerinnen und Tänzer der „Compañía Folclórica Colombiana“: Zu jener überwältigenden Mehrheit der Kolumbianer zählen sie, die Gewalt und Drogen verabscheut und doch unter beidem zu leiden hat. Auch den Veranstaltern der Sillenbacher „Fiesta Andina“ geht es an diesem Samstag abend um das „andere“ Kolumbien, das über die Schreckensmeldun-

gen der jüngsten Zeit in Vergessenheit zu geraten droht: „Wir wollen zeigen, daß in diesem Land nicht nur Mafiosi und Gesetzesbrecher leben, sondern liebenswerte Menschen, denen wir helfen können“, eröffnete Karl Kästle vom Deutsch-Kolumbianischen Freundeskreis den Südamerikaabend mit verschiedenen Folkloregruppen in der Turn- und Festhalle. Etwa 400 Lateinamerikaner und Deutsche sind seiner Einladung gefolgt: um ein bißchen Heimat zu erleben, die einen, um ihr Fernweh zu stillen, die anderen. Der Erlös des

Abends soll Familien im süd-kolumbianischen Popayán zugute kommen. Und damit es nicht bei der hehren Absicht bleibt, hat der kolumbianische Honorarkonsul Herbert Hillebrand eine 14tägige Flugreise ins ferne Land ausgesetzt, als ersten Preis einer Wohltätigkeitstombola. Vielleicht kann der Gewinner dann bestätigen, was die „Compañía Folclórica Colombiana“ versichert: „Über den Llanos, dem (fast) unendlichen Weideland im Osten Kolumbiens, ist der Himmel ein bißchen höher als anderswo.“ (axv) *Foto: Achim Zwegarth*

Folklore aus Südamerika in Sillenbuch

Viele südamerikanische Bürger haben im Laufe der letzten Jahre hier eine neue Hei-

mat finden können. Die Gründe ihrer Anwesenheit sind vielfacher Natur, ein großer Teil ist jedoch hier aus familiären Gründen (z. B. Partner ist Deutscher). Da auch diese Bürger ihre südamerikanische Heimat und deren Folklore schätzen, hat der Deutsch-Kolumbianische Freundeskreis Stuttgart einen südamerikanischen Folkloreabend mit reichhaltigem Programm vorbereitet. Folgende Gruppen treten am Samstag, 20 Uhr, in der Sillenbacher Festhalle auf: Compañía Folclórica Colombiana, Grupo Folclórico Boliviano „Llachtaymanta“, Tango Vorführung. Ab 22 Uhr lädt dann die „Combo Latino“ mit südamerikanischen Melodien zum Tanze ein. Der Erlös der Veranstaltung kommt dem vom Arbeitskreis „Weltkirche“ von St. Michael Sillenbuch geförderten Projekt „Häuserbau für hilfsbedürftige Familien“ in Popayán/Kolumbien zugute. Diese Veranstaltung soll auch dazu dienen, zu zeigen, daß Kolumbien nicht nur ein Drogenkartell und Gesetzesbrecher hat, sondern auch noch liebenswerte Menschen.

Stuttgarter Wochenblatt 21.9

Freitag, 22. September 1989

Stuttgarter Nachrichten

Eine Fiesta Andina (einen südamerikanischen Folkloreabend) gibt's am Samstag ab 20 Uhr (Einlaß 19.30 Uhr) in der Sillenbacher Festhalle mit diversen südamerikanischen Folkloregruppen und Tango-Tanzgruppen. Ab 22 Uhr spielt die Combo Latina. Der Erlös der Veranstaltung kommt einem Häuserbauprojekt in Kolumbien zugute.

20. September 1989

DEUTSCH-KOLUMBIANISCHER FREUNDENSKREIS

Fiesta Andina: Südamerikanischer Folkloreabend mit Tanz (Combo Latino). Griechisches Essen. Turn- u. Festhalle Sillenbuch, Spitalwald 1. 20.00. Der Erlös der Veranstaltung dient der Finanzierung eines sozialen Projekts in Kolumbien.

Sillenbacher Rundschaue